KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

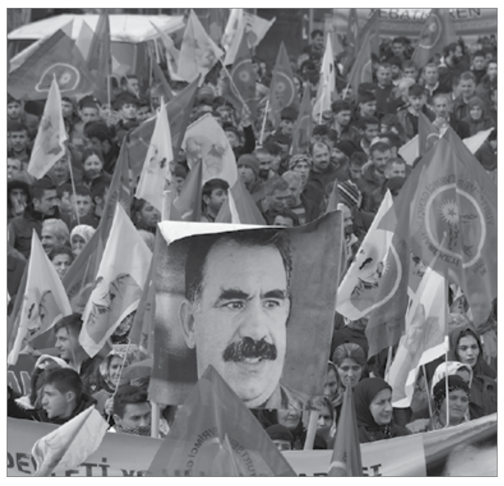


Nr. 178 März / April 2015 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 178 März/April 2015



Kobanê konnte von den Verteidigungseinheiten befreit werden. Für den Wiederaufbau der fast völlig zerstörten Stadt wird internationale Hilfe benötigt. Foto: DIHA



»Die Freiheit von Herrn Öcalan ist die Freiheit der Gesellschaften« – in vielen Ortschaften demonstrieren die Menschen für die Freiheit Öcalans. Foto: DIHA



Nach der Ermordung Özgecan Aslan gingen Tausende Frauen gegen sexuelle Gewalt in der Türkei und Kurdistan auf die Straße. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen und Leser,

zum neuen Jahr ereilen uns erfreuliche Nachrichten aus Kobanê. Nach 134 Tagen wurde das Stadtzentrum vollständig befreit und täglich werden weitere umliegende Dörfer zurückerobert. Die Selbstverteidigungskräfte der »demokratisch-autonomen Verwaltung«, allen voran die kämpfenden Frauen, haben den Mythos der Unbesiegbarkeit des Islamischen Staates (IS) gebrochen. Dieser vorläufige Triumph ist nicht nur als militärischer Sieg in einer Stadt zu werten. Vielmehr ist es ein Sieg des in Rojava im Aufbau begriffenen alternativen Systems, ein Sieg der kurdischen Frauenbewegung und ihrer Frauenbefreiungsideologie. Mit verschiedenen Artikeln beleuchten wir auch in dieser Ausgabe die diversen Aspekte der gesellschaftlichen Revolution in Rojava und sprechen auch an, welche Implikationen sich daraus für internationale linke Bewegungen ergeben (könnten).

Nun ist der Fokus der Bevölkerung auf den Wiederaufbau der vom Krieg gezeichneten Stadt gerichtet. Mit der Revolution von Rojava und den monatelangen Kämpfen um Kobanê haben die nationalstaatlichen Grenzen insbesondere in den Köpfen der Menschen in Nordkurdistan immer mehr an Bedeutung verloren. So übernimmt die Frauenbewegung in Nordkurdistan, die sich mit der Gründung des Kongresses der Freien Frauen (KJA) am 1. Februar neu organisiert hat, die Vorreiterinnenrolle für den Aufbau Kobanês. So wie in Amed will sie auch dort eine »Stadt der Frauen« schaffen.

Wie wichtig die Linie der Frauenbefreiung ist, die die Grundlage des kurdischen Freiheitskampfes darstellt, hat sich wieder einmal an der brutalen Ermordung der Studentin Özgecan Aslan gezeigt, die die gesamte Türkei/Nordkurdistan erschütterte. In diesem Kontext spiegelt sich auch das tiefgreifende Verständnis der kurdischen Bewegung vom sogenannten Friedensprozess in der Türkei wider. So nimmt die Frage der Frauenbefreiung einen zentralen Platz im »Entwurf für Frieden und Demokratie im Verhandlungsprozess« von Abdullah Öcalan ein. Die KCK-Exekutivratsvorsitzende Besê Hozat verdeutlicht in ihrer Kolumne nochmals dieses Verhältnis zwischen dem Friedensprozess und den Frauenmorden.

Es nähern sich das Newroz-Fest und die Parlamentswahlen in der Türkei am 7. Juni. Wir geben in dieser Ausgabe, u. a. auch in einem Interview mit dem HDP-Kandidaten Mithat Sancar, die Einschätzungen der kurdischen Seite zu den Wahlen, den Perspektiven einer umfassenden Demokratiebewegung um HDP/HDK und der Zukunft des Friedensprozesses wieder. In einem längeren Interview analysiert der Mitbegründer der PKK, Cemil Bayık, anlässlich des 16. Jahrestags der Verschleppung Abdullah Öcalans und der mehr als zehn Millionen gesammelten Unterschriften für dessen Freiheit umfangreich dessen Rolle für die kurdische Freiheitsbewegung und die kurdische Gesellschaft.

Zum 8. März, dem internationalen Tag der Frauen, grüßen wir alle Frauen im Kampf um Freiheit, Demokratie und gesellschaftliche Gerechtigkeit und gedenken in der Person Özgecan Aslans aller Opfer patriarchaler Gewalt.

Jin, Jiyan, Azadî – Frau, Leben, Freiheit!

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Die Stärke der kurdischen Freiheitsbewegung drückt sich in der Vielfalt ihres Kampfes aus

Can Çiçek

Failed (nation-)states, supranationale Konflikte, in Staatspleiten mündende, andauernde Wirtschaftskrisen bilden nur einen Teil der Symptomatik der Krise des gegenwärtigen Weltsystems ab. Die Periode des Kalten Krieges, in der zwei kontradiktorische Ideologien um die globale Hegemonie und somit um die Bestimmung der Weltordnung stritten, ist vorbei. Inzwischen hat sich das Feld der Akteure, die eine neue Weltordnung intendieren, vervielfacht. Darunter fallen nicht nur staatliche, sondern vermehrt auch transnationale und konfessionell geleitete Akteure. Für das bestehende Weltsystem, das bis auf den Westfälischen Friedensschluss von 1648 zurückzuführen ist und das über ein hegemoniales Machtzentrum verfügt, sind weniger Modifikationen und Reformationen zu erwarten als die Neubildung mehrerer Ordnungen mit unterschiedlichen Zentren. In diesem Moment spielt die Neugestaltung des Mittleren Ostens eine besonders wichtige Rolle. Hier prallen zahlreiche internationale wie auch regionale Interessenkonflikte aufeinander.

Unsere Sicht auf die Lage in einem ersten Überblick:

Der Mittlere Osten stellt nur einen von vielen Krisenherden der heutigen Zeit dar. Die Ukraine-Krise steht prägnant für neue Spannungen zwischen Ost und West. Eine neugewählte Regierung in Griechenland, die Zwangsmaßnahmen (vorgeschriebene Austeritäts- und Kürzungspolitik) der EU, allen voran Deutschlands, nicht länger hinzunehmen bereit ist, stellt den Staatenbund vor neue Herausforderungen. Dieser gerät neuerdings in Widerspruch zur Politik der USA. Neue technologische Entwicklungen, vor allem im Energiesektor, sind einer der Gründe für Interessenverschiebungen zwischen Europa und den USA und weshalb ein einheitliches westliches Agieren in der globalen Politik nicht mehr zu erwarten ist. Die derzeitige Konjunktur bietet die Basis für die Bildung neuer strategischer und taktischer Bündnisse. In diesem Lichte gilt es, ebenfalls die Atomverhandlungen der P5+1 (USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien + Deutschland) mit dem Iran zu bewerten. Im Hinblick auf ihre Entwicklung könnte der Ausgang der bevorstehenden Parlamentswahlen Israels im Mai ein bestimmender Faktor sein. Dort könnte sich der, durch die gesamte Historie dieses Staates ziehende, Trend einer immer rechteren und konservativeren Regierung fortsetzen.

Indessen scheint die gewaltsame Einflussnahme der Boko Haram im bevölkerungsreichsten Staat Afrikas Nigeria das Stattfinden der Parlamentswahlen zu verhindern. Die ehemalige britische Kolonie gilt als bedeutender Erdölproduzent. Einem weiteren wichtigen erdölproduzierenden Staat des Kontinents droht der Zerfall. Nach dem gewaltsamen Umsturz der Regierung Libyens scheint sich das Chaos des Landes stetig zu vertiefen.

Nachdem es nach zwei Genfer Konferenzen zur Stagnation bei internationalen Lösungsbestrebungen für den Syrienkonflikt gekommen war, fanden in Kairo und Moskau zwei voneinander unabhängige, jedoch verknüpfte Konferenzen mit VertreterInnen der syrischen Opposition statt. Die ethnische und konfessionelle Spaltung des Irak scheint sich zu vertiefen, während im Şengal-(Sindschar-)Gebirge eine breitangelegte Befreiungsoperation unter Führung der Volksverteidigungskräfte (HPG) und der Einheiten des Widerstands von Şengal (YBŞ) gestartet wurde.

Nach 134 Tagen eines sagenhaften Widerstands verkündete die Kantonalregierung von Kobanê (Ain al-Arab) die Befreiung der Stadt. Der heldenhafte Kampf der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) und Volksverteidigungseinheiten (YPG) sowie ihrer Verbündeten gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) wird nun im umliegenden Gebiet fortgesetzt. Der Kampf gegen den IS soll auch in der an der Grenze zur Türkei liegenden Stadt Girê Sipî (Tell Abyad), die als ein Zentrum des IS gilt, weitergeführt werden. Zwischenzeitlich kam es zu Gefechten zwischen den YPG und der Armee des syrischen Regimes in Hesekê (Al-Hasaka), den ersten dieser Art in der im östlichen Kanton von Rojava, Cizîrê, liegenden Stadt.

In diesem Zusammenhang gilt es, die Befreiung von Teilen Celawlas und Sadiyes im Irak/Südkurdistan durch südkurdische Peschmerga und durch Guerillas der HPG zu nennen. Die damit verbundene Verschiebung des Kräftegleichgewichts erlaubt dem Iran eine Reanimierung seiner Aggressionen gegenüber der kurdischen Befreiungsbewegung. Nachdem er bereits im vergangenen Sommer Stellungen der HPG und der Ostkurdistankräfte (HRK) militärisch angegriffen hatte, sind die Attacken der syrischen Regimekräfte dem Einfluss des Iran zuzurechnen.

In der Türkei ist der Fokus derzeit auf die anstehenden Parlamentswahlen im Juni gerichtet. Die Demokratische Partei der Völker (HDP) hatte bereits im Vorfeld verkündet, dass sie zur Wahl als Partei antreten werde und somit bestrebt sei, die Wahlhürde von zehn Prozent zu nehmen.

Und nun zu unserer genaueren Erörterung der Lage:

In Griechenland hat die linkssozialistische SYRIZA einen sensationellen Wahlsieg errungen. Mit 149 von 300 Abgeordneten verfehlte die Partei nur sehr knapp die absolute Mehrheit und sah sich zu einer Koalition mit der rechtspopulistischen Partei ANEL gezwungen. Auch wenn sich beide Koalitionspartner in gesellschafts- und außenpolitischen Positionen stark unterscheiden, gilt es, diese Koalition im Licht einer kurzfristigen Umsetzung der wichtigsten Forderungen der griechischen Bevölkerung zu werten. Folglich wird die neugebildete Regierung Lösungen aus der akuten wirtschaftlichen und sozialen Krise suchen und in diesem Sinne eine Abkehr vom neoliberalen Wirtschaftsmodell der vergangenen Jahre. Großes Missfallen erregen die Pläne Griechenlands besonders in Brüssel und Berlin, denen das selbstbewusste und unabhängige Agieren Athens ein Dorn im Auge zu sein scheint. Abzuwarten bleibt, ob der Wahlausgang in Griechenland auch einen Einfluss auf andere europäische Staaten ausüben kann, allen voran Italien und Spanien, die seit Längerem unter ähnlichen Wirtschaftskrisen zu leiden haben.

Auf gemeinsame Initiative Merkels und Hollandes wurde zu Minsker Friedensverhandlungen eingeladen, bei denen neben dem ukrainischen Staatspräsidenten Poroschenko auch sein russischer Amtskollege Putin anwesend war. Die USA waren nicht eingeladen. Der Sturz der ukrainischen Regierung im Februar letzten Jahres war in einen gewaltsamen Bürgerkrieg gemündet, der vor allem einem erstarkenden Faschismus und gesellschaftlicher Polarisierung den Weg ebnete. Entgegen den Bemühungen von Berlin und Paris zur Entschärfung des Konflikts drängt Washington auf dessen Intensivierung; der US-Kongress erklärte indessen die Bereitschaft, Waffen an Kiew zu liefern. Mittlerweile haben die Spannungen zwischen den USA und Russland eine neue Dimension erreicht. In diesem Sinne sind die niedrigen Erdgas- und -ölpreise und der starke Fall des Rubels zu bewerten. Dabei bewegt sich innerhalb dieses Widerstreits die große westliche Allianz auf einen Scheideweg zu. Vor allem nach der US-Schieferrevolution und den hohen Förderungsraten kam es zu einer veränderten Interessenlage Europas und der USA und damit verbunden einer anderen Herangehensweise und Politik beider Akteure. Denn solange Europa keine Alternativen schafft, sind es vor allem seine beiden politisch und wirtschaftlich stärksten Staaten, Frankreich und Deutschland, die gegenüber Russland, ihrem wichtigsten Erdgaslieferanten, in Abhängigkeit stehen. Der starke Fall der russischen Währung hat ebenfalls erheblichen Einfluss auf zahlreiche osteuropäische Staaten und asiatische Nachbarn in einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zu Russland, was zur Destabilisierung der gesamten Region führt.

Eine Möglichkeit für Europa, die angesprochene Abhängigkeit von Russland zu lockern, wäre eine Annäherung an den Iran. In den laufenden Atomverhandlungen der P5+1 könnte somit Berlin und Paris eine wichtige Rolle zukommen. Doch sind in diesen Verhandlungen eher die internen Entscheidungsinstanzen der USA und des Iran gefragt. Die Verhandlungsführung beider Seiten scheint im Grunde einig, es ist jedoch fraglich, ob die iranische Legislative die geistliche Machtinstanz des Landes überzeugen kann. Zudem könnte der US-Kongress die Entscheidungen behindern. Zwar sind im Grunde sowohl RepublikanerInnen als auch DemokratInnen für einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss, doch die Entscheidungsprozedur der US-Außenpolitik wird von diversen Faktoren bestimmt. Unter anderem verfügt die proisraelische Lobby nach wie vor über einen bedeutsamen Einfluss auf den Kongress. Eine noch rechtskonservativere Regierung als die gerade von Netanyahu aufgelöste könnte für neue Aggressionen sowohl im Palästinakonflikt als auch gegenüber dem Iran sorgen. Hohe Inflation und die Rezession sind Grund für anwachsende Proteste in Israel. Rechtspopulistische Kreise, wie sowohl der Block um Netanyahu als auch der um Liebermann, die im Gegensatz zu den vorigen Wahlen mit zwei unterschiedlichen Parteien antreten, bedienen sich in solchen Perioden gern einer aggressiven Rhetorik, die sich primär, aber nicht ausschließlich, gegen Hamas und Iran richtet. Durch die Dämonisierung äußerer Gefahren ist die Regierung bestrebt, trotz der innenpolitischen Krise für ihre eigene Legitimation zu sorgen.

Ebenso wenig wie Israel dürfte Saudi-Arabien an einer Übereinkunft in den Atomverhandlungen mit dem Iran interessiert sein. Der Einfluss der saudischen Monarchie lebt von der Isolierung des Iran vom Westen. Zweifelsfrei gehört Saudi-Arabien zu den Staaten, denen an einem Erhalt des Status quo in der Region gelegen sein dürfte.

Nach 134 Tagen des Widerstands verkündete die Kantonalregierung von Kobanê die vollständige Befreiung der Stadt. Indessen laufen die Befreiungsoperationen der Frauen- und Volksverteidigungseinheiten mit Unterstützung der Peschmerga und der Burkan-El-Firat-Allianz in den ländlichen Gebieten des Kantons weiter. Bisweilen konnte die Mehrzahl der etwa 400 Dörfer des Kantons aus den Händen des IS befreit werden. Zweifellos hat sich der Widerstand von Kobanê als eigenständiges Kapitel in die Geschichtsbücher eingeprägt. Zu erinnern sei an dieser Stelle an die ersten Wochen der Angriffe des IS, in denen die YPG- und YPJ-Einheiten einsam Widerstand leisteten und allseits die Meinung vertreten wurde, der Fall Kobanês sei nicht mehr aufzuhalten. Dieser Mythos wurde gebrochen. Die KurdInnen in Syrien haben ebenso wie die KurdInnen im Irak gezeigt, allen voran die Volksverteidigungseinheiten und -kräfte, dass es sich bei ihnen um die einzige militärische Kraft handelt, die den IS-Angriffen Einhalt gebieten kann. Besonders aus kurdischer Sicht trägt der Widerstand von Kobanê eine bedeutende Symbolik. Denn es partizipierten KurdInnen aus allen vier Teilen Kurdistans, individuell oder als Organisation, am Widerstand in einer Stadt, die an der äußersten Peripherie des kurdischen Siedlungsgebiets liegt. Insbesondere Anrainerstaaten Kurdistans scheinen vom Erfolg in Kobanê beunruhigt. Indessen haben gewisse kurdische Kräfte, die sich gegen die Einberufung eines gemeinsamen Nationalkongresses gewehrt hatten, angesichts der Forderungen der Bevölkerung Probleme, ihre diesbezügliche Haltung in ihrem eigenen Unterstützerkreis weiter zu legitimieren. Internationale Akteure sind gezwungen, ihre Haltung gegenüber der kurdischen Bewegung neu zu bedenken. So gelten die faktische Militärallianz mit den USA und die Einladung der PYD-Kovorsitzenden Asya Abdullah und der YPJ-Kommandantin Nesrin Abdullah nach Frankreich als Anerkennung und Legitimationsgewinn.

Nachdem seit der zweiten gescheiterten Genfer Konferenz (Frühjahr 2013) keine wirklichen Initiativen zu beobachten waren, weder auf US-amerikanischer noch auf russischer Seite, fanden im Januar in Kairo und Moskau zwei Konferenzen statt, zu denen die syrische Opposition eingeladen war. Nachdem zuvor der Türkei, Saudi-Arabien und Katar die Einflussnahme auf die syrische Opposition überlassen worden war, fungiert Ägypten unter Sisi erneut in dieser Rolle. Sowohl in Kairo, wo nach dem ersten Treffen ein Kongress für April angesetzt ist, als auch in Moskau fand ein erstes Briefing zwischen den verschiedenen Oppositionsgruppierungen statt. Eingeladen waren auch jeweils VertreterInnen der Partei der Demokratischen Einheit (PYD). Die KurdInnen sind in Syrien vom »factor« zum »actor« avanciert. Sie bilden indessen die stärkste Oppositionskraft Syriens. Weiter handelt es sich bei ihnen um die einzige Kraft in der Region, die den IS erfolgreich bekämpfen und zurückdrängen kann.

Ende Dezember starteten die zur PKK gehörenden Volksverteidigungskräfte (HPG) eine erneute Befreiungsoffensive in Şengal. Zu dieser Zeit waren mehr als 12 000 Menschen im Şengalgebirge vom IS eingekesselt. Ein Korridor wurde freigekämpft, über den pflegebedürftige und vor allem alte ZivilistInnen fliehen konnten. Die HPG und die Widerstandseinheiten von Şengal (YBŞ) haben durch ihre Offensive mehrere Gebiete vom IS befreien können. Aufgrund der geographischen Lage Şengals ist jedoch zu erwarten, dass seine vollständige Befreiung noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird. Zwischenzeitlich fand eine Versammlung des êzîdischen Rats im Şengalgebirge statt. Dort beschlossen die etwa 200 anwesenden Delegierten die Gründung eines eigenständigen Kantons. Der Schutz soll von ÊzîdInnen selbst in Form der YBŞ gewährleistet werden. Zwar kritisierte der Präsident der südkurdischen Autonomieregion (KRG), Mesûd Barzanî, dieses Vorgehen, doch darf an dieser Stelle daran erinnert werden, dass die zur Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) gehörenden Peschmergakräfte sich beim Anmarsch des IS kampflos zurückgezogen und die Bevölkerung dessen Angriffen wehrlos ausgesetzt hatten. Für den Massenexodus, die Ermordung mehrerer tausend Menschen, die Entführung und Vergewaltigung vieler junger Frauen macht die êzîdische Bevölkerung entsprechend vor allem die PDK verantwortlich. Dieser Vertrauensbruch und Legitimationsverlust wird sich in absehbarer Zeit nicht beheben lassen. Weiter gilt es abzuwarten, ob die PDK die Bereitschaft zeigen wird, einer Bevölkerungsgruppe, von der sie geschmäht wird, die Rückkehr zu ermöglichen. Zumal das Siedlungsgebiet der ÊzîdInnen außerhalb der kurdischen Autonomieregion liegt. Derzeit scheinen andere Gebiete als Şengal von größerer strategischer Wichtigkeit für die PDK zu sein.

Die Angriffe des sogenannten Islamischen Staates auf die Region um das irakische-kurdische Kerkûk dauern weiter an. Wie auch in Şengal kämpfen hier die Einheiten von HPG und Peschmerga Seite an Seite an derselben Front. Dadurch konnten zahlreiche Gebiete vom IS zurückerobert werden. Allerdings kritisierte Anfang Februar Murat Karayılan, der Vorsitzende der Volksverteidigungskräfte, das Fehlen einer gemeinsamen Kommandantur. Weiter erklärte er, dass der Exekutivrat der PKK über einen Abzug der Guerilla aus Südkurdistan diskutiere. An dieser Stelle ist anzufügen, dass die Peschmerga allein nicht in der Lage sind, den IS zu bekämpfen, wie es im Sommer sowohl in Mûsil (Mossul) als auch in Kerkûk zu beobachten war. Auf der einen Seite ist die KRG auf die militärische Unterstützung der PKK angewiesen, auf der anderen Seite beobachtet sie nur widerwillig die Einflussnahme der PKK in Südkurdistan. Das spiegelt sich vor allem in der medialen Berichterstattung der PDK-nahen Fernsehsender wider. Im Falle eines etwaigen Abzugs der PKK-Guerilla aus Südkurdistan ist

ein weiterer Legitimationsverlust der KRG bei der Bevölkerung Südkurdistans vorprogrammiert.

Kurz vor der Befreiung Kobanês waren Gefechte zwischen YPG und syrischer Armee in Hesekê vermeldet worden. Es handelte sich dabei nicht um die erste Konfrontation zwischen ihnen, doch war es in dieser Region bisher noch zu keinen militärischen Auseinandersetzungen gekommen. Die kurdische Seite vermutet dahinter den Iran. Zeitgleich zu den Ereignissen in Hesekê griff das iranische Militär vermeintliche Stellungen der Verteidigungseinheiten Ostkurdistans in Sinê (Sanandadsch) an, am Folgetag bombardierte es das Kandilgebirge. Zur selben Zeit verstärkte die türkische Armee ihre Präsenz im iranisch-irakischen Grenzgebiet und nahm vermeintliche HPG-Stellungen unter Beschuss. In den vergangenen Jahren hatte sich hinter einem derartig gekennzeichneten militärischen Vorgehen oftmals ein gemeinsames iranisch-türkisches Konzept herausgestellt. Auffallendes Merkmal ist die Zeitgleichheit der Angriffe mit der Konferenz in Moskau. Der Iran befürchtet einen Statusgewinn der KurdInnen in Syrien mit Blick auf die Auswirkungen auf die Region und insbesondere auf Ostkurdistan. Mit der Gründung von KODAR (Kongress für Demokratie und Autonomie – Ostkurdistan) deklarierte die kurdische Freiheitsbewegung im Iran ihr Ziel der Demokratischen Autonomie ähnlich dem Konzept von Rojava.

Weiter berichten arabischsprachige Medien, dass Kommandeure der iranischen Revolutionsgarden Spezialeinheiten in Hesekê und Qamislo ausbilden sollen. Bereits Ende 2013 ließ das syrische Regime arabische Stämme um Hesekê bewaffnen. Diese Miliz agiert unter dem Namen »Muqenne« oder »Nationale Verteidigungskräfte«. Auch sie waren bei den Angriffen in Hesekê an der Seite des Regimes beteiligt. Summa summarum zeichnen sich Hinweise ab auf die Provokation eines arabisch-kurdischen Krieges in Syrien durch den Iran. Dieser dürfte die gemäßigtere Rhetorik des Westens gegenüber dem syrischen Regime mit Argwohn betrachten. Er fürchtet um seinen Einfluss auf Syrien.

Die Türkei dürfte die Befreiung Kobanês mit ähnlichem Missfallen beobachtet haben. Staatspräsident Erdoğan, für seine zynische Rhetorik bekannt, geht mittlerweile so weit, dass er sich gegen den Wiederaufbau der Stadt stemmt. Zwar ist der IS aus Kobanê vertrieben, doch weigert sich der türkische Staat weiterhin, seine Grenze für humanitäre Hilfe zu öffnen. Außer sporadischen Passiergenehmigungen, die darauf abzielen, erneute Proteste im Grenzgebiet zu vermeiden, untersagen die Grenzposten die Lieferung größerer Mengen humanitärer Hilfsmittel. Genauso wenig wie ihr »Konzept der strategischen Tiefe« (Buchtitel von Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu, darauf basiert die Außenpolitik der AKP) sind die kurzfristigen Pläne der Türkei bezüglich Rojava und Kobanê aufgegangen. Ihre offensichtliche Unterstützung für den IS und andere dschihadistische Gruppierungen in Syrien haben zu ihrer internationalen Isolierung beigetragen. An dieser Stelle gilt es zunächst an das taktische Konzept der türkischen Außenpolitik zu erinnern. Der IS sollte mit der Invasion Kobanês nicht nur den Statusgewinn der KurdInnen in Syrien zunichtemachen. Gleichzeitig sollte so durch eine scheinbare IS-Bedrohung an der Grenze zur Türkei die Errichtung einer



An der Grenze zu Kobanê feiert die Bevölkerung den Erfog über den IS. Foto: DIHA

Pufferzone legitimiert werden. Somit wäre zum primären Ziel, den Statusgewinn der KurdInnen zu verhindern, die Besetzung Rojavas gewährleistet als auch der Sturz des syrischen Regimes forciert worden.

Das Kalkül der türkischen Außenpolitik ist nicht aufgegangen. Mit ihrer Herangehensweise hat sie für eine große Ablehnung, vor allem unter den westlichen Staaten, gesorgt. Diese Ablehnung wurde durch Äußerungen des türkischen Staatspräsidenten zur Luftunterstützung der US-geführten Anti-IS-Koalition für Kobanê befördert. Sinnbildlich für die Spannungen zwischen dem Westen und der Türkei war die Behandung Davutoğlus durch den französischen Staatspräsidenten François Hollande auf dem Gedenkmarsch für die Opfer von Charlie Hebdo, zu dem die Türkei noch nicht einmal eingeladen gewesen war. Auch im Syrienkonflikt hat die Türkei an Einfluss verloren. Die von ihr unterstützten Gruppen sind entweder von ihrer Unterstützung nicht mehr abhängig oder stark marginalisiert. Die Wahl Kairos als Austragungsort des Treffens der syrischen Oppositionsgruppen zeigt, dass auch in den internationalen Lösungsbestrebungen die Türkei an Bedeutung und Einfluss verloren hat. Vielmehr wird nach Lösungsmöglichkeiten gesucht, in die sie nicht mehr einbezogen ist. Unter Sisi könnte Ägypten wieder zu einem bedeutenden regionalen Akteur aufsteigen. Unter diesem Gesichtspunkt und in Anbetracht der zeitgleich verlaufenen türkischen und iranischen Angriffe auf kurdische Stellungen könnte davon ausgegangen werden, dass die Türkei eine Annäherung an den Iran sucht. Zwar haben die beiden Staaten unterschiedliche Interessen in der Region, doch missbilligt sowohl die Türkei als auch der Iran den Statusgewinn der KurdInnen in Syrien und das Projekt der Demokratischen Autonomie in Rojava. Entsprechend den politischen Entwicklungen in der Region und den konjunkturellen Veränderungen könnten der Iran und die Türkei nach den türkischen Parlamentswahlen im Sommer eine breit angelegte Militäroffensive gegen die kurdische Freiheitsbewegung starten.

Indessen lassen die Diskussionen in der türkischen Öffentlichkeit über die Entscheidung der Demokratischen Partei der Völker HDP, trotz Zehnprozentwahlhürde als Partei zu den Wahlen anzutreten, nicht nach. Abgesehen davon, dass der HDP-Kandidat für die Präsidentschaftswahl, Selahattin Demirtaş, etwa zehn Prozent der Stimmen erhalten hatte, wür-

---

Presseerklärung Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«, 13. Februar 2015

10,3 Millionen Unterschriften für Frieden und Freiheit für Öcalan

Im März 1999, als die Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« gegründet wurde, war es undenkbar. Undenkbar, dass Abdullah Öcalan jemals lebend freikommen würde. Nach seiner Verschleppung aus Kenia mit Hilfe westlicher Geheimdienste, einem scheinbaren großen Sieg des türkischen Staates, war die Frage eher, ob Abdullah Öcalan ohne Verfahren exekutiert oder nach einem Verfahren hingerichtet würde. An »Freiheit für Abdullah Öcalan« auch nur zu denken, erschien irrsinnig. Nichtsdestotrotz las eine beeindruckende Zahl von Intellektuellen, Künstlerinnen, Politikern und Aktivistinnen die Zeichen der Zeit anders. Schon damals, vor 16 Jahren, wussten sie, dass für eine nachhaltige Lösung der sogenannten kurdischen Frage kein Weg an einer Verhandlungslösung und Öcalans Freiheit vorbeiführen wird. Diese Gruppe gründete die Internationale Initiative.

In den folgenden Jahren gaben die Kurden ihren populären Repräsentanten, Abdullah Öcalan, nicht auf. Mit unzähligen Demonstrationen, Märschen, Protestaktionen, Sitzblockaden, Hungerstreiks und sogar Selbstverbrennungen demonstrierten sie für seine Freiheit und eine Lösung der kurdischen Frage. Unzählige Menschen landeten in den Kerkern des türkischen Staates, manche auch in europäischen Gefängnissen. Doch: die Kurden gaben niemals auf. Vor dem Europarat halten sie seit 2012 jeden Tag eine Mahnwache ab. Sie wissen, dass der Mann, dem sie vertrauen, Abdullah Öcalan, Frieden und die Verwirklichung des Jahrzehnte alten Traums der Kurden bringen wird: Freiheit. Es ist die Freiheit, für die alle der heute hier Anwesenden kämpfen. Viele, viel zu viele haben diesen Kampf für die Freiheit mit ihrem Leben bezahlt. Doch die Kurden gaben den Kampf niemals auf, hörten nie auf, Öcalans Freiheit zu fordern.

Heute befinden wir uns in einer grundsätzlich anderen Situation als 1999. Durch eine Reihe mutiger Initiativen und weitsichtiger politischer Entscheidungen ist Öcalan in einer Position, die wohl stärker ist als jemals vor seiner Gefangenschaft. Kurdinnen und Kurden werden überall in der Region als bedeutende Größe wahrgenommen. In befreiten Städten in der Region Rojava in Syrien sind Fotos von Öcalan omnipräsent. Der türkische Staat sitzt mit Öcalan am Verhandlungstisch, und zwar im berüchtigten Isolationsgefängnis auf der Insel Imralı.

Diese Gefängnisinsel ist eine Schande nicht nur für die Türkei, sondern auch für den Europarat, vor dem wir heute zusammengekommen sind. Die bloße

de ein Nicht-Einzug der HDP ins Parlament aus türkischer Sicht ein viel größeres Problem darstellen als aus kurdischer Sicht. Die Geschichte der kurdischen Freiheitsbewegung ist geprägt von Momenten mit und von Zeiten ohne parlamentarische Vertretung. Der Freiheitskampf lässt sich von einer solchen Repräsentanz nicht abhängig machen. Im Falle eines Nicht-Einzugs würden die KurdInnen nichtstaatliche Lösungsansätze für die kurdische Frage forcieren, ähnlich wie in Rojava. Der komplette Fokus würde dann auf dem Aufbau der Demokratischen Autonomie liegen. Dessen sind sich auch der türkische Staat und die AKP-Regierung bewusst. Weiter werden sie sich auch im Klaren darüber sein, dass, falls die HDP unter der Wahlhürde bleiben sollte, dies einen Legitimationsverlust für das gesamte Parlament mit sich bringen würde. Denn damit würde etwa ein Fünftel der Bevölkerung in der Türkei keine parlamentarische Repräsentanz finden. Sämtliche Angehörigen von Minderheiten und unterdrückten Gruppierungen wären im Parlament nicht mehr vertreten.

Neben einem Legitimationsverlust fürchtet die AKP den Einfluss kurdischer ParlamentarierInnen auf die Bevölkerung. Seit Gezi und spätestens seit den Protestaktionen im Oktober 2014 hat die AKP gemerkt, wie sehr ihre Macht ins Wanken geraten ist. Mehr als die Hälfte der Gesellschaft der Türkei betrachtet die AKP und Staatspräsident Erdoğan weniger als politisch-demokratische Repräsentanzen denn als Angriff auf ihre Wertvorstellungen. Die Türkei entwickelt sich immer mehr zu einer autokratischen Diktatur um die Person Erdoğan. Eben um dieser oligarchischen Entwicklung Einhalt zu gebieten, bedarf es einer Änderung des Status quo. Würde die HDP erneut mit DirektkandidatInnen zur Wahl antreten, würde sie die Anzahl ihrer ParlamentarierInnen nicht wesentlich erhöhen können. Sollte sie die Zehnprozenthürde nehmen, was zu erwarten ist, würde sie 20–30 ParlamentarierInnen mehr zählen. Was zu einer bedeutenden Mehrheitsverteilung führen würde. Als Gegenargument zu dem Einwand, die HDP gehe ein zu großes Risiko ein und ebne damit den Weg in ein Präsidialsystem, gilt anzumerken, dass die AKP dies mit ihrer absoluten Parlamentsmehrheit über ein Plebiszit sowieso erreichen könnte. Die Stärke der kurdischen Freiheitsbewegung drückt sich in der Vielfalt ihres Kampfes aus. Vor allem die gesellschaftliche Organisierung, in Kurdistan heute höher denn je, bildet den Kern ihres Erfolges. ♦

Existenz dieses Sondergefängnisses mit seinen besonderen Isolationsmaßnahmen und seinem neuesten Feature, dem totalen Besuchsverbot für Anwälte seit 2011, verhöhnt die Europäische Menschenrechtskonvention. Sie ist ein Schlag ins Gesicht für den europäischen Anspruch, die Menschenrechte zu schützen. Der Europarat, der angebliche »Verteidiger von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa« mit all seiner gigantischen Bürokratie hat es nicht geschafft, das Inselgefängnis Imrali, das europäische Guantanamo zu schließen. Er hat es nicht einmal versucht.

Die Kurden waren weitgehend allein in ihrem scheinbar aussichtslosen Kampf für Abdullah Öcalans Freiheit. In einer ersten Unterschriftenkampagne 2005–2006 sammelten sie mehr als drei Millionen Unterschriften für ein Statement, um Öcalan als politischen Repräsentanten anzuerkennen. Dies war bereits eine der größten politischen Unterschriftenkampagnen in der Geschichte. 2010 wurde in Südafrika eine neue Unterschriftenkampagne gestartet, in einem Land, in dem es einer unvergleichlichen Volksbewegung gelang, das unmenschliche Apartheid-System niederzureißen und den populären Führer Nelson Mandela zu befreien. Die Kampagne wurde später ausgeweitet. Mit einer Gruppe von 1000 ErstunterzeichnerInnen wurde am 6. September 2012 die weltweite Kampagne mit einer Pressekonferenz in Brüssel gestartet. Die Forderung lautete »Freiheit für Abdullah Öcalan und die politischen Gefangenen in der Türkei«, die Begründung »Öcalans Freiheit wird einen Durchbruch für die Demokratisierung der Türkei und einen Friedensprozess in Kurdistan darstellen.« Zweieinhalb Jahre lang sammelten Tausende Freiwillige auf allen Kontinenten des Planeten Unterschriften, mit Formularen in 18 Sprachen. Wieder waren viele der Freiwilligen mit staatlicher Repression konfrontiert, besonders in der Türkei.

Heute freuen wir uns, die abschließende Zahl der gesammelten Unterschriften verkünden zu können. Insgesamt wurde die unglaubliche Zahl von 10 328 623 Unterschriften für die Freiheit Abdullah Öcalans und der politischen Gefangenen in der Türkei gesammelt. 10,3 Millionen Unterschriften – dies ist sehr wahrscheinlich die größte Unterschriftenkampagne für die Freiheit eines politischen Gefangenen, die die Welt je gesehen hat.

Nelson Mandela wurde nie freigelassen. Er wurde aus dem Gefängnis freigekämpft, von Millionen UnterstützerInnen, und wurde zu einem bedeutenden Friedensstifter. Heute fordern 10,3 Millionen weltweit Frieden und Öcalans Freiheit, und viele mehr stehen hinter diesen Forderungen. Wir prophezeien: zusammen mit allen FreundInnen weltweit wird das kurdische Volk seinen Repräsentanten aus dem Gefängnis kämpfen. Öcalan wird frei sein, und der Friede wird kommen. Bald.

Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«

Sicherheitspaket, Lösungsprozess und Frauenmassaker

Ohne Realitätssinn keine Fortschritte

Bese Hozat, Kovorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK)

In den letzten Wochen wird in der türkischen Politik und Öffentlichkeit heftig über das sogenannte »Sicherheitspaket« der AKP-Regierung diskutiert. Es steht außer Frage, dass die Diskussionen und das Sicherheitspaket in direktem Zusammenhang mit der Lösung der kurdischen Frage und der Demokratisierung der Türkei stehen. Denn das Reformvorhaben der Regierung ist nichts weniger als ein Schlag gegen die Bemühungen der demokratischen Kräfte, der KurdInnen und der AlevitInnen, die Türkei zu demokratisieren.

Unter dem Deckmantel der inneren Sicherheit will die AKP neue Kriegsgesetze erlassen, die ihrem eigenen Autoritätsbestreben dienlich sein sollen und unter Beweis stellen, dass diese Regierung kein Interesse an der Lösung der kurdischen Frage und der Demokratisierung der Türkei hat. Ihr einziges Interesse ist, die Lebensdauer ihres oligarchischen Systems zu verlängern und ihr Macht- und Ausbeutungssystem zu stärken.

Auf die Frage eines Journalisten antwortete Anfang dieser Woche Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu, dass sowohl das Sicherheitspaket als auch der Lösungsprozess umgesetzt werden würde. Zu diesem Statement müsste man Davutoğlu fragen, wie denn mit einer Regierung, die neue Kriegsgesetze erlassen will, Frieden und Demokratie im Lande geschaffen werden sollen? Wie soll unter solchen Bedingungen noch die kurdische Frage gelöst werden können?

Die Diskussionen über das Sicherheitspaket entbrannten nach den Volksaufständen vom 6. bis 9. Oktober letzten Jahres. Diese Volksaufstände waren Zeugnis der Wut einer kurdischen Bevölkerung, die nicht mehr bereit war, die Unterstützung der AKP für den IS bei dessen Ansturm auf Kobanê zu dulden. Die Bevölkerung in Nordkurdistan hat mit diesem Volksaufstand gemeinsam mit solidarischen Kreisen ihren Platz an der Seite des Widerstands von Kobanê eingenommen und der AKP-Regierung deutlich gemacht, dass sie aufgrund ihrer Unterstützung für den IS mit dem Feuer spielt.

Anstatt diese Warnung der kurdischen und türkischen Gesellschaft zu verstehen und die Beziehungen zum IS zu kappen, anstatt radikale Schritte in Richtung Demokratisierung zu unternehmen, die Lösungsverhandlungen zu beginnen und die Wahlhürde zu senken, hat die türkische Regierung nun ihr Sicherheitspaket auf die Agenda gesetzt. Damit verdeutlicht die AKP, dass sie weiterhin glaubt, mit ihrer Gewalt und Macht die KurdInnen, AlevitInnen, die Frauen und alle demokratischen Kreise kontrollieren und auf Linie bringen zu können.

Im Schatten einer AKP, die Sinnbild der patriarchalen Ideologie ist und in der Person ihres Führers Erdoğan, der sich bei jeder Gelegenheit seiner Männlichkeit rühmt, die Herrschaft des Mannes fetischisiert, werden durch Mord und Gewalt Hunderte und Tausende Frauen wie Özgecan in der Türkei Opfer einer allgegenwärtigen Vergewaltigungskultur. Die sexistische und frauenfeindliche Politik der AKP trägt nicht unwesentlich dazu bei, dass in der Türkei ein abartiges und gewalttätiges Männlichkeitsbild in den Himmel gehoben wird. Die alltäglichen frauenfeindlichen, kriegs- und gewaltverherrlichenden Äußerungen aus den Reihen der AKP schallen in Form von Frauenmördern und Vergewaltigern zurück in die Gesellschaft.

Das Sicherheitspaket ist Teil eines Kriegskonzepts, das unausweichlich dazu führen wird, dem Lösungsprozess jeglichen Sinn und Inhalt zu nehmen. Eine Regierung, die sich den Kopf über Kriegskonzepte zerbricht, kann weder die kurdische Frage lösen noch die Massaker an den Frauen beenden, geschweige denn dem Land die Demokratie bringen.

Die Geschlechterfrage, die kurdische Frage und die Frage der Demokratie hängen eng miteinander zusammen und bedingen sich gegenseitig. Ein erfolgreicher Lösungsprozess in der kurdischen Frage wird auch die Frage der Freiheiten der Frauen und die Frage der Demokratie positiv beeinflussen und umgekehrt. Das Sicherheitspaket der AKP ist, aus dieser Sicht betrachtet, nicht nur ein direkter Angriff auf den Lösungsprozess, sondern auch auf die Geschlechter- und die

Demokratiefrage in der Türkei. Würde das Paket vom Parlament verabschiedet, würde das einen neuen Ausnahmezustand für das Land mit sich bringen und dem herrschenden männlichen Faschismus weiter den Rücken stärken.

Ein anderer Punkt, auf den ich im Zusammenhang mit dem Lösungsprozess eingehen möchte, sind die Ereignisse von Cizîr (Cizre). Wenn die AKP-Regierung von einer Störung der öffentlichen Ordnung spricht, verweist sie immer wieder auf Cizîr. Ich möchte an dieser Stelle nicht in aller Tiefe auf die Ereignisse in dem Ort eingehen. Allerdings möchte ich eines betonen: Aufgrund der Auseinandersetzungen in dem Ort richtete unser Vorsitzender Abdullah Öcalan über den Kovorsitzenden des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft DTK, Hatip Dicle, eine Botschaft an die Bevölkerung und die Jugend von Cizîr, in der er sie zur Zurückhaltung aufruft. Nur wenige Stunden nach der Übermittlung dieser Botschaft hat die türkische Polizei Nihat Kazanhan, der noch ein Kind war, erschossen. Eigentlich ist allein dieses Ereignis ein Kriegsgrund. Die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK hat sich allerdings verantwortungsbewusst verhalten, ebenfalls die Bevölkerung zur Zurückhaltung aufgerufen und eine klare Warnung an die türkischen Verantwortlichen ausgesprochen. Im Falle, dass die türkischen Sicherheitskräfte von weiteren Angriffen absehen, wurde die Jugend dazu aufgerufen, sich ebenfalls zurückzuziehen.

Doch trotz des verantwortungsvollen Handelns unserer Seite hat der Staat weder seine Angriffe eingestellt noch die Verhandlungen auf Imralı aufgenommen. Stattdessen hat die Regierung mit ihrer Haltung eigentlich nur unter Beweis gestellt, dass sie allein die öffentliche Ordnung gefährden. Und als ob das alles nicht ausreiche, hat sie eine lächerliche Diskussion über die mögliche Entwaffnung der PKK entfacht. Auf der einen Seite versucht sie mit ihrem Sicherheitspaket, ein neues Kriegskonzept umzusetzen, das unter Beweis stellt, dass die Herren in Ankara unter der Lösung der kurdischen Frage weiterhin Krieg und Vernichtung verstehen. Auf der anderen Seite erwartet dieselbe Regierung, dass die PKK eine Erklärung abgibt, in der sie ankündigt, ihre Waffen niederzulegen. Dass diese Erwartungen jeglichen Realitätssinns entbehren, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Die PKK leistet schließlich nicht seit vierzig Jahren Widerstand, um (sich) von heute auf morgen aufzugeben.

Wer solches denkt, hat entweder von der PKK überhaupt nichts verstanden oder sprichwörtlich seinen Verstand mit Käse und Brot gefüllt/zu sich genommen. Was soll man sagen – Allah möge ihnen Weisheit geben! ♦

aus: Özgür Gündem 18.02.2015



Demonstration für die Freiheit Öcalans: »Kobanê ist frei – jetzt der Vorsitzende« Foto: DIHA

Wie Öcalans Haltung im Friedensprozess zum gesellschaftlichen Umdenken verleitet

Von der Verleugnung zur Anerkennung

Rosa Burc im Gespräch mit Prof. Mithat Sancar

Prof. Dr. Mithat Sancar hat den aktuellen Friedensprozess im Hinblick auf die jüngsten Ereignisse in Rojava und die kommenden Parlamentswahlen in der Türkei bewertet. Er ist Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Ankara und war 2013 als Kommissionsmitglied des »Rates der Weisen« für die Marmara-Region verantwortlich. Heute kandidiert Sancar bei den bevorstehenden Parlamentswahlen für die HDP.

Der Friedensprozess – so die jüngsten Erklärungen der AKP-Regierung – habe lediglich nur das Ziel einer vollständigen Entwaffnung der PKK. Außerdem hätten die Forderungen der kurdischen Bewegung nach einem politischen Status noch nie auf der Tagesordnung der Friedensverhandlungen gestanden. Wie beurteilen Sie diese Aussagen vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Region?

Die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) versucht alles in ihrer Macht Stehende, um den Inhalt und die Ziele der Gespräche so marginal wie möglich zu halten. Auch versucht sie den Übergang zu tatsächlichen Friedensverhandlungen so weit wie möglich hinauszuzögern, wenn nicht gänzlich zu blockieren. So erweckt sie in der Öffentlichkeit ganz gezielt den Anschein, dass die Türkei in keinerlei Verhandlungen mit der kurdischen Bewegung stehe, sondern lediglich das Thema der Entwaffnung diskutiere. Grund für diese Propaganda ist zweierlei: Zum einen verhält sich die Regierung hier sehr pragmatisch. Verständlicherweise möchte sie ihre eigene Wählerschaft sowie nationalistische Gruppierungen beruhigen und möglichen Negativreaktionen vorbeugen. Das ist keine überraschende Herangehensweise. Wir können sie bei allen politischen Parteien beobachten. Zum anderen jedoch will die AKP durch solche Aussagen in der Öffentlichkeit eine ganz bestimmte Wahrnehmung des Friedensprozesses schaffen. Indem sie wiederholt betont, ein politischer Status für die Kurden habe noch nie auf der Tagesordnung der Gespräche gestanden und werde es auch zukünftig nicht, beeinflusst sie, wie der Friedensprozess in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, und gleichzeitig erhofft sie sich damit, ihre Forderungen der kurdischen Bewegung aufzuzwingen.

Ganz im Sinne von »Ich habe die Verhandlungen ins Leben gerufen, also entscheide ich über Inhalt und Ausgang« ...

Ganz genau. Diese Haltung nimmt die Regierung seit dem Beginn der Gespräche konsequent ein. Von Anfang an behaupten die AKP und die ihr nahestehenden Kreise, der Friedensprozess sei ein Kind der Regierung. Doch das entspricht nicht der Wahrheit. Denn den Friedensprozess hat nicht Erdoğan, sondern ganz im Gegenteil Öcalan selbst initiiert. Es handelt sich hier um einen Friedensprozess, der vorsieht, dass alle Dialogpartner als Gleichberechtigte an einem Tisch sitzen. Damit dieser Prozess tatsächlich auch erfolgreich wird, sind Verhandlungsregeln sowie verschiedene Mechanismen zur Kompromissfindung notwendig. Das wird von der kurdischen Bewegung stets vertreten, vonseiten der AKP-Regierung aber konsequent ignoriert. Doch kann sich die Regierung in diesem Prozess kein Risiko leisten. Das wurde noch einmal besonders nach der Befreiung der Stadt Kobanê deutlich.

In diesem Zusammenhang hat die AKP-Regierung mit Äußerungen wie »Einen zweiten Nordirak werden wir nicht zulassen« die Aufmerksamkeit auf sich gezogen ...

Aussagen, die weit von der Realität entfernt sind ...

... jedoch möglicherweise Einfluss auf den weiteren Verlauf des Friedensprozesses nehmen könnten? Wie

bewerten Sie solche Aussagen und wie werden sie von der türkischen Gesellschaft aufgenommen?

Es ist nicht das erste Mal, dass Erdoğan mit solchen Äußerungen auffällt. So erinnern wir uns noch allzu gut daran, wie er öffentlich erklärte, einem Korridor nach Kobanê nicht zuzustimmen. Doch was ist passiert? Die Stadt Kobanê ist befreit und Rojava ist heute eine internationale Angelegenheit. Der Widerstand in Kobanê hat nicht nur viel Prestige gewonnen, sondern ist mittlerweile auch eine nicht zu unterschätzende politische Kraft geworden. Heute sagt Erdoğan, er würde eine Selbstverwaltung in Rojava nicht akzeptieren, doch vergisst er, dass dies gar nicht in seiner Hand liegt. Abgesehen davon, dass die Türkei nicht die Macht hat, einen Status in Westkurdistan – was Erdoğan Nordsyrien nennt – zu verhindern. Während diese Statements für Unbehagen in der kurdischen Gesellschaft sorgen, passiert jedoch wenig in den türkischen Teilen der Gesellschaft. Im Grunde hinterfragen die wenigsten die Richtigkeit seiner Erklärungen – insbesondere, wenn es um Kobanê und Rojava geht.

Diese Aussagen sind demnach hauptsächlich als reaktionär zu kategorisieren. Ist die offensive Haltung Erdoğans nach der Befreiung der Stadt Kobanê auch im Hinblick auf den Friedensprozess zu erklären? Es scheint fast so, als wolle die Regierung damit ihren »Machtverlust« in Rojava kompensieren und mit besseren Karten an den Verhandlungstisch. Würden Sie dem zustimmen?

Das spielt natürlich auch eine Rolle. Die Regierung war sich von Anfang an darüber im Klaren, dass Rojava für die kurdische Bewegung und für Öcalan ein entscheidender Faktor im Friedensprozess sein würde. Doch sie entschied sich, diesen Faktor zu ignorieren. So wurde aus den Reihen der AKP mehrfach geäußert, dass die Ereignisse in Kobanê den Friedensprozess in keiner Weise beeinflussen könnten, dass es sich dabei um Entwicklungen außerhalb der türkischen Staatsgrenzen handele und sie somit auch nicht inhaltlicher Bestandteil des Friedensprozesses sein könnten. Der Widerstand und der anschließende Sieg der Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) und ihrer Verbündeten haben die Pläne der Türkei jedoch komplett durchkreuzt und sogar dazu geführt, dass die Regierung nun gezwungen ist, eine neue Politik zu entwickeln. Ihr ist zwar bewusst geworden, dass ihre Syrienpolitik mittlerweile veraltet bzw. gescheitert ist, sie hat jedoch bisher keine neue entwickeln können. So bleibt ihr nichts weiter übrig, als mit Propaganda und Agitation die aktuelle Situation zu überbrücken und so etwas Zeit zu gewinnen. Denn letztlich fühlt sie sich in ihrer vermeintlich starken Position am Verhandlungstisch mit Öcalan und der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) geschwächt – auch zu erkennen an den zahlreichen populistischen Verlautbarungen.

Es ist nicht das erste Mal, dass ein Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK initiiert wurde. Man erinnert sich beispielsweise an die Oslo-Gespräche, die aus verschiedenen Gründen scheiterten. Glauben Sie, dass wir es heute mit einem anders gearteten Friedensprozess zu tun haben? Wenn ja, was hat sich seit Oslo verändert?

In Oslo wurden der kurdischen Bewegung etliche Zugeständnisse gemacht. Ich beziehe mich hier auf die Aufzeichnungen und Dokumente, die an die Öffentlichkeit gelangten. Alle Zugeständnisse wurden wieder zurückgezogen, da sich die Regierung nicht in der Lage sah, diese Versprechen tatsächlich umzusetzen. Insbesondere im Hinblick auf die türkische Öffentlichkeit und ihre eigene Wählerschaft. Das Scheitern der Oslo-Gespräche ist darauf zurückzuführen.

Handelt es sich hier um eine staatliche Mentalität oder realpolitische Bedingungen, die zum Scheitern der Oslo-Gespräche führten? Und was ist heute anders?

Natürlich spielt auch die Mentalität eine gewisse Rolle, doch handelt es sich hier um hauptsächlich realpolitische Hindernisse, die die Regierung nicht überwinden konnte. Im Vergleich zu den Oslo-Gesprächen erscheint der aktuelle Friedensprozess in einem neuen Licht. Zum ersten Mal werden die Verhandlungen vor den Augen der türkischen Öffentlichkeit, der Weltöffentlichkeit geführt. Die Bürger können, wenn sie möchten, den Verlauf des Friedensprozesses verfolgen. Natürlich bedeutet das nicht, dass wir alles erfahren, was besprochen wird, aber zumindest handelt es sich nicht um geheime Treffen wie damals in Oslo. Außerdem wurden Öcalan und die kurdische Bewegung zum ersten Mal offiziell als Dialogpartner für eine Lösung der Kurdenfrage anerkannt. Man kann sagen, dass die PKK in der Geschichte der türkischen Republik, nach rund 35 Jahren, überhaupt zum ersten Mal anerkannt wurde. Diese Entwicklung ist eine äußerst wichtige und verdeutlicht den Unterschied zwischen dem aktuellen Friedensprozess und den Oslo-Gesprächen.

Also handelt es sich um eine Entwicklung weg von der Verleugnung und hin zur Anerkennung ...

Gerade aus diesem Grund spielt der Friedensprozess diesmal eine unheimlich wichtige Rolle. Wir sprechen von der Anerkennung einer Bewegung, deren Existenz jahrzehntelang ver-

leugnet und marginalisiert wurde. Die PKK wird immer mehr mit ihrer politischen Identität wahrgenommen. Nicht nur in der Türkei, sondern auch in der gesamten Welt. Sie kommt der vollständigen Anerkennung als politische Akteurin in der Region immer näher. Aufgrund der jüngsten Ereignisse in der Region und ihrer politischen Standhaftigkeit im Friedensprozess hat sie sich als eine entscheidende Protagonistin bei der Lösung der Kurdenfrage erwiesen. Da die Verhandlungen jedoch vor den Augen der Öffentlichkeit geführt werden, ist es unvermeidlich, dass nur ganz langsam Fortschritte erreicht werden. Hier ist die Haltung der Regierung natürlich auch wichtig. Da sie sich stetig darum bemüht, Kompromisse und Zugeständnisse so weit wie möglich hinauszuzögern, versucht sie durch ihre zögerliche Haltung, den weiteren Verlauf bewusst zu verlangsamen – teilweise zu sabotieren.

Sie haben beschrieben, wie Abdullah Öcalan zunehmend, insbesondere im Rahmen des aktuellen Friedensprozesses, vonseiten der Regierung als politischer Akteur wahrgenommen wird. Wie sieht es mit der Anerkennung in der türkischen Gesellschaft aus? Hat sich das Bild in den Köpfen der Menschen verändert?

Definitiv. Schon seit Langem können wir eine essentielle Veränderung beobachten. Die Standhaftigkeit und Ruhe, die Öcalan in kritischen Situationen demonstrierte, hat meiner Meinung nach außerordentlich viele Menschen überrascht und beeindruckt. Seine Haltung hat das Denken nicht nur von Konservativen, sondern sogar von Nationalisten beeinflusst.

In welcher Weise beeinflusst?

Sehr positiv. Öcalan wird als ein politischer Führer mit einer nachhaltigen und langfristigen Vision wahrgenommen, der sich durch seine innere Ruhe als echter Politiker auszeichnet. Es gibt weiterhin Teile der Gesellschaft, die ihre Abneigung – ja sogar teilweise Hass – ihm gegenüber zum Ausdruck bringen. Doch liegen mittlerweile Welten zwischen dem Bild von Öcalan, das vor drei bis vier Jahren in den Köpfen der Menschen war, und wie er heute wahrgenommen wird. Die Tatsache, dass berühmte Schauspieler, wie beispielsweise Kadir Inanır, öffentlich verkünden, Öcalan sei zweifellos der Führer seines Volkes, spricht für sich. Auch in den Köpfen der meisten Türken hat sich das Bild von Öcalan als Führer seines Volkes durchgesetzt. Es wird immer schwieriger, diese Realität zu verleugnen.

Nun hat Öcalan das Konzept des »Demokratischen Konföderalismus« entworfen. Neben seiner Rolle als Führungsfigur des kurdischen Volkes entwickelt er auch Lösungsvorschläge für eine Demokratisierung der gesamten Türkei und Region. Werden seine Thesen in der türkischen Gesellschaft wahrgenommen?

Inwieweit dies der Fall ist, wird sich erst im weiteren Verlauf des Friedensprozesses zeigen. Wir wissen, dass das Projekt »HDP« (Demokratische Partei der Völker) Öcalans Idee war. Er ist zwar mit diesem Projekt ein großes Risiko eingegangen, hat aber bereits nach kurzer Zeit erhebliche Erfolge beobachten können. Die Ablehnung des Nationalstaates, so wie er es in seinen theoretischen Abhandlungen beschreibt, geht einher mit der Akzeptanz einer gemeinsamen Existenz – eines gemeinsamen Lebens. Das ist jedoch nur durch das Erlangen eines politischen Status möglich. Außerdem erschließt sich schnell, dass ein friedliches Zusammenleben nur entworfen werden kann, wenn der Fokus nicht auf den Rechten nur einer Bevölkerungsgruppe liegt – in diesem Fall denjenigen der Kurden. Die Ablehnung des Nationalstaates geht somit logischerweise einher mit einer Politik, die alle Teile der gesamten Bevölkerung anspricht. Öcalan und der HDP geht es nun darum, die methodischen und organisatorischen Wege für die Realisierung dieser Politik zu öffnen.

Ich würde Sie gern an dieser Stelle um Ihre Einschätzung zu den kommenden Parlamentswahlen bitten. Zu der Ankündigung der HDP, als Partei anzutreten, erklärte Erdoğan, die HDP müsse sich in dem Falle, dass sie unter der 10%-Hürde bleibe, von ihrem Status als Ansprechpartnerin im Friedensprozess verabschieden.

Erdoğan und seine Regierung versuchen hier damit zu sagen, dass in einem solchen Falle die HDP nicht mehr mit dem Status als politische Partei am Friedensprozess teilnehmen könne. Natürlich schwingt bei solchen Erklärungen auch der Versuch mit, die HDP zu verunsichern und dazu zu verleiten, wieder als unabhängige Kandidaten anzutreten. Der AKP, besonders Erdoğan, liegt viel daran, den Status quo beizubehalten – sprich maximal 30 bis 35 Abgeordnete der HDP im Parlament zu sehen.

Wie würden Sie unter diesen Umständen den Einfluss eines (Nicht-)Einzugs der HDP ins Parlament auf den Friedensprozess einschätzen?

Die AKP will unter keinen Umständen, dass die HDP als Partei bei den Wahlen antritt. Aus dem einfachen Grund, dass ein (Nicht-)Einzug der HDP in das Parlament – in beiden Fällen – für die AKP mit enormen Konsequenzen verbunden ist. Neh-

men wir an, die HDP als Partei überwindet die 10%-Hürde, so wird die parlamentarische Kraft der AKP stark geschwächt. Es wird für die AKP nicht möglich sein, die Verfassung im Alleingang zu ändern. Sie wird somit auf die Zusammenarbeit mit anderen Parteien angewiesen sein. Die Republikanische Volkspartei (CHP) oder die Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) bieten sich jedoch nicht wirklich an, da dies für die AKP bedeuten würde, sich vom Friedensprozess ganz verabschieden zu müssen. So kommt für die Regierung einzig und allein die HDP für eine mögliche Kooperation infrage – natürlich nur, wenn sie gewillt ist, den Friedensprozess fortzuführen. Das zeigt auch, dass eine starke HDP gleichzeitig auch die Existenz einer echten Opposition in der türkischen politischen Landschaft bedeuten würde. Falls die HDP den Einzug ins Parlament jedoch aufgrund der 10%-Hürde nicht schaffen sollte, dann muss die Regierung diesmal selbst mit Qandil, dem Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) und der kurdischen Bewegung in Verbindung treten, um den Friedensprozess am Leben zu halten, sprich ohne die Abgeordneten der HDP als Mittler einzusetzen. Gleichzeitig wird die HDP – und ich sage das ganz ohne Zweifel – verstärkt daran arbeiten, ihre Politik der Demokratischen Autonomie de facto umzusetzen. Ich denke nicht, dass die AKP in der Lage sein wird, diese Herausforderungen allein zu bewältigen. Davor hat sie auch Angst. Aus diesen Gründen, egal ob die HDP ins Parlament einzieht oder draußen bleibt, ist der AKP sehr unwohl bei der Tatsache, dass die HDP als Partei in die Wahlen zieht.

Weshalb andere Gruppierungen der Linken von der HDP so beunruhigt sind, ist mir ehrlich gesagt ein Rätsel. Womöglich befürchten sie deren Hegemonie im linken Spektrum und begründen deshalb alternative Parteien und Bewegungen. Gleichzeitig wird die Wahrnehmung verbreitet, die HDP trete als Partei nur an, um die Macht der AKP und Erdoğans zu stärken – da von vornherein klar sei, dass es eine Wahlniederlage geben werde. Diese Kritik wird jedoch meist in Kreisen geäußert, die einen sehr eingeengten Blick auf die Entwicklungen haben und Politik nur über einen »Erdoğan-Zentrismus« verstehen.

Bereits die Ankündigung der HDP, als Partei zu kandidieren, hat zahlreiche Gruppen in der türkischen Gesellschaft – seien es linke, liberale Kreise oder die AKP – gezwungen, sich mit manchen Problemen in einer noch realistischeren und aufrüttelnderen Weise auseinanderzusetzen. Die Entscheidung, als Partei in die Wahlen zu gehen, hat sich bereits jetzt als erfolgreiches Manöver erwiesen. Wie noch nie zuvor sind die türkische Gesellschaft und Politik mit den Realitäten des Landes so unmittelbar konfrontiert. Jetzt liegt es an denen, aus dieser Situation heraus eine neue, sprich demokratischere Politik zu entwickeln.

Bedeutet dies, dass eine Demokratisierung der Türkei nur durch einen Konjunkturwechsel stattfinden kann? Anders formuliert, wenn die AKP gezwungen wird, einer Demokratisierung zuzustimmen?

Darauf zu warten, dass die AKP von sich aus demokratische Schritte einleitet, ist unrealistisch. Hätte die AKP über genügend politische Macht verfügt, dann hätte sie weder Gesprächen mit der kurdischen Bewegung noch einem Friedensprozess zugestimmt. Sie hätte ihre eigene Politik aufgezwungen. Doch ihre Kraft hat dazu nicht gereicht. Das Land befand sich 2012 in einer der schlimmsten Phasen des Krieges, insbesondere aufgrund der überaus strikten Sicherheitspolitik der AKP. Die Regierung wollte die PKK als eine »gebrochene« Bewegung am Verhandlungstisch haben. Das hat jedoch nicht funktioniert und so blieb der AKP nichts weiter übrig, als in einen Friedensprozess einzuwilligen.

Ist diese politische Konjunktur grundsätzlich auf die Haltung der kurdischen Bewegung zurückzuführen oder liegt es vielleicht auch daran, dass sich innerhalb der türkischen Gesellschaft eine zunehmende Unruhe und Abneigung gegen die AKP-Politik entwickelt?

Dass die AKP heute am Verhandlungstisch sitzt, ist dem militärischen und politischen Widerstand der kurdischen Bewegung zu verdanken. Anders als die vorherigen Regierungen hat die AKP einen sehr pragmatischen Charakter. Deshalb fällt es ihr etwas leichter, sich an veränderte Gegebenheiten anzupassen. Selbstverständlich versucht sie stets, einen alternativen, sprich für sich vorteilhaften Weg zu finden. Wenn wir heute jedoch von einem seit zwei Jahren laufenden Friedensprozess sprechen, dann ist das nur der Fall, weil der AKP keine andere Option geblieben ist. Sie wurde bisher aufgrund der politischen Konjunktur, die stark von der Haltung der kurdischen Bewegung beeinflusst war, gezwungen, an diesem Friedensprozess teilzunehmen.

Vielen Dank für dieses Gespräch. ♦

Rosa Burc hat ihren M.Sc. in International Politics an der SOAS, University of London. Derzeit ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Sie promoviert am Lehrstuhl für Regierungslehre im Bereich der Transformations-, Nationalismus- und Föderalismusforschung.

Ein langer Atem ist gefordert

Was macht eigentlich der Lösungsprozess?

Mako Qoçgirî

Das diesjährige Newrozfest naht und zu den Parlamentswahlen in der Türkei am 7. Juni ist es auch nicht mehr lange hin. Beide Termine sind für den Lösungsprozess von großer Bedeutung, das steht außer Frage. Doch ob sich bis dahin etwas tut und der Schritt vom Dialog zu Lösungsverhandlungen endlich beschritten wird oder nicht, das lässt sich derzeit nur schwer voraussagen.

Fakt ist, dass der Dialogverkehr zwischen Imralı *[Öcalan]*, der HDP und der KCK-Führung im Kandilgebirge ununterbrochen anhält. Zugleich wird auch der Dialog zwischen der HDP-Delegation und Vertretern der AKP-Regierung fortgesetzt. Aber derzeit bleibt es eben nur bei einem Dialog. Ob eine Basis für den Übergang zu Verhandlungen über eine Lösung der kurdischen Frage unter den gegebenen politischen Umständen in der Türkei gegeben ist, bleibt äußerst fraglich.

Am 15. Februar 2015, also dem 16. Jahrestag des internationalen Komplotts, welches zur Inhaftierung Abdullah Öcalans führte, erklärte der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan bei der Rückkehr von seiner Rundreise in Lateinamerika, dass er eigentlich einen Aufruf Öcalans erwartet hätte, in dem dieser die PKK zur Niederlegung der Waffen auffordert. Dieser von Erdoğan gewünschte Aufruf hätte durch die HDP-Delegation, die nach zwei Besuchen auf Imralı nun von einer Reise in das Kandilgebirge zurückgekehrt war, verlautbart werden sollen. Doch die Erwartungen des türkischen Staatspräsidenten blieben nicht nur unerfüllt, sie verdeutlichen auch, wie unterschiedlich die Vorstellungen von einer »Lösung« der kurdischen Frage zwischen der AKP und der kurdischen Freiheitsbewegung sind.

Zu der Frage der Waffenniederlegung hatte die kurdische Bewegung bereits mehrfach verlautbart, dass dies der möglicherweise letzte Schritt im Lösungsprozess wäre. Die Erwartung, dass solch ein Schritt von der PKK gegangen werden sollte, bevor man in ernsthafte Verhandlungen über eine Lösung trete, sei demnach nicht nur illusorisch, sondern bringe auch die wahren Absichten der türkischen Regierung im gegenwärtigen Prozess zum Vorschein. Zuletzt erklärte Murat Karayılan im Namen der Volksverteidigungskräfte (HPG) gar, dass vor dem Hintergrund der Bedrohung Kurdistans durch den Islamischen Staat (IS) nicht eine Entwaffnung sondern eine stärkere Bewaffnung der Volksverteidigungskräfte auf der Tagesordnung stehe. Denn selbst bei einer möglichen Lösung der kurdischen Frage in der Türkei würde das nicht automatisch bedeuten, dass die Gefahr, die für Südkurdistan und Rojava durch den IS ausgeht, automatisch beseitigt wäre. Dementsprechend müsste man im Rahmen von Verhandlungen zwischen der kurdischen Freiheitsbewegung und dem türkischen Staat eine Formel finden, wie eine Lösung der Frage beschritten werden kann, bei der die kurdischen Einheiten ihre Waffen behalten und zugleich für die Türkei kein gefühltes Sicherheitsrisiko darstellen. Doch um das zu diskutieren, muss es eben zu den lang ersehnten Verhandlungen kommen. Als Vorbedingung der Verhandlungen einen Aufruf zur Entwaffnung der PKK zu fordern, so wie der türkische Staatspräsident es tut, erscheint jedenfalls unter den gegebenen Bedingungen absurd.

Die türkische Regierung ist derzeit wohl kaum in einer Position, in der sie irgendwelche Forderungen gegenüber der kurdischen Seite formulieren kann. Denn die AKP selbst hat im vergangenen Jahr kaum nennenswerte Schritte getätigt, die ihre Glaubwürdigkeit als Verhandlungspartner im Lösungsprozess gestärkt hat. Im Gegenteil, das Ansehen der AKP in Nordkurdistan ist durch die türkische Unterstützung des Islamischen Staates bei dessen gescheitertem Versuch, die Stadt Kobanê einzunehmen, auf einem neuen Tiefpunkt angelangt. Als die Wut der kurdischen Bevölkerung gegen die türkische Regierungspartei dann am 6. Oktober vergangenen Jahres explodierte und es überall in Nordkurdistan und der Türkei zu gewaltsamen Protesten kam, reagierte der türkische Staat mit rabiater Polizeigewalt. Es starben bei Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten, der Polizei und Islamisten binnen drei Tagen mehr als 40 Menschen. Die Ereignisse dieser Tage gaben zugleich der türkischen Öffentlichkeit und Politik eine Vorahnung davon, in welche Richtung sich die Türkei entwickeln könnte, wenn die historische Möglichkeit, die kur-

dische Frage im Rahmen von Verhandlungen zu lösen, scheitern würde. Doch anstatt die notwendigen Lehren zu ziehen und sich mit größerer Ernsthaftigkeit des Lösungsprozesses anzunehmen, bereitete die türkische Regierung ein »Sicherheitspaket« vor, das bei den nächsten Volksaufständen die Sicherheitskräfte mit noch mehr Befugnissen ausstatten soll. Wenn man bedenkt, dass die Polizei zwischen dem 6. und dem 8. Oktober 2014 bereits ohne das sogenannte »Sicherheitspaket« im Rücken dutzende Demonstranten ungestraft tötete, mag man sich kaum vorstellen, wohin das Paket die Türkei führen wird, wenn es vom Parlament absegnet werden sollte. Noch hat die Gesetzvorlage das türkische Abgeordnetenhaus nicht passiert. Aber allein die Idee, mit einem »Sicherheitspaket« auf einen Volksaufstand in Nordkurdistan zu reagieren, macht deutlich, dass die AKP die kurdische Frage weiterhin in erster Linie als eine »Sicherheitsfrage« und nicht als eine Frage der unzureichenden Demokratisierung der Türkei betrachtet. Die aktuellen Diskussionen um eine Entwaffnung der PKK, ohne dass die Verhandlungen im Lösungsprozess noch begonnen haben, untermauern diese These.

Die türkische Regierung ist derzeit wohl kaum in einer Position, in der sie irgendwelche Forderungen gegenüber der kurdischen Seite formulieren kann. Denn die AKP selbst hat im vergangenen Jahr kaum nennenswerte Schritte getätigt, die ihre Glaubwürdigkeit als Verhandlungspartner im Lösungsprozess gestärkt hat.

Die zwei von der Geschäftsstelle des Menschenrechtsvereins IHD in Amed (Diyarbakır) veröffentlichten Berichte über Menschenrechtsverletzungen seitens des Staates in überwiegend kurdisch besiedelten Regionen bestätigen ebenfalls diese These und machen die Gründe für das fehlende Vertrauen der kurdischen Bevölkerung in die AKP mehr als deutlich.

So ergeben sich aus dem Bericht zu »Menschenrechtsverletzungen an Kindern in Ost- und Südostanatolien im Jahr 2014« folgende Zahlen: »Sicherheitskräfte« des türkischen Staates töteten in Nordkurdistan fünf und verletzten neun Kinder. 444 Kinder wurden festgenommen und 106 verhaftet.

Im Bericht zu den »Menschenrechtsverletzungen in Ost- und Südostanatolien im Jahr 2014« werden 19 614 Menschenrechtsverstöße vermerkt. Es wurden 3 840 Menschen festgenommen und davon 668 verhaftet. 1 480 Menschen waren Opfer von Folter und schwerer Misshandlung. Insgesamt wurden 1 106 gesellschaftliche Aktivitäten, wie beispielsweise Demonstrationen und Kundgebungen, vom Staat angegriffen.

Auch wenn uns keine statistischen Angaben des IHD zu den ersten 48 Tagen des Jahres 2015 zur Verfügung stehen, können wir aus der Medienberichterstattung von mehr als 500 Festnahmen und mehr als 100 Verhaftungen ausgehen. Allein bei den Protestaktionen zum Jahrestag des internationalen Komplotts an der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan wurden mindestens 180 Menschen festgenommen, darunter auch viele Minderjährige. Es ist offensichtlich, dass das sogenannte »Sicherheitspaket« die Festnahmen, Verhaftungen und öffentlichen Hinrichtungen der Polizei erleichtern wird.

Aus Sicht der kurdischen Freiheitsbewegung hängt die Lösung der kurdischen Frage eng mit der Frage der Demokratisierung der Türkei zusammen. Somit wäre ein Erfolg im Lösungsprozess nicht nur für die Kurdinnen und Kurden im Lande ein Meilenstein in Richtung einer demokratischeren und freieren Gesellschaft, sondern für alle in der Türkei lebenden Menschen und gesellschaftlichen Gruppen. Die türkische Regierung hingegen hat ihre eigene Agenda. Sie will ihre Alleinherrschaft auf lange Zeit garantieren, beim Aufbau eines autoritären Regimes voranschreiten und hofft darauf, dass die Unterstützung der gesellschaftlichen Basis der kurdischen Freiheitsbewegung, die wohl wichtigste Opposition gegen diese Pläne der AKP, durch einen langgezogenen Lösungsprozess zusehends schwindet und somit die kurdische Opposition sich auf lange Zeit selbst zersetzt.

Es bleibt also dabei, der Lösungsprozess gestaltet sich nicht in der Form, als wären sich der türkische Staat und die kurdische Freiheitsbewegung einig über eine Lösung und beide Parteien müssten nur noch über Detailfragen verhandeln. Im Gegenteil, dass der Prozess nach mehr als zwei Jahren Gesprächen immer noch nicht in eine Verhandlungsphase übergegangen ist, zeigt, wie schwierig er sich gestaltet. Der Lösungsprozess ist somit weiterhin ein Versuch der kurdischen Freiheitsbewegung, die Frage der Demokratisierung der Türkei und den türkisch-kurdischen Konflikt auf einer politischen Ebene zu lösen. Auf dieser politischen Ebene wird ein unerbittlicher Kampf zwischen beiden Konfliktparteien geführt, der von Zeit zu Zeit auch gewaltsame Züge annimmt. Die Niederlage des IS trotz türkischer Unterstützung in Kobanê war ein wichtiger Punkt für die kurdische Freiheitsbewegung in diesem Kampf. Die anstehenden Parlamentswahlen im Juni werden darüber entscheiden, wer den nächsten Punkt bekommt. Wer am Ende die meisten Punkte sammelt, wird sich im Lösungsprozess mit seinen Vorstellungen auch gegenüber der Gegenseite durchsetzen können. Doch es scheint, dass bis zu einer Entscheidung beide Seiten noch einen langen Atem brauchen. ♦

Die HDP wird zu einer Partei, die überall und für alle erreichbar ist

Die HDP überwindet zuerst die 10%-Hürde in den Köpfen und dann ...

Selahattin Demirtaş, Kovorsitzender der Demokratischen Partei der Völker (HDP)

Der türkische Staat leidet unter einer derart absurden KurdInnenphobie, dass er, sollte im Falle eines drohenden Weltuntergangs ein Exemplar jeder Spezies auf ein Schiff genommen werden, sich bemühen würde, »keine KurdInnen hereinzulassen«.

Diese traumatisierte Herangehensweise scheint nicht einfach mit einem Strategiewechsel zu bewältigen zu sein. Die KurdInnen wollen unter den NeoosmanInnen nicht nur eine Farbschattierung, eine Volksgruppe unter deren Schirm sein, sondern gleichberechtigt leben und einen eigenen Schirm tragen. In der Völkerkonföderation im Mittleren Osten wird sich um gleichberechtigte Beziehungen bemüht, wohingegen im Neoosmanischen eine herrschende Nation andere unter ihrer Führung vereinnahmen will. Aus diesem Grunde stellen die neoosmanische Herangehensweise der AKP-Regierung und die von der kurdischen Freiheitsbewegung präferierte Konföderation der Völker im Mittleren Osten zwei grundlegend unterschiedliche Linien dar.

Im von furchtbaren Verwüstungen, Widersprüchen und Polarisierung geprägten Mittleren Osten bietet eine allein auf Ethnie, Klasse oder Religion basierende Politik keine Lösung. Eine Politik, die nicht die Dialektik aller Problemfelder erkennt und sich dieser nicht annimmt, hat hier keine Erfolgs- und Zukunftschancen. Die demokratische Moderne, die eine Konföderation der Völker vorsieht, ist hier als Gegengift entstanden, die HDP mit dieser Perspektive zu einer Partei geworden. Glaubenszugehörigkeit, ethnische Herkunft, Klassenzugehörigkeit, Geschlechterfrage, Umwelt, all dies sind Themen der HDP. Die HDP verfolgt eine Politik, die einer Heilsalbe für die zerrütteten Ethnien und Unterdrückten im Mittleren Osten gleichkommt.

Eine kurdistanbezogene Linie ist notwendig; ein Abweichen wird den KurdInnen Verluste zufügen. Ein Aspekt in den Diskussionen um einen unabhängigen Staat bzw. Autonomie fehlt. Ihr könnt einen unabhängigen Staat verteidigen, aber wenn Ihr das tut, ohne zu beschreiben, wie er regiert werden soll, werdet Ihr Munition verpulvern. Ich spreche für einen mit Demokratischer Autonomie gefüllten unabhängigen Staat. Das von Herrn Öcalan und der kurdischen Freiheitsbewegung installierte Projekt der Demokratischen Autonomie stellt keine Alternative zu einem unabhängigen Staat dar; es erklärt vielmehr, wie ein Staat zu sein hat. Öcalan ist nicht gegen die Idee eines unabhängigen Staates, sondern gegen die eines Nationalstaates. Auch die kurdische Freiheitsbewegung ist nicht von der Idee eines unabhängigen Staates abgewichen, sondern hat eine demokratische Offensive gestartet, welche die Idee eines unabhängigen Staates ideologisch noch weiter ausbaut. Sie hat eine noch weiter reichende Forderung für die KurdInnen, keine geringere. Wenn möglich wird die Demokratische Autonomie innerhalb der türkischen Republik verwirklicht; es wird ein Kampf für die Demokratische Autonomie aller Volksgruppen geführt. Sollte sich abzeichnen, dass die Umsetzung nicht möglich ist, wird es kein endloses Warten geben, bis die Türkei die Demokratische Autonomie anerkennt.

Die HDP verbreitert ihren Aktionsradius nicht im Widerspruch zum kurdistanbasierten Gedanken, sondern einer Linie entsprechend, die diesen einbezieht und in sich trägt. Sie organisiert sich nicht nur im Westen der Türkei als Volkspartei, sondern auch in Nordkurdistan. Ihre Vision ist weder Kurdistan noch dem Kurdistangedanken fremd. Sie hat es geschafft, Politik und Forderungen in Kurdistan mit den Forderungen der Glaubensgemeinschaften, Klassen und Geschlechter in der Türkei in einem politischen Programm voller Ausgewogenheit zu vereinen. Das Vermögen, sich in der Gesellschaft zu etablieren, ist enorm gewachsen.

Die HDP verteidigt entschlossen und ohne jegliches Zögern das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, allen voran des kurdischen. Wenn es seine Bestimmung in der Demokratischen Autonomie sieht – und dies ist der Fall –, dann ist es nicht Aufgabe der HDP, darüber zu diskutieren. Sie wird das bedingungslos unterstützen. Die KurdInnen können einen unabhängigen Staat fordern; das ist ihr gutes Recht. In diesem Fall werden wir uns alle, wird sich die HDP darum vereinen. Wäh-

rend wir dies tun, sprechen wir in Yozgat oder Konya keine andere Sprache. Dass wir die Forderungen des kurdischen Volkes verteidigen, bringen wir HDPlerInnen überall zum Ausdruck. Wir organisieren uns in der Türkei nicht, indem wir so tun, als ob wir nicht die Rechte des kurdischen Volkes verteidigten. Von daher ist jede Stimme, die die HDP erhält, gleichzeitig eine Unterstützung für den Kampf des kurdischen Volkes.

Dass ich in diesem äußerst unfairen Wahlkampf *[Präsidentschaftswahl 2014; A. d. Ü.]* fast zehn Prozent der Stimmen erhalten habe, ist das beste Beispiel für die Hoffnung und die Aufregung, welche die Menschen ergriffen haben. Vierzig Prozent der WählerInnen sind an den Punkt gekommen zu sagen: »Ich kann sie wählen.« Erstmalig wird sich in der Geschichte der türkischen Republik eine revolutionäre politische Partei, die das System so tiefgreifend kritisiert, in 81 Provinzen organisieren. Sie ist seit Mitte Januar mit ihrer gesamten Organisationsstruktur bereit für die Wahlen.

Die HDP wird zu einer Partei, die überall und für alle erreichbar ist. Daher wird versucht, mich, mit mir meine Partei und die politische Linie, für die ich stehe, zu kriminalisieren. Sie versuchen, an der zunehmenden Sympathie und dem steigenden Interesse zu feilen. Sicherlich stört sie die von mir verteidigte politische Linie und das von mir vertretene Politikverständnis. Denn ich bin kein berühmter Schauspieler oder Ähnliches. Meine Bekanntheit ist Resultat meiner politischen Linie. Ich stehe und falle mit meinen Aussagen, den hinter mir stehenden Menschen sowie der Realität des Kampfes. Es ist unbestritten, dass jeglicher Angriff auf mich gegen meine politische Line und den von mir repräsentierten Kampf gerichtet ist. Es ist offensichtlich, dass sie sich davor fürchten.

Unsere Generation ist in der kurdischen Freiheitsbewegung aufgewachsen. Wenn der Begriff zulässig ist, so sind wir ihre Kinder. Sie hat uns großgezogen und kompetent gemacht. Jetzt haben wir auf verschiedenen Ebenen Führungspositionen eingenommen. Wir werden nichts unternehmen, was dem Charakter, der Moral, der Kultur und den Werten der Bewegung widerspricht. Zwischen uns gibt es keine Konkurrenz und keine Machtspielchen. Es wird viel geschrieben werden und zermürbende Kampagnen werden gegen uns inszeniert werden, je näher die Wahlen rücken. Doch wir und unser Volk sind auf diese psychologische Kriegsführung vorbereitet.

Wir werden in 81 Provinzen insgesamt 550 KandidatInnen aufstellen. Mit den Synergieeffekten, die sich aus deren Profil im Hinblick auf die Vielfalt der Sprachen, Farbtöne und Kulturen ergeben, werden wir auf die Menschen zugehen und die HDP wird die einzige Partei sein, über die gesprochen wird. Wir werden erkennen, dass die Zehnprozenthürde in unseren Köpfen besteht. Wir werden erst dort die Hürde überwinden und dann die Wahlhürde. ♦

Zusammenfassung eines Interviews mit Selahattin Demirtaş, Yeni Özgür Politika, 05.02.2015



Demonstration in Riha für die Freiheit Öcalans: »Die Freiheit von Herrn Öcalan ist die Freiheit der Gesellschaften« Foto: DIHA

Der Kovorsitzende des KCK-Exekutivrats Cemil Bayık über das internationale Komplott und die Entwicklungen im Mittleren Osten

Die PKK als alternative Kraft, die sie nicht akzeptieren konnten ...

Amed Piran, Özgür Gündem

Cemil Bayık, Mitbegründer der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und Kovorsitzender des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), bewertete in einem zweiteiligen Interview, das am 15. und 16. Februar in der kurdischen Tageszeitung Özgür Gündem erschien, das internationale Komplott gegen Abdullah Öcalan, die andauernden Angriffe der kapitalistischen Moderne gegen die kurdische Freiheitsbewegung und die Perspektiven für sozialistisch-revolutionäre Kräfte im Mittleren Osten.

Es sind nun 16 Jahre seit dem internationalen Komplott vergangen. Was für eine Position hatten die internationalen Kräfte zur Zeit des Komplotts inne?

Das internationale Komplott war die größte Katastrophe, die einer Gesellschaft und einer Bewegung widerfahren konnte. So tief, brutal und hart das Komplott war, so entschieden, willensstark und hart war auch unsere Reaktion. Heute befinden wir uns am 16. Jahrestag des Komplotts. Das Komplott nochmals unter verschiedenen Aspekten zu bewerten und zu analysieren, ist notwendig. Denn im Zentrum stand, mit der Person des Vorsitzenden Öcalan, die Zukunft der kurdischen Gesellschaft und der Freiheitsbewegung auf dem Spiel. In diesem Sinne ist eine Diskussion und Analyse angebracht. Doch davor möchte ich mein respektvolles Gedenken und ehrfürchtiges Verbeugen vor allen kämpfenden und gefallenen Genossinnen und Genossen ausdrücken, die sich in den Bergen, Gefängnissen, den vier Teilen Kurdistans und im Ausland mit der Parole »Ihr könnt unsere Sonne nicht verdunkeln« zu Feuerbällen gegen das internationale Komplott machten und als Märtyrer gefallen sind. Außerdem möchte ich nochmal die am Komplott beteiligten Kräfte verurteilen und meinen Glauben daran ausdrücken, dass keine Kraft den Willen des Vorsitzenden und den langen Atem unserer Gesellschaft besiegen kann.

Das Komplott vom 15. Februar 1999 war ein internationales Komplott. An diesem Komplott waren viele Kräfte beteiligt. Doch wir wissen, dass die Rolle der USA dabei entscheidend war. Die Rolle der Türkei überschreitet nicht die einer einfachen Nebenrolle. So sagte der Ministerpräsident Bülent Ecevit, dass er immer noch nicht ganz verstanden habe, warum die USA ihnen Öcalan ausgeliefert hätten. Es gab also ein gemeinsames Spiel zur Unterstützung der Türkei. Israel hat im Sinne seiner technischen Geheimdienstfähigkeiten eine aktive Rolle gespielt. Die EU-Staaten haben sich bis zum letzen Punkt zu einer einzigen Entscheidungsgewalt zusammengefügt und im Komplott eine aktive Rolle gespielt. Als Öcalan durch den europäischen Luftraum flog, gab es solch eine demokratische und kulturelle Tradition, dass kein einziger europäischer Staat seinen Flughafen für Öcalan öffnete oder eine Landung seines Flugzeuges erlaubte. Russland hat für seine ökonomischen Vorteile eine beispiellose Charakterlosigkeit gezeigt und sich dem Komplott angeschlossen. Griechenland hat mit dem Darlegen einer falschen Freundschaft, die ihresgleichen in der Geschichte sucht, ebenfalls seinen Platz im Komplott eingenommen. Daneben haben sich die regionalen reaktionären Kräfte und die kurdischen Kollaborateure dem Komplott angeschlossen.

Was hat sie alle nun zusammengebracht?

Ich möchte betonen, dass weder Öcalan noch unsere Gesellschaft Feindseligkeit gegenüber den Gesellschaften von Europa, Russland, Griechenland und Amerika hegen. Das Problem sind die Staaten selbst, die für ökonomischen und politischen Nutzen keinerlei menschliche, moralische oder internationale Werte kennen. Der Vorsitzende Apo *[Öcalan]* repräsentiert eine Lebensphilosophie, die Demokratie und Freiheit als Zukunft der Menschheit. Deshalb ist es gerechtfertigt zu sagen, dass alle am Komplott beteiligten Kräfte wahre Feinde von Demokratie und Freiheit sind. Diese Besonderheit ist es, die sie zusammengebracht hat. Öcalan wurde ohne jegliche Wahrung von Recht, Gesetz oder menschlichen und moralischen Werten auf die Insel Imralı gesperrt; seinen eigenen Worten nach wurde er gekreuzigt. Eigentlich wurde in der Person von Öcalan die gesamte Menschlichkeit, allen voran die kurdische Gesellschaft und unsere Bewegung gekreuzigt. Das ist eine große Skrupellosigkeit.

Was war aus dieser Perspektive das Ziel des internationalen Komplotts?

Zunächst möchte ich Folgendes betonen: Öcalan repräsentiert hierbei keine Person, sondern eine Gesellschaft sowie deren Zukunft. In diesem Sinne war die Problematik nicht auf eine Person begrenzt. Das Komplott ist eine Entwicklung, die mit den regionalen Entwicklungen und der erreichten Stufe der kurdischen Frage zusammenhängt. Zur Erinnerung: Es gab zu Zeiten des Komplotts bedeutende Umbrüche im Mittleren Osten. Die Ansichten von Öcalan und die kurdische Freiheitsbewegung hatten ein Niveau erreicht, auf dem sie die Widersprüche und Gleichgewichte im Mittleren Osten beeinflussen und die Richtung von Entwicklungen mitbestimmen konnten. Eine klassische Führungsrolle in Kurdistan war nicht in der Lage, den Entwicklungen im Mittleren Osten sowie den Forderungen der kurdischen Gesellschaft nach Demokratie und Freiheit Antworten zu geben. Öcalan und die Freiheitsbewegung beeinflussten die vier Teile Kurdistans. Diese Situation erschreckte und störte die traditionellen kurdischen Führungskräfte sowie die internationalen Hegemonialmächte auf ernsthafte Weise.

Die Türkei steckte in jeder Hinsicht in einem Dilemma. Sie war ökonomisch und politisch im Würgegriff und erlebte große Turbulenzen. Und das Wichtigste war, dass der türkische Kolonialismus trotz all seiner Unterstützung durch internationale und regionale reaktionäre Kräfte die Freiheitsbewegung nicht besiegen konnte.

In der Gesellschaft Kurdistans entwickelten sich ein unglaubliches nationales Erwachen, ein Bewusstsein und eine Widerstandsausdauer. Die PKK war nun eine nationale und internationale Kraft. Sie zwang die kurdische Frage aus allen Blickwinkeln zu einer Lösung. Der türkische Staat hatte nun nicht mehr viele Möglichkeiten. Entweder es kommt eine Lösung oder es muss nach neuen Möglichkeiten gesucht werden, da die Methoden der speziellen Kriegsführung, die jahrzehntelang angewandt wurden, keine Ergebnisse brachten.

Die kurdische Frage war gleichzeitig ein regionales und internationales Problem. Die internationalen und regionalen Kräfte wollten keine Lösung der kurdischen Frage. Sie wollten das Problem verwalten und hielten Krieg, Gewalt oder eine Lösung mit der traditionellen kurdischen Führung geeigneter für ihre Zwecke.

Wenn schon eine Lösung erzielt werden sollte, dann nicht unter der Vorreiterrolle des Vorsitzenden Öcalan und der PKK. Doch die PKK war die entscheidende Kraft. Deshalb gab es nicht viele Alternativen. Entweder kommen sie zu einer Lösung mit der PKK, oder sie zielen auf die Vernichtung der PKK ab. Dafür musste zuerst der Vorsitzende Öcalan liquidiert werden.

Es gibt weltweit ähnliche Fälle. Wenn der Führung von Bewegungen der Einfluss entzogen wurde, sie getötet oder festgenommen wurden, blieb auch nichts von den Bewegungen übrig. Viele revolutionäre Bewegungen wurden auf diese Weise liquidiert. Der Mentalität zufolge, nach der das internationale Komplott verwirklicht wurde, dachte man, dass mit der Isolierung von Öcalan und der Trennung von der Gesellschaft vom Widerstand nichts übrig bleiben werde und die PKK liquidiert sei. Doch diese Mentalität ist angesichts der Realität der kurdischen Führungspersönlichkeit Öcalan und der Freiheitsbewegung ins Leere gelaufen. Denn der Vorsitzende hat solch eine Gesellschaft und Bewegung hervorgebracht, dass selbst, wenn die Welt sich gegen sie verbünden würde, keine Ergebnisse erzielt werden könnten. Die Entwicklungen haben dies bestätigt. In der Realität der PKK und ihrer Entwicklungsdialektik sind Schwierigkeiten nur der Grund für eine Stärkung der Bewegung. Die von Öcalan entwickelte Ideologie und das neue Paradigma waren für unsere Bewegung und unsere Gesellschaft wie ein Neuanfang. Die Gewinner sind der Vorsitzende Öcalan, die Freiheitsbewegung, unsere Gesellschaft und die Menschheit; die Verlierer sind alle reaktionären Kräfte, die Teil des internationalen Komplotts waren.

Was war das Bestimmende für die Kräfte in diesem Komplott, gegen die kurdische Führungspersönlichkeit Öcalan aktiv zu werden? Wo lässt sich dieser Vorstoß in ihren Mittelostplänen verorten?

Wie ich bemerkte, war der grundlegende Punkt für die Aktivierung der Kräfte im Komplott ihr schmutziges, ökonomi-

sches und politisches Interesse. Die Freiheitsbewegung Kurdistans bedrohte die Kräfte der kapitalistischen Moderne und die nationalstaatlichen Regionalkräfte auf allen Ebenen. Im Mittleren Osten gab es einen Status, der den Völkern aufgezwungen wurde. Dieser Status wurde nach nationalstaatlicher Mentalität aufgebaut und organsiert. Das System war vollständig auf Zwang und Verleugnung aufgebaut. Demokratie und Freiheit wurden für die Völker des Mittleren Ostens als nicht würdig angesehen; die Existenz der Völker, Glaubensrichtungen und Kulturen wurde verleugnet. Die internationalen Hegemonialmächte organsierten ihre Interessen im Mittleren Osten über nationalstaatliche, oligarchisch-faschistische Regime. Dieser Status sollte geschützt und nicht verändert werden.

Die Existenz der PKK und die Entwicklung der Freiheitsbewegung repräsentierten genau das Gegenteil. Sie ebneten den Weg für die Aufklärung, Bewusstwerdung und Organisierung der Völker, Glaubensrichtungen und Kulturen im Mittleren Osten. Das Demokratiebewusstsein und die Freiheitssuche der Völker störten diese Kräfte. Sie wollten keine Veränderungen und neuen Formationen im Mittleren Osten jenseits ihrer eigenen Vorstellungen. Der Status musste geschützt werden; und wenn es Veränderung gäbe, dann nach ihren eigenen Vorstellungen. In diesem Sinne stellte die PKK einen Demokratie- und Freiheitswillen dar, der auf der eigenen Kraft der Völker beruhte und nicht von außen kontrolliert werden konnte.

Sie war folglich ein Hindernis, das überwunden werden musste. An diesem Punkt gab es eine einheitliche Bewegung der internationalen Hegemonialmächte, der regionalen Reaktionäre und Kollaborateure. Ihre Interessen überschnitten sich. Daneben war die eigentliche Befürchtung die neue Lebensweise, die die PKK versuchte, ideologisch und philosophisch zu entwickeln, sowie ihr Kampf für Demokratie und Freiheit. Die PKK war in diesem Sinne eine alternative Kraft, die sie nicht akzeptieren konnten. Mit einer Vernichtung der PKK wären systemimmanente Lösungen leichter gewesen. Ich kann die Elemente, die am stärksten zur Aktivierung der internationalen Kräfte des Komplotts beitrugen, so kurz zusammenfassen.

Die kurdische Freiheitsbewegung erklärt, die Ziele der am Komplott beteiligten Kräfte seien ins Leere gelaufen. Was hat dies bewirkt?

Wenn man sich die Geschichte der Freiheitsbewegung vor Augen führt, dann sieht man, dass die kleinste Errungenschaft, die im Namen von Demokratie und Freiheit gewonnen wurde, jeder einfache kleine Schritt, mit großen Opfern bezahlt wurde. Und das ist eine Besonderheit der PKK. Die PKK ist eine Bewegung, die nicht auf Bequemlichkeit setzt und mit der Überwindung von Schwierigkeiten Identität gewinnt und entwickelt. In ihrer 40-jährigen Widerstandsgeschichte hat sie alle Probleme und Schwierigkeiten auf diese Weise überwunden.

Beim Komplott wurde in der Person des Vorsitzenden Öcalan unserer Bewegung und unserer Gesellschaft das Leichentuch aufgelegt. Es wurde gesagt, dass die PKK ihre Existenz nicht mehr schützen, fortführen und kämpfen könne. Doch der Vorsitzende Öcalan hat einen neuen Vorstoß mit dem Paradigma der Demokratischen Nation und des Demokratischen Konföderalismus vorgenommen; und das auf einem Niveau, dass alle überraschte. Das war sehr historisch und bedeutend. Im Grunde hat das Komplott genau an diesem Punkt verloren.

Öcalan hat nicht mit einer traditionellen und üblichen Art von Führungspersönlichkeit reagiert, sondern mit einer eigenen Art und Weise, mit einem Vorstoß auf höchstem Niveau alle Rechnungen der Kräfte des Komplotts ins Chaos gestürzt und einen neuen Prozess begonnen. Bei der Verteidigung gegen das Komplott waren die Haltung und das neue Paradigma Öcalans sicher das Entscheidendste. Daneben sind auch die Vergesellschaftung unserer Bewegung und ihre Einheit mit der Führungspersönlichkeit wichtig im Kampf gegen das Komplott. Wie bereits am Anfang erklärt, haben sich dutzende unserer Genossinnen und Genossen und dutzende kurdische Menschen und Freunde, die den Vorsitzenden nie gesehen oder gekannt haben, in Feuerbälle verwandelt und das Komplott verurteilt. Ich möchte nochmals dieser willensstarken großen Revolutionäre gedenken. Es war die Entschlossenheit und die Willenskraft, die das Komplott besiegt haben. Der Widerstand braucht zusammen mit Entschlossenheit und Willenskraft eine richtige Führung und Organisierung. Dies gab es bisher nicht in der Geschichte Kurdistans. Die PKK und ihr Vorsitzender haben in diesem Sinne eine Antwort auf die tausendjährigen Sehnsüchte unserer Gesellschaft gegeben. Seine ideologisch-politische Richtung, seine Ansichten und das Paradigma haben diesen unbesiegbaren organsierten Widerstand hervorgebracht und zum Erfolg geführt.

Mit solch einer Führung und opferbereiten Bewegung und Gesellschaft konnte natürlich kein Komplott die erhofften Ergebnisse erzielen.

Dauern diese Pläne der internationalen Kräfte des Komplotts heute noch an? Oder wurden sie revidiert? Falls sie revidiert wurden, weshalb?

Das Komplott hat nicht seine Ziele oder Absichten erreicht. Öcalan, dem man seinen Einfluss nehmen wollte, ist heute nicht nur für die kurdische Gesellschaft relevant, sondern spielt eine dynamischere, aktivere und einflussreichere Rolle für die Menschheit. Die PKK-Bewegung hat sich auf Grund-

lage des neuen Paradigmas selbst geschult, organsiert und eine hohe Organisierungsstufe erreicht. Die Gesellschaft Kurdistans hat sich um den Vorsitzenden Öcalan zusammengeschlossen und sich auf eine unvergleichliche Weise mit der Freiheitsbewegung vereint. Die PKK, die man liquideren wollte, hat sich in eine große regionale Kraft verwandelt, die den Demokratie- und Freiheitswünschen der Gesellschaften die Richtung weist und Vertrauen und Hoffung geben kann. Dies alles zeigt, dass das Komplott seine Ziele nicht erreicht hat.

Doch ich muss Folgendes klarstellen: Natürlich waren wir durch das Komplott mit großen Schwierigkeiten konfrontiert. Uns wurde eine unvergleichliche Liquidation aufgezwungen. Falsche Freunde, ambivalente, unentschlossene und willensschwache Revolutionäre wurden erfasst und sind gebrochen. Die Kräfte des Komplotts haben versucht, sich in die Bewegung einzuschleusen, um eine falsche Führung zu erschaffen.

Doch all dies wurde durch die Bestrebungen Öcalans und die Verbundenheit unserer Bewegung mit ihm ins Leere laufen gelassen. Wenn heute das Komplott besiegt wurde, wird mit dem Kampf zur Befreiung des Vorsitzenden Öcalan und Kurdistans auch die Reaktion weitergehen.

Das Komplott wird ohne Zweifel nicht mehr mit den offenen Methoden, sondern, wie erklärt, mit den revidierten Methoden weitergehen. Sie werden alles Mögliche tun, um die Bewegung zu lenken, falsche Tagesordnungen zu schaffen, um sie ins System zu integrieren. Gegen das von Öcalan entwickelte Paradigma des Demokratischen Konföderalismus und der Demokratischen Nation werden die nationalstaatliche Mentalität und die Kräfte der kapitalistischen Moderne im Sinne von Ideologie, Politik, Moral und Ethik kontinuierlich im Kampf gegen uns sein. Dies ist eine Seite des Komplotts. Eine andere Dimension ist, dass sie immer noch nicht von den alten Methoden gelassen haben. Dies wurde durch die Morde von Paris sichtbar. Die Ermordung der drei großen revolutionären kurdischen Frauen Sakine, Rojbîn und Ronahî im Herzen von Paris ist eine Spielart des internationalen Komplotts. Die Einzelheiten können anders sein. Doch im Kern handelt es sich um einen Schlag gegen den Vorsitzenden Öcalan und unsere Bewegung und um den Versuch, das Paradigma von Öcalan und die Lösung der kurdischen Frage ins Leere laufen zu lassen. Sie versuchen heute Kräfte wie die Hizbullah gegen unsere Bewegung und unsere Gesellschaft in Bewegung zu setzen. Solche Kräfte ohne ihren internationalen Einfluss zu bewerten, ist nicht möglich. Man muss wissen, dass dies die Ausrichtung ist, solange Öcalan und die Gesellschaften Kurdistans nicht befreit sind, auch wenn die Kräfte und Methoden des Komplotts sich ändern.

Wie sieht die heutige Kurdenpolitik der Staaten, die aktiv am Komplott teilgenommen haben, aus? Wenn es einen Politikwechsel gibt, was sind die Faktoren hierfür?

Seit dem Komplott vom 15. Februar sind nun 16 Jahre vergangen. In diesen vielen Jahren gab es wichtige Entwicklungen in Kurdistan und im Mittleren Osten. Auch wenn es mit dem kolonialistischen türkischen Staat von Zeit zu Zeit Gespräche gab, wie z. B. in Oslo, ist er insbesondere im Jahr 2011 mit einem Vernichtungskonzept gegen unsere Bewegung und einer Verschärfung der Isolations-Bedingungen gegen unseren Vorsitzenden zum Angriff übergegangen. Der Krieg ist eskaliert. Während der Staat dachte, freie Gebiete zu übernehmen und zu zerschlagen, haben sich in Nordkurdistan freie Gebiete entwickelt. Die Kräfte der türkischen Armee haben schwere Niederlagen erlitten. Die AKP-Politik wurde zu großen Teilen ins Leere laufen gelassen. Unser Vorsitzender hat daraufhin an Newroz 2013 einen neuen Prozess begonnen. Und dieser Prozess dauert mit seinen Schwierigkeiten weiter an.

Die Interventionen in den Mittleren Osten, insbesondere die IS-Faschisten in Kurdistan, haben mit neuen Widersprüchen auch neue Gleichgewichte hervorgebracht. Der von unserer Bewegung in Rojava, Şengal und vielen anderen Orten Kurdistans gegen den IS-Faschismus geführte Widerstand hat bei den Gesellschaften große Hoffnung und Euphorie hervorgebracht und wieder einmal gezeigt, dass unsere Bewegung Demokratie, Freiheit und menschliche Werte verteidigt. Die Kurden haben mit der Vorreiterrolle der Freiheitsbewegung die Rolle einer Willenskraft im Mittleren Osten erlangt. Angesichts des Willens der Kurden zur Verteidigung von Demokratie und Freiheit entwickelte sich eine große Sympathie in der Welt, die die internationalen Kräfte nicht unbeachtet lassen konnten. Aus diesem Grund sind die schwarze Propaganda und das Image gegenüber unserem Vorsitzenden und unserer Bewegung, welche (seit fast einem halben Jahrhundert) auf eine sehr bewusste und organsierte Weise aufgebaut wurden, zusammengebrochen. Es hat sich erwiesen, dass ohne eine Befreiung der Kurden auch der Mittlere Osten nicht frei sein wird. Die Freiheitsgarantie für die Kurden ist die Befreiung des Mittleren Ostens. Ohne die Kurden ist keine nachhaltige Lösung im Mittleren Osten möglich. Das hat sich klar gezeigt.

Es ist für die Kräfte, die im Mittleren Osten Politik machen und die Region nach ihren Interessen gestalten wollen, nicht möglich, diese Realität der PKK und den Willen der kurdischen Gesellschaft außen vor zu lassen. Denn die PKK, mit ihrem Demokratie- und Freiheitskampf, nimmt als eine starke Willenskraft einen festen Platz in der Politik des Mittleren Ostens ein. Zusammen mit diesen Erkenntnissen ist es aufgrund der inneren türkischen Entwicklungen und der hegemonialen

Außenpolitik des AKP-Staats mit der türkisch-islamischen Synthese eine natürliche Sache, dass die USA, die EU und viele andere regionale Staaten im Hinblick auf die kurdische Frage, und damit verbunden in ihrer Politik gegenüber der PKK und der Türkei, bestimmte Veränderungen aufweisen. Unsere Bewegung hat mit der Verteidigung von Demokratie, Freiheit und menschlichen Werten gegenüber dem IS-Faschismus in den Augen der Menschheit ein großes Ansehen erlangt. Gewissenhafte Demokraten, Revolutionäre, Intellektuelle, Schriftsteller und Künstler, Akademiker und Politiker haben die Realität der PKK nun besser verstanden. Diese positiven Reaktionen in der Öffentlichkeit auf die PKK haben einen Einfluss auf die Staaten ausgeübt. Aus diesem Grund gab es intensive Diskussionen darüber, dass die PKK nicht terroristisch sei und von der Terrorliste gestrichen werden sollte.

Nach all dem ist es für die USA schwer, eine Politik der Feindschaft gegenüber der PKK zu verfolgen. Die Revolution von Rojava, die auf ihre eigene Kraft gestützt gekämpft und gewonnen hat, hat die USA, Frankreich und weitere europäische Staaten gezwungen, ihre Haltung zu ändern. Auch für Israel ist es unrealistisch und schwer, eine Politik gegenüber der Türkei zu betreiben, die auf Feindschaft gegen Kurden und die PKK beruht, da es widersprüchliche Interessen zwischen Israel und der AKP-Regierung unter Erdoğan gibt. Russland war gegenüber der kurdischen Frage von Anfang an passiv. Wenn es eine Politik im Mittleren Osten verwirklichen will, muss es die kurdische Realität und die PKK sehen und verstehen. Und Griechenland, unsere Worte waren gegen die damalige PASOK und den damaligen griechischen Staat gerichtet. Denn ich glaube daran, dass die griechische Gesellschaft den Kurden immer freundschaftlich verbunden war. Dem Sieg der SYRIZA in den letzten Wahlen begegnen wir positiv. Ich weiß nicht, wie sehr sie gegen die ökonomische Politik und die neoliberale Ideologie der kapitalistischen Moderne ankämpfen können. Doch sie haben einen wertvollen und sinnvollen Vorstoß gemacht. Ich glaube daran, dass die griechische Gesellschaft mit der neuen griechischen Regierung zusammen die Freiheit der kurdischen Gesellschaft unterstützen wird. Das heißt, die Annäherung der genannten Staaten an die PKK und die kurdische Frage ist keine vorsätzliche Annäherung. Wenn die Kurden in Kobanê besiegt worden wären, der türkische Staat gegen die Freiheitsbewegung erfolgreich gewesen wäre, wären die Kurden sicher auf keiner Tagesordnung. Nur mit Kampf, Stärke, Organisierung und der Einflussnahme auf politische Verhältnisse werden die Staaten einen Wechsel in ihrer Politik vornehmen. Das Gesagte gilt aber nicht für Gesellschaften. Die Interessen der Gesellschaften sind gleich, einheitlich. Was diese geschwisterlich vereint, ist der Wunsch nach Demokratie und Freiheit. In diesem Sinne sind wir sowieso freundschaftlich und geschwisterlich mit den Gesellschaften verbunden.

Wie hat die Revolution von Rojava den Blick der Gesellschaften und internationalen Kräfte auf die kurdische Freiheitsbewegung, Öcalan und das Komplott beeinflusst?

Die Revolution in Rojava hat in diesem Sinne zweifellos eine positive Wirkung auf die Gesellschaften und Kräfte gehabt. Aus diesem Grund wird die Freiheit des Vorsitzenden Öcalan von allen Gesellschaften gefordert. Deshalb haben sich zusammen mit den Gesellschaften auch die Sichtweisen von einigen Staaten auf das internationale Komplott geändert, oder sie waren dazu gezwungen. Dies hat Öcalan mit seinen Einsichten erschaffen und unsere Gesellschaft und unsere Freiheitsbewegung in die Praxis umgesetzt. Es ist allgemein bekannt, dass politische und gesellschaftliche Führungspersönlichkeiten bei ihrem ersten Hervortreten nicht leicht verstanden, sogar verurteilt werden. Die Größe dieser Menschen wird leider erst später gesehen. Erst fast ein halbes Jahrhundert später wird der Vorsitzende Öcalan langsam von den Menschen verstanden. Die internationalen Kräfte des Komplotts sind heute sogar in eine Lage gekommen, in der sie nicht mal mehr das Komplott verteidigen können. Die aufsteigenden Werte von Demokratie und Freiheit machen Öcalan verständlicher und die Kräfte des Komplotts schwächer.

Wie sah die Annäherungsweise der Demokraten und fortschrittlichen Kräfte der Türkei aus? Sehen sie dies als ausreichend an?

Der Vorsitzende Öcalan sagt: »Ich habe nicht, weil ich Kurde bin, den Freiheitskampf Kurdistans organisiert, sondern weil ich Sozialist bin.« Seine ersten Freunde waren ohnehin türkischstämmige Revolutionäre. Es wurde darauf bestanden, zusammen mit der sozialistischen Bewegung der Türkei eins zu werden. Erst als gesehen wurde, dass sich dies nicht verwirklicht, wurde sich auf Kurdistan fokussiert. Er sagt immer, dass er das Erbe und den Kampf von Mahir Çayan, Deniz Gezmiş und Ibrahim Kaypakkaya weiterführt. Die Genossen, denen er innerhalb unserer Bewegung am nächsten stand und am meisten vertraute, waren Haki Karer und Kemal Pir. Ich möchte Folgendes ausdrücken: Die Persönlichkeit Öcalans und seine Philosophie sowie sein Widerstand lassen sich nicht nach Kurdistan zwängen, sondern er ist auch eine internationale revolutionäre Persönlichkeit, allen voran jedoch gilt das für die Türkei.

Mit der Wahrnehmung der Ideen Öcalans in seinen Verteidigungsschriften und der Bewertung dieser Ideen durch verschiedene Menschen und Organisationen wurden einige wichtige Dinge verstanden. Dies ist ebenfalls wichtig. Der Vorsitzende Öcalan, der für die Befreiung der Gesellschaften Kur-

distans immer die Demokratisierung der Türkei zur Grundlage nahm, ist eigentlich der nächste Genosse für linke, sozialistische Kräfte der Türkei. Dies ist auch in seinem heutigen Widerstand, seiner entwickelten Perspektive und Politik zu sehen.

Es ist die Zeit für eine Einheit aller sozialistischen, revolutionären Kräfte, die den Antikapitalismus, die Antistaatlichkeit, den demokratischen Sozialismus und die Freiheit als Grundlage nehmen, es ist Zeit für eine Verstärkung des gemeinsamen Widerstands. In diesem Kontext ist mein Aufruf folgender: Die PKK ist offen hierfür. Sie ist bereit dafür, allen Aufgaben und ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Ich rufe alle revolutionären, sozialistischen Kräfte auf dieser Grundlage nochmals zu einer Widerstandseinheit auf.

Wo lässt sich die Forderung nach Freiheit für Öcalan in der Demokratisierung der Türkei verorten? Was muss geschehen?

Die Festnahme und die Freiheit Öcalans sind nicht auf ihn selbst begrenzt. Die Freiheit Öcalans ist für unsere Gesellschaften gleichzeitig ein Triumph der Demokratie und Freiheit. So versteht unsere Gesellschaft das auch. In einer Türkei, die sich nicht demokratisiert, kann man nicht von einem freien Kurdistan sprechen. Bei einem nicht befreiten Kurdistan kann man auch nicht von einer demokratischen Türkei sprechen. Die demokratische und freie Zukunft unserer Gesellschaften ist also miteinander verbunden. Das Paradigma für deren Verwicklung sind die Demokratische Nation und der Demokratische Konföderalismus.

Öcalan hat für den Aufbau einer Organisation und einer Perspektive Projekte entwickelt und viel Mühe aufgewendet, um alle revolutionären, sozialistischen und alle antikapitalistischen Kräfte an einem Widerstandspunkt zu vereinen. Die Demokratische Partei der Völker (HDP) ist als Ergebnis dessen entstanden. Die HDP ist abseits von jeglichem Chauvinismus und Nationalismus die einzige Widerstandsadresse, die alle Unterdrückten, Arbeiter, Frauen, Jugendlichen und Glaubensrichtungen mit der Perspektive der Demokratischen Nation vereint.

Die HDP trägt mit der Lösung der kurdischen Frage und der Demokratisierung der Türkei eine historische Aufgabe und Verantwortung. Wenn diese richtige Widerstandsperspektive und dieses Projekt mit der richtigen Organisierung entschlossen in die Praxis umgesetzt werden, sind die Befreiung Kurdistans, des Vorsitzenden Öcalan und die Demokratisierung der Türkei sicher.

Aus dieser Sicht ist die begonnene Kampagne mit der Forderung nach Freiheit für Öcalan gleichzeitig der Kampf für eine Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei. Aus diesem Grunde führen die Gesellschaften in Kurdistan und der Türkei diese Kampagne für die Freiheit Öcalans. Dies ist eigentlich ein Kampf für die eigene Freiheit. In diesem Kontext grüße ich die Kampagne mit der Forderung nach Freiheit für Öcalan, für eine Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung der Türkei und beglückwünsche alle, die diese wertvolle Kampagne organisieren und Arbeit investieren.

Mit der Festnahme Öcalans wollte man ihn anschließend ohne Einfluss lassen. Doch heute ist er insbesondere mit der Revolution in Rojava und dem Sieg von Kobanê zu einem einflussreichen Akteur im Mittleren Osten geworden. Wie sehen Sie die Verbindung?

Es gibt das Sprichwort »Was mich nicht umbringt, macht mich stärker«. Sie konnten den Vorsitzenden Öcalan nicht töten, da er eine Gesellschaft, eine Zukunft repräsentierte. Eine organisierte Gesellschaft und eine widerständige Bewegung, die die Welt aus den Angeln gehoben hätte! Und die hat Öcalan geschaffen. Denn wir kennen das Schicksal der Anführer kurdischer Aufstände. Viele wurden vertrieben oder erhängt. Von den meisten ist nicht einmal bekannt, wo ihre Gräber oder Leichen sind. Der Vorsitzende Öcalan hat dies mit einer organsierten gesellschaftlichen Kraft verhindert. Doch die internationalen Kräfte des Komplotts erwarteten mit der Isolierung Öcalans von unserer Bewegung und der Gesellschaft, die Liquidierung der PKK und die gesellschaftliche Akzeptanz der Sklaverei durchzusetzen. Diese Rechnungen hatte Öcalan vom ersten Tag auf Imralı an auf den Kopf gestellt.

Der Vorsitzende Öcalan kämpft nicht nur gegen den türkischen Staat, sondern gegen ein internationales System. Gegen die kapitalistische Moderne hat er ein Paradigma mit der Perspektive der Demokratischen Nation entwickelt. Die Revolution in Rojava und der Widerstand in Kobanê haben diese Realität offengelegt und stellen deren Höhepunkt dar. Man kann weder die Revolution in Rojava, den Widerstand in Kobanê und Şengal, noch den Demokratie- und Freiheitskampf der kurdischen Gesellschaft in allen Teilen Kurdistans von Öcalan getrennt sehen. Aus diesem Grund ist sein Ansehen in den Gesellschaften gestiegen. Sie sprechen von einem einflussreichen Akteur im Mittleren Osten. ♦

Für den Wiederaufbau von Kobanê braucht es jegliche Unterstützung

Ein Kampf für die Menschheit

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V., 18.02.2015

Am 26. Januar vermeldete Idris Nassam, stellvertretender Außenminister des Rojava-Kantons Kobanê, die Befreiung der Enklave. 135 Tage nach dem Beginn der Großoffensive des sogenannten Islamischen Staates (IS) verdrängten ihn die widerstandleistenden Volksverteidigungseinheiten (YPG) und Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) aus der Stadt. Tags zuvor war der strategisch äußerst wichtige Hügel Girê Kanî zurückerobert worden, auf dem der IS schwere Artillerie stationiert hatte, die sein Vorrücken aus dem Stadtviertel Kanîya Kurdan ins Zentrum absicherte. Gemeinsam mit den YPG, YPJ, Peschmergaeinheiten, den FSA-Brigaden Sems El-Semal und Suwar El Rakka, zahlreichen freiwilligen internationalen Kämpferinnen und Kämpfern zelebrierten Tausende in die Stadt zurückgekehrte Menschen die Befreiung Kobanês (Ain al-Arabs).

Indessen häuften sich Stimmen aus der Türkei, wie sie unterschiedlicher nicht sein könnten. Es handelt sich dabei wahrhaftig um eine tragische Komödie. Auf der einen Seite hatte der türkische Staatspräsident im Oktober über Wochen hinweg erklärte, dass Kobanê im Begriff stehe zu fallen und die Invasion des Islamischen Staates nicht mehr aufzuhalten sei. Adressatin dieser Behauptungen war nicht die Bevölkerung der Türkei. Erdoğan, der selbst anlässlich von Gastauftritten in Europa auf eine Übersetzung seiner Ansprachen verzichtet, richtete seine ins Arabische übersetzte Rede an die Menschen in Syrien und die syrischen Flüchtlinge im Publikum. Dabei versäumte er es keinesfalls, exzessiv zu betonen, dass er in den Widerstandleistenden in Kobanê die größte Gefahr und die gefährlichsten TerroristInnen sehe.[1] Ironischerweise war es dann der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu, der einen Tag vor der Verkündung der Befreiung Kobanês auf einem Städteparteitag seiner Partei AKP in Amed (Diyarbakır) die Widerstandleistenden in Kobanê grüßte: »Ich küsse allen meinen Brüdern und Schwestern aus Kobanê die Stirn«,[2] so Davutoğlu in Bezug auf diejenigen, in denen Staatspräsident Erdoğan die »größten TerroristInnen« sieht, die die Türkei mit allen Mitteln bekämpfen müsse.

1 http://www.hurriyet.com.tr/gundem/27342780.asp

2 http://www.cnnturk.com/haber/turkiye/basbakan-davutoglu-kobaniye-selam-ediyorum

Am 03.02.2015 gab der IS offiziell seinen Rückzug bekannt. Sein bisheriger Mythos, unbesiegbar zu sein, ist gebrochen. Trotz waffentechnischer und zahlenmäßiger Unterlegenheit, trotz Umzingelung durch IS und Embargo der Türkei haben die KurdInnen bewiesen, dass sie in der Lage sind, die von ihnen verwalteten Gebiete gegen jeglichen Angriff zu verteidigen. Ein weiterer und bedeutender Schritt in Richtung *[offizieller]* Status ist getan. Dieser Schritt ist sehr wichtig, denn das von der Bevölkerung Rojavas repräsentierte Gesellschaftssystem, im Vergleich zum Status der KurdInnen als Volksgruppe, spielt in diesem Kontext die eigentliche Rolle. Dieses Gesellschaftssystem, das sich in Form der Demokratischen Autonomie und des Demokratischen Konföderalismus artikuliert, ist es, das konträr zu den strategischen Interessen der hegemonialen Kräfte des Weltsystems und somit im Widerspruch zu diesem steht.

Die Hegemonialmächte versuchen, das Projekt Demokratische Autonomie im Mittleren Osten auf die unterschiedlichste Art und Weise zu blockieren oder zumindest zu behindern. Denn der Mittlere Osten steht erneut an einem historischen Scheideweg.

Die Behauptung, die charakteristischen Merkmale dieses historischen Moments ähnelten denen der Phase nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, ist hier sogar unzureichend. Wurde durch die Verträge von Sèvres bis Lausanne eine Neuaufteilung des Mittleren Ostens beschlossen, damit eine Integration in das europäische Weltsystem vollzogen, ist derzeit vielmehr eine Transformation des Weltsystems mit mehreren unterschiedlichen Zentren zu verzeichnen. Im Gegensatz zur Ära des Kalten Krieges, in der zwei verschiedene Ideologien und politische Systeme um die Vorherschaft kämpften, ringt stattdessen eine Vielzahl diverser Akteure unterschiedlicher Gattung (u. a. auch konfessioneller und nichtstaatlicher) um die Bestimmung der neuen Weltordnung.

Einen Aspiranten für die Neugestaltung der Ordnung im Mittleren Osten stellen der Demokratische Konföderalismus und die damit verbundene Demokratische Autonomie dar. Für diese Idee steht die kurdische Freiheitsbewegung und sie

findet ihre praktische Umsetzung in Rojava. Im Kontext der Demokratischen Autonomie wurde auch der Begriff der Demokratischen Nation entwickelt, die nichts mit einem zentralistischen, nationalistischen Staat gemein hat. Dieses Konzept findet in Rojava seine Realisierung. Im Rahmen der Kantonalverwaltungen der Rojava-Administration findet jede konfessionelle, ethnische und andere gesellschaftliche Gruppierung ihre politische Repräsentanz. Jedem Mitglied der Gesellschaft wird die direkte und aktive politische Partizipation am politischen Leben in Form der Volksräte, die ebenso in autonome Frauen- und Jugendräte unterteilt sind, ermöglicht.

Dieses Modell und die Überzeugung, ein besseres, demokratisches Leben für die Bevölkerung der Region zu schaffen, machen eine der Wurzeln aus für den unbeugbaren Widerstandswillen der Bevölkerung von Rojava und Kobanê gegen die Angriffe aller Feinde, seien sie nun das Regime oder der IS.

Azime Deniz, eine der Kommandantinnen der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), erklärte am 18.02.2015 gegenüber der Presse, dass die vollständige Befreiung Kobanês, samt seiner umliegenden Dörfer, nicht mehr lange dauern würde: »Wir drängen den Feind an allen drei Fronten zurück. Dennoch ist der IS bestrebt, unsere Befreiungsoperation zu stoppen. In kürzester Zeit werden wir die vollständige Befreiung Kobanês verkünden können.«[3]

Nach der Befreiung der Stadt ist es nach wie vor schwer hineinzugelangen. Die Türkei öffnet nur sporadisch ihre Grenze zu Kobanê. Martin Glasenapp von der Menschenrechts- und Hilfsorganisation medico international gelangte als eine der wenigen ausländischen Personen nach Kobanê. Er berichtete der internationalen Presse, dass Kobanê zwar frei, aber nahezu völlig zerstört sei. Vor allem Krankenhäuser und medizinische Versorgungseinrichtungen würden dringend benötigt. Aber auch die Infrastruktur sei völlig zerstört. Daher bitte die Kantonalverwaltung die vielen Zehntausend Flüchtlinge, die auf der türkischen Seite der Grenze auf ihre Rückkehr nach Kobanê warten, sich noch etwas zu gedulden. Außerdem würden die vorhandenen Nahrungs- und Wasservorräte nicht mehr für den Monat Februar ausreichen. Um die sowieso prekäre humanitäre Lage nicht weiter zu verschlimmern, müsse die Grenze zur Türkei geöffnet werden.[4]

Idris Nassan erinnert daran, dass Kobanê trotz Befreiung weiterhin von allen Seiten vom IS umzingelt sei. Nur durch einen freien Zugang über die Türkei könne die Möglichkeit zum Wiederaufbau der Stadt gewährleistet werden. Weiter appelliert er an die internationale Gemeinschaft: »Der IS hat überall Sprengfallen gelegt. Außerdem sind viele uranangereicherte Sprengkörper nicht explodiert. Es bedarf internationaler ExpertInnenteams, die sie entschärfen und entsorgen.« Zudem sei bisher niemand von den UN oder einer sonstigen internationalen Organisation der Staatengemeinschaft in Kobanê gewesen.[5]

Schon am 10. Oktober 2014 hatte Staffan de Mustura, der UN-Gesandte für Syrien, erklärt, dass Kobanê mit einer schrecklichen Gefahr konfrontiert sei. Anschließend appellierte er in Genf an die Türkei, ihre Grenze zu öffnen, damit kurdische KämpferInnen nach Kobanê gelangen könnten, um ein Massaker an der kurdischen Bevölkerung zu verhindern. Dieser Aufruf folgte einem ähnlichen Appell von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon.[6] Dem hat sich die Türkei bekanntlich verweigert und ließ nur ein minimales Kontingent südkurdischer Peschmerga unter großen Schikanen durch die Türkei nach Kobanê ziehen.

Interessant ist jedoch, dass sich die UN nach der Befreiung Kobanês bei der Unterstützung seiner Bevölkerung äußerst reserviert verhalten. Was sowohl Äußerungen in Richtung Kobanê als auch insbesondere praktische Unterstützung angeht. Während die UN und die ihr angehörenden Hilfsorganisationen als einzige Instanzen die Möglichkeit hätten, die türkisch-syrische Grenze zu passieren, ist von ihnen keinerlei Initiative in dieser Hinsicht zu verzeichnen. Obwohl es zum Selbstverständnis der UN-Hilfsorganisationen gehört, in Krisengebieten humanitäre Hilfe zu leisten, ziehen sie die Bewertung von Satellitenbildern einem persönlichen Erscheinen in der Region vor.[7]

Doch Kobanê hat bewiesen, dass die KurdInnen in Rojava dazu fähig sind, sich gegen jeglichen Angriff zu verteidigen. Denn sie sind nicht erst seit Kobanê Angriffen dschihadistischer Gruppen ausgesetzt. Seit mehr als drei Jahren wird die Region von mehreren Seiten und Kräften angegriffen. Die Befreiung Kobanês haben die KurdInnen mit einem hohen Blutzoll bezahlen müssen. Die seelischen Wunden werden die Menschen noch lange tragen. Die KurdInnen haben in Kobanê nicht nur für sich selbst gekämpft. Sie haben einen Stellvertreterkrieg geführt für die gesamte Menschheit und die Werte unserer heutigen Zivilisation. Es ist das Mindeste, dass die internationale Gemeinschaft nun beim Wiederaufbau der Stadt hilft und ihrer Verantwortung nachkommt. In diesem Sinne gilt die Einladung des französischen Staatspräsidenten François Hollande an die Delegation aus Kobanê von Anfang Februar als positiv zu bewerten. Es gilt, die Zeit, in der nur *über* KurdInnen gesprochen wurde, hinter sich zu lassen, sie sind samt ihren legitimen VertreterInnen anzuerkennen. ♦

3 http://yeniozgurpolitika.info/index.php?rupel=nuce&id=39269

4 http://www.spiegel.de/politik/ausland/kobane-nach-islamischer-staat-terror-deutscher-helfer-im-interview-a-1016964.html

5 http://civaka-azad.org/kobane-bereits-200-doerfern-befreit-francois-hollande-empfaengt-pyd-und-ypj-paris/

6 http://www.sueddeutsche.de/politik/kampf-um-koban-un-gesandter-warnt-vor-massaker-wie-in-srebrenica-1.2167622

7 http://www.unitar.org/unosat/node/44/2161

Die Gefahr, die von dem IS ausgeht, ist nicht nur auf die Region des Mittleren Ostens beschränkt

Selbstverteidigung und gemeinsamer Widerstand gegen den IS

Mustafa Delen, Journalist

Vor rund vier Jahren nahmen die Volksaufstände gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Korruption in Tunesien ihren Anfang und breiteten sich in Windeseile über die gesamte arabische Welt aus. Diese Aufstände veränderten die Machtkonstellation in der Region nachhaltig und erreichten ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem Zusammenbruch der Regime in Ägypten und Libyen. Die Bewegung der Muslimbruderschaft (İhvan-ı Muslim) übernahm vielerorts rasch die Vorhut der Aufstände und ihr gelang schließlich auch die Machtübernahme in Ägypten. Allerdings nahmen die laizistischen Kräfte, die von einer Vielzahl regionaler und internationaler Mächte unterstützt wurden, die Machtübernahme des gemäßigten Islams, den die Muslimbruderschaft repräsentiert, nicht hin und so kam es, noch bevor die Muslimbruderschaft die neu erlangte Macht richtig auskosten konnte, zum Putsch und zur Restauration des alten Regimes. Der Putsch gegen die Muslimbruderschaft stellte auch für die Ambitionen der türkischen AKP-Regierung, eine Regionalmacht zu werden einen Rückschlag dar, denn sie hatte mit der İhvan-ı-Muslim-Bewegung einen wichtigen politischen Partner verloren.

Unter der Niederlage der Muslimbruderschaft litt außerhalb Ägyptens vor allem die syrische Opposition. Denn der Kern der Freien Syrischen Armee (FSA) setzte sich aus Gruppen zusammen, die Teil der Muslimbruderschaft waren. Nach dem Putsch in Ägypten verloren diese Gruppen immer mehr an Bedeutung. Das dadurch entstandene Vakuum wurde rasch von salafistischen Gruppierungen aufgefüllt, die innerhalb der syrischen Opposition bald eine Übermacht erlangten. Die verheerenden Rückschläge für die politischen Kräfte des gemäßigten Islams waren zugleich für den sog. Islamischen Staat (IS) ein großartiger Nährboden. Auf diesem Wege konnte der IS mit seinen brutalen Methoden schnell ein Imperium des Schreckens gedeihen. Der IS hat mit der Unterstützung der Türkei und der Golfstaaten sein Herrschaftsgebiet über den Zentralirak und über weite Teile Syriens ausgedehnt. In Syrien versuchen die Islamisten durch die Einnahme der Gebiete Rojavas die Türkei zu ihrem sicheren Rückzugsgebiet zu machen, während sie im Irak gerne neben Mossul ihre Kontrolle auch auf Kirkûk, Diyala und Selhadin ausweiten wollen.

Es ist bekannt, dass der IS keine homogene Organisation ist. In den Reihen des Islamischen Staates befinden sich unzählige Kader des ehemaligen Baath-Regimes, Abspaltungen aus Al-Kaida und sunnitischen Stämmen, die sich von der schiitischen Zentralregierung des Iraks diskriminiert fühlen. Auch islamistische Gruppen aus Südkurdistan, wie Ansar al-Islam, haben sich dem IS angeschlossen.

Der IS hat vor allem in der zwischen der Autonomen Region Kurdistan KRG und der Zentralregierung umstrittenen Region des Iraks, deren Zugehörigkeit im Rahmen des Artikels 140 der irakischen Verfassung noch geregelt werden muss, Terror verbreitet. Das Ziel war es, in diesen Gebieten Angst zu verbreiten und für Unsicherheit zu sorgen. Anschließend hat der IS sein Visier in Richtung Syrien gewendet. Dort hat er allerdings nicht das syrische Regime, sondern die Kurden angegriffen. Der Grund hierfür dürfte vor allem darin liegen, dass sich der IS von Anfang an mit denjenigen Mächten verständigt hat, denen die Region Rojava ein Dorn im Auge ist. Von diesen hat er dann auch die notwendige Unterstützung erhalten, um einen Großangriff auf die Region zu starten. Nachdem er aber trotz dieser Unterstützung bei seinem Sturm auf Rojava gescheitert ist, hat er sich erneut dem Irak zugewandt.

Der Mittlere Osten ist ein einziges Kriegsgebiet

Noch bevor die Massaker des IS an der nichtmuslimischen Bevölkerung Mossuls aus den Schlagzeilen der Presse verschwunden waren, haben die Islamisten am 3. August ein furchtbares Massaker an den êzîdischen Kurden von Şengal verübt. Weder die irakische Armee in Mossul noch die südkurdischen Peschmerga-Kräfte in Şengal haben gegen den IS Widerstand geleistet. Ein Massaker noch größeren Ausmaßes an den Êzîden konnte nur durch den Einsatz der Guerillakräfte der PKK verhindert werden, die sofort nach Şengal aufbrachen

und dort einen Großteil der Bevölkerung in sicheres Gebiet evakuieren konnten. Die Guerillakräfte bezogen in Südkurdistan nicht nur in Şengal aktiv Stellung gegen den IS, sondern auch in Maxmur, Kirkûk und Celawle (Jalawla).

Gegenwärtig ist der Mittlere Osten ein einziges Kriegsgebiet. Noch ist kaum abzusehen, in welche Richtung sich die Region entwickeln wird. Vom Irak über Syrien bis nach Jemen und Libyen herrscht Krieg. Auch die Frontverläufe in diesem Kriegsgebiet werden immer unübersichtlicher. Wer heute noch Bündnispartner in der Region ist, kann sich morgen auf dem Kriegsfeld gegenüberstehen und umgekehrt.

Natürlich hat das alles nicht mit dem IS begonnen. In der Region herrschte seit Jahren eine Chaossituation. Der IS hat dieses Chaos nur noch weiter vertieft und den Status quo in der Region ordentlich durcheinandergebracht. Vor diesem Hintergrund scheint es außer einer grundlegenden Neuordnung der Region, mit der die verknöcherten Probleme an der Wurzel gepackt werden, keinen anderen Ausweg aus der gegenwärtigen Chaossituation zu geben. Die lediglich palliativen Maßnahmen, die die schlimmsten Wunden der Kriegssituation bedecken sollen, führen nirgendwohin. Das hat die jüngere Geschichte deutlich gemacht. Unter den gegebenen Bedingungen bedarf es also eines radikalen Widerstands für einen anderen Nahen und Mittleren Osten. Ein anderer Weg, Organisationen wie den IS aus der Welt zu schaffen, scheint auf kurze Sicht nicht möglich.

Eine Gefahr weit über die Grenzen des Mittleren Ostens hinaus

Die Gefahr, die von dem IS ausgeht, ist nicht nur auf die Region des Mittleren Ostens beschränkt. Selbst für diejenigen Mächte, die aufgrund ihrer eigenen Interessen in der Region gegenüber dem IS die Augen verschlossen oder ihn gar unterstützt haben, werden die Islamisten immer gefährlicher. Der Terroranschlag auf Charlie Hebdo in Paris war aus dieser Sicht mehr als ein Warnzeichen. Dass gewisse Kreise diesen Anschlag als den europäischen 11. September bezeichnen, verdeutlicht die Wirkung und Bedeutung dieses Terrorakts.

Vor dem Hintergrund dieser Gefahr haben sich äußerst unterschiedliche politische Kräfte im Kampf gegen den IS zusammengefunden. Ein wenig erinnert der Kampf gegen den IS an den Kampf gegen die Nazis im 2.Weltkrieg. Denn auch damals hatten sich politisch einander keineswegs wohlgesonnene Mächte im Kampf gegen Nazi-Deutschland zusammengefunden. So ist es derzeit auch im Kampf gegen den IS.

Aus diesem Grund hat der Widerstand, den die Kurdinnen und Kurden gegen den IS leisten, es auf die politische Tagesordnung der gesamten Welt geschafft. Denn der Erfolg oder Nichterfolg des kurdischen Widerstands gegen den Islamischen Staat wird weitreichende Folgen für die politischen Machtverhältnisse in der gesamten Region mit sich bringen. Dass die Kurdinnen und Kurden zu solch einem wichtigen Akteur in der Region werden konnten, kommt allerdings nicht aus dem Nichts, sondern gründet sich auf die Erfahrungen der kurdischen Freiheitsbewegung.

Die Tatsache, dass der IS wiederum die kurdische Bevölkerung insgesamt ins Visier genommen hat, ist sicherlich auch kein Zufall. Die Mächte, die hinter dem IS stehen, lassen hier ihren Einfluss spielen. Eine herausstechende Rolle spielt dabei die Türkei. Die Herrschaften in Ankara dachten, sie könnten den Islamischen Staat als Gewaltinstrument für ihre eigenen Zwecke in der Region nach Belieben benutzen. Doch als sich herausstellte, dass der IS nicht nur die Kurden und die Êzîden, sondern auch die Şabak, die Kakai, die Christen, Assyrer, die Turkmenen, die Schiiten und eigentlich die gesamte Vielfalt des Mittleren Ostens zum Feind erkoren hat, zog er nicht nur die Wut der Weltmächte, sondern der gesamten Weltöffentlichkeit auf sich.

Der gemeinsame Kampf der südkurdischen Peschmerga und der Guerillaeinheiten gegen den IS, von Kobanê über Şengal bis nach Maxmur und Kirkûk, hat großes Interesse auf sich gezogen. Vor allem die PKK hat in dieser Zeit nicht nur innerhalb der kurdischen Öffentlichkeit große Sympathien auf sich gezogen, sondern auch die Anerkennung verschiedenster humanistischer und demokratischer Kreise weltweit erlangt. Der Widerstand der PKK hat viele Vorurteile gegen sich aus der Welt geschafft und dazu geführt, dass sich verschiedenste Kreise mit der kurdischen Freiheitsbewegung von Neuem beschäftigen und auseinandersetzen.

Eine gemeinsame Verteidigungskraft ist notwendig

Das Ergebnis ist, dass in ganz Syrien und Irak, aber im Besonderen in Rojava und Südkurdistan ein Krieg stattfindet. Dieser Krieg findet zwischen dem IS auf der einen und der irakischen Armee, den Peschmerga, der Guerilla und den Koalitionskräften auf der anderen Seite statt. Doch in den Reihen der letzteren Partei wird der Kampf derzeit ohne eine offizielle Koordination geführt, was einen schnellen Erfolg gegen die Islamisten unwahrscheinlich macht.

Aus dem gemeinsamen Kampf der Guerilla und der Peschmerga-Kräfte in Kobanê hat die kurdische Bevölkerung große Kraft und Hoffnung geschöpft. Auch in Kirkûk findet in klei-

nerem Umfang ein gemeinsamer Kampf der kurdischen Kräfte gegen den IS statt. Für Şengal und Maxmur gilt das aber leider nicht. Deswegen müssen die kurdischen Organisationen für die Verteidigung Südkurdistans rasch eine Vereinbarung treffen. Denn das Fehlen solch einer Vereinbarung führt dazu, dass die kurdischen Einheiten gegen den IS nicht gemeinsam kämpfen. Die PKK hat aus diesem Grund der südkurdischen Regierung den Vorschlag gemacht, eine gemeinsame Verteidigungskraft für Südkurdistan oder zumindest eine gemeinsame militärische Koordination aufzubauen.

Eine Realität des Widerstands gegen den IS ist auch, dass die Solidarität zwischen den Völkern und Religionsgemeinschaften, die alle vom Islamischen Staat bedroht werden, in dieser Phase gewachsen ist. Die verschiedenen Minderheiten sind sich alle der Notwendigkeit einer eigenen Selbstverteidigung und des gemeinsamen Handelns mit den anderen Gruppen bewusst geworden. Der Aufbau der YBŞ-Einheiten unter den Êzîden oder das Aufstellen einer Milizkraft unter den Kakai sind gelungene Beispiele für die Selbstverteidigung. So wird durch den Widerstand gegen den IS auch das Fundament für das gemeinsame Leben der verschiedenen Volks- und Religionsgruppen der Region errichtet. Und diese Erfahrung könnte den Grundstein für eine Neuordnung und den Aufbau einer alternativen Gesellschaftsordnung im Mittleren Osten legen. ♦



Kobanê ist befreit ... Foto: DIHA

Die YPG auf einem guten Weg

Selbstvertrauen ist der Schlüssel zum Sieg

Sinan Cudi, Journalist



DIHA

Am 3. Oktober 2014 erreichte die Terrororganisation des Islamischen Staates (IS) das Stadtzentrum von Kobanê (Ain al-Arab). In den Randbezirken brachen Kämpfe aus, und die Türkei schloss den Grenzübergang Mürşitpınar, die Luftröhre der auf drei Seiten von den Terroristen umzingelten Stadt. Diese war im wahrsten Sinne des Wortes belagert. Die internationale Anti-ISIS-Koalition hatte noch nicht damit begonnen, innerhalb von Syrien und Rojava Stellungen des ISIS anzugreifen. Der Kampf gegen die Terroristen wurde einzig von ein paar Hundert Kämpfer*innen der YPG/YPJ geführt, die völlig auf ihre eigenen, begrenzten Mittel und Ressourcen zurückgeworfen waren, und nur von den Kämpfer*innen von Burkan al-Furat (ein Zusammenschluss aus Kräften der Freien Syrischen Armee) und einigen Zivilist*innen unterstützt, die Kobanê nicht verlassen wollten.

Zeitgleich erklärten die gegen den ISIS kämpfenden regionalen und internationalen Staaten, dass dieser Kampf nur langfristig gedacht und nur mit einer hohen Anzahl zusätzlicher Waffen und militärischer Kräfte überhaupt ein Sieg erlangt werden könne. Für viele politische Akteur*innen war die Niederlage von Kobanê schon eine ausgemachte Sache: Es wurde schon versucht abzuschätzen, was nach dem Fall der Stadt geschehen würde.

Am selben Tag – dem achtzehnten Tag des Krieges – veröffentlichte das Generalkommando der Volksverteidigungseinheiten YPG eine schriftliche Erklärung und nahm damit der ungünstigen Lage zum Trotz eine Haltung ein, die von vielen verschiedenen Seiten als illusorisch abgetan wurde: »Unser Volk und unsere Freund*innen sollen sich nicht sorgen, Kobanê wird niemals fallen. In Kobanê wird der Widerstand des Jahrhunderts geleistet werden. Kobanê wird ISIS zum Grab werden. Allen sollte klar sein: Wir werden ISIS in der Ebene von Kobanê brechen und den Sieg Westkurdistans und eines freien und demokratischen Syriens der ganzen Welt verkünden.«

Diese Erklärung der YPG strotzt vor Selbstvertrauen – das allerdings auf einem festen Fundament ruht: »Sich der eigenen Kraft bewusst sein.« Der chinesische Stratege Sun Tzu, einer der weltweit größten Meister der Kunst des Krieges, formuliert das so: »Wenn du den Feind und dich selbst kennst, brauchst du den Ausgang von hundert Schlachten nicht zu fürchten.«

Dies scheint die größte Erfahrung zu sein, die die YPG aus den heftigen Kriegen und Gefechten gewonnen haben, in die sie ohne jegliche regionale oder internationale Unterstützung gezogen waren. Und es war wahrscheinlich die einzige Option, um die Isolation und den Mangel an militärischer Unterstützung, Waffen und Munition auszugleichen. Eine starke innere Organisiertheit, eine gute Ausbildung, eine disziplinierte Kampfkraft und vor allen Dingen die Auszeichnung durch den Glauben an den Sieg.

Natürlich haben die YPG ihre Kraft nicht nur auf militärischer Ebene bewiesen. Auch die Politik und die diplomatischen Anstrengungen, die sie während des Widerstandes unternommen haben, sorgten dafür, dass die Organisation heute an einem ganz anderen Punkt steht. Je stärker der Nachbarstaat und die umgebenden Kräfte die Ereignisse zu verzerren und die YPG zu isolieren trachteten, desto stärker hat die Organisation sich nach außen geöffnet, Beziehungen geknüpft und niemals die Wege des Dialoges verschlossen. Dieses Vorgehen ist einer der Hauptgründe für den wachsenden Einfluss der YPG auf der internationalen Ebene.

Die größte Quelle ihrer Kraft ist wahrscheinlich die Offenheit für Mitglieder aus verschiedenen ethnischen Gruppen. Den YPG gelingt es, trotz aller ideologischen Unterschiede eine große Diversität in ihrem Widerstand zu einen. Ganz gleich, wie sich die anderen politischen Parteien und Organisationen verhalten, die YPG weichen Konflikten und Kämpfen mit ihnen aus und versuchen zu allen Machtzentren der Region eine gleiche Distanz zu halten. Das hat bei den Menschen in der Region ein großes Vertrauen geschaffen. Ohnehin müssen politische Modelle im Sinne der Projekte für das neue System, das in Rojava-Kurdistan und Syrien errichtet werden soll, der demographischen Wirklichkeit entsprechend auf Vielfalt und Diversität bauen.

Leider sind nicht alle Menschen Anhänger*innen von Vielfalt. Nicht nur die ISIS-Terrorist*innen, sondern etliche Machtzentren wollen die Revolution von Rojava und ein demokratisches Syrien mit militärischen Angriffen verhindern. Obwohl sie an vielen Fronten in die Defensive geraten sind, bereiten sich die Terrorgruppen laut eingehenden Informationen auf neue Angriffe vor. Auch dass Organisationen wie an-Nusra, die mit ISIS Seite an Seite kämpfen, täglich an Einfluss gewinnen, stellt eine ernste Gefahr dar. Aber auch die Beteuerungen der türkischen Staatsvertreter*innen, im Norden Syriens eine Struktur wie im Nordirak nicht hinzunehmen, bedeuten ein großes Risiko für die Revolution von Rojava und damit ein demokratisches Syrien.

Die größte Bedrohung hingegen stellt der Iran dar. Das zeigt sich an den Machenschaften des iranischen Regimes in Hesekê (al-Hasaka), einer Provinz, die aufgrund ihrer Zusammensetzung aus Menschen verschiedener Volks- und Religionszugehörigkeiten wie ein kleines Modell Syriens anmutet. Als am 17. Januar die Kräfte des syrischen Regimes die Stellungen der YPG in Hesekê angriffen und sich einwöchige Auseinandersetzungen entsponnen, war der iranische Staat aktiv involviert. Laut Nachrichtenmeldungen waren iranische Generäle persönlich an den Angriffen beteiligt und Kommandanten der vom Iran abhängigen Hezbollah bildeten die örtlichen bewaffneten Banden im Vorlauf aus. In Kommentaren wurde betont, der iranische Staat habe mit diesen Angriffen erstens den Druck auf den Iran mindern, zweitens den in Rojava-Kurdistan verlorenen Einfluss des Baath-Regimes wiederherstellen und drittens den YPG eine Warnung erteilen wollen. Die Angriffe selbst blieben zwar erfolglos, doch als ein großer Risikofaktor bleiben sie weiter am Horizont.

Inmitten all dieser Gefahren geht der Aufstieg der YPG weiter. In Kobanê stehen sie kurz vor einem endgültigen Sieg und es sieht ganz so aus, als würden sie mit ihren Bündnissen und Beziehungen in der Politik des Mittleren Ostens in naher Zukunft ein wichtiger Akteur werden. Im Bewusstsein dieser auf sie zukommenden Aufgaben organisieren sie sich, so stark sie können. Quantitativ gesehen wachsen die YPG Tag um Tag. Ihr großer Schwachpunkt aber ist der Mangel an schweren Waffen. Obwohl ihre Kriegsführung gegen den ISIS-Terror effizienter ist als die aller anderen Akteure, erhalten sie keine Waffen und Munition. Am 20. Oktober lieferte die Koalition einmalig mit Transportflugzeugen in begrenztem Maße leichte Waffen. Die Wirkung dieser Intervention ist jedoch längst vergangen.

Die YPG stellen nicht dieses Problem in den Vordergrund, sondern verlassen sich weiterhin auf ihre eigene Kraft, um den Kampf gegen den ISIS-Terror entschlossen fortzusetzen. Am 26. Januar konnten sie verkünden, dass das Stadtzentrum von Kobanê von den ISIS-Terroristen befreit worden sei. In derselben Erklärung drückten sie nicht nur ihre Entschlossenheit aus, den Kampf fortzuführen, sondern verkündeten gleich neue Ziele.

»Der Verlust von Kobanê bedeutet für ISIS den Anfang vom Ende. Der Krieg um Kobanê ist zum eigentlichen Maßstab geworden. Die Niederlage des ISIS in Kobanê beschränkt sich nicht nur auf dieses Gebiet. Vielmehr bedeutet sie einen Zusammenbruch der psychischen Verfasstheit und Kampfmoral. Wir sind überzeugt davon, dass wir nach unserem Sieg in Kobanê wachsende Erfolge gegen ISIS verzeichnen werden. In naher Zukunft werden wir weitere gute Nachrichten bringen können.« ♦

Die Autonomie führt zwei linke und von unten kommende Revolutionen zusammen

Von Chiapas bis Rojava – mehr als nur Zufälle

Petar Stanchev, KURDISH QUESTION 6. Februar 2015

»›Power to the people‹ (›Alle Macht dem Volk‹) kann nur in die Praxis umgesetzt werden, wenn sich die von den sozialen Eliten ausgeübte Macht in der Bevölkerung auflöst.« -Murray Bookchin, Post-Scarcity Anarchism

Die bis vor kurzem nahezu unbekannte kurdische Stadt Kobanê erlangte mit ihrem entschlossenen Widerstand gegen die Invasion des IS weltweite Aufmerksamkeit und wurde zu einem internationalen Symbol, vergleichbar mit der Verteidigung Madrids oder Stalingrads. Der Mut und der Heroismus der Volksverteidigungseinheiten (YPG) und der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) wurden von einem breiten Spektrum von Gruppen und Personen gelobt – Anarchisten, Linke, Liberale und sogar Rechte zeigten Symphatie und Bewunderung gegenüber den Männern und Frauen aus Kobanê in ihrem historischen Kampf gegen das, was oft IS-Faschismus genannt wird. Die Mainstream-Medien waren gezwungen, ihr Schweigen über die kurdische Autonomie zu brechen, und schon bald wurden zahlreiche Artikel und Sendungen ausgestrahlt und veröffentlicht, die allerdings die Härte und Entschlossenheit der kurdischen Kämpfer und Kämpferinnen häufig mit einem gewissen Hauch von Exotismus darstellten. Wie auch immer, diese Aufmerksamkeit war oft selektiv und einseitig – der wirkliche Inhalt des politischen Projekts in Rojava (Westkurdistan) wurde beiseitegelassen und die Medien zogen es vor, den Widerstand in Kobanê als eine sonderbare Ausnahme im vermeintlichen Barbarismus des Mittleren Ostens darzustellen. Nicht überraschend, dass der rote Stern, welcher auf den Siegesflaggen der YPG und der YPJ prangt, keinen Anziehungspunkt in den Augen der westlichen Mächte und ihrer Medien darstellte. Die autonomen Kantone von Rojava repräsentieren eine eigene, regionale Antwort auf die Konflikte im Mittleren Osten, die Basisdemokratie, ethnische, soziale und geschlechtsbezogene Rechte umfasst und zugleich sowohl den IS-Terror als auch die liberale Demokratie und die kapitalistische Wirtschaft ablehnt. Obwohl der Westen es vorgezogen habe, hinsichtlich dieses Sachverhalts zu schweigen, sei diese ideologische Grundlage der Schlüssel zum Verständnis der Haltung, welche das Epos Kobanê geschrieben und die Welt fasziniert hat, stellte kürzlich die kurdische Aktivistin und Akademikerin Dilar Dirik klar.

Als sich die Kämpfe um jede Straße und Ecke der Stadt intensivierten, gelang es Kobanê, die Fantasien der Linken, und besonders der libertären Linken, auf sich zu ziehen als ein Symbol des Widerstands und Kampfes, und bald war sie im Pantheon einiger der symbolträchtigsten Kämpfe für die Menschlichkeit, wie zum Beispiel der Verteidigung Madrids gegen die Faschisten in den 1930ern. Es war kein Zufall, dass die türkische marxistisch-leninistische Gruppe MLKP, die die Einheiten der YPG/YPJ in den umkämpften Gebieten unterstützte, am Tag ihrer Befreiung die Flagge der spanischen Republik über den Ruinen der Stadt hisste und, dem Beispiel der spanischen Revolution folgend, dazu aufrief, internationale Brigaden zu bilden. Es war nicht der Kampf um Kobanê selbst, sondern das libertäre Wesen des Kantons Rojava, die Einführung direkter Basisdemokratie, die Beteiligung von Frauen und verschiedenen ethnischen Gruppen an der autonomen Regierung, welche den Anlass gaben für den Vergleich mit der spanischen Revolution. Ein weiterer Zusammenhang wurde kurz in verschiedenen Artikeln erwähnt: Die Revolution in Rojava und ihre autonome Regierung wurden mit den Zapatisten und deren Autonomie im Süden Mexikos verglichen. Die Tragweite dieses Vergleichs könnte entscheidend sein für das Verständnis des Paradigmas des revolutionären Kampfes in Kurdistan sowie dessen Bedeutung für jene, die glauben, dass eine andere Welt möglich ist.

Die Bewegung der Zapatisten ist wahrscheinlich weltweit eine der symbolträchtigsten und wirkmächtigsten Elemente der revolutionären Bilder seit dem Fall der sozialistischen Systeme in den späten 1980ern und den frühen 1990ern. Am Morgen des 1. Januar 1994 übernahm eine unbekannte Guerillagruppe aus indigenen Mayas die Macht über die wichtigsten Städte im südlichen, hauptsächlich mexikanischen, Staat Chiapas. Die Militäroperation wurde mit strategischer Brillanz ausgeführt

und mit der innovativen Nutzung des Internets kombiniert, das die Nachricht der Revolutionäre verbreitete und um die Welt schickte, um die internationale Solidarität und das Entstehen einer globalisierungskritischen Bewegung anzuregen. Die Rebellion der Zapatisten richtete sich gegen den neoliberalen Kapitalismus und den sozialen und kulturellen Genozid an der indigenen Bevölkerung Mexikos. Ya Basta – es reicht! – war der Kampfschrei, der bekannt wurde aus der Nacht der »500 Jahre der Unterdrückung«, wie es in der ersten Erklärung aus der Selva Lacandona bezeichnet wurde. Die Zapatisten wuchsen unter Waffen auf, als das globale Kapital das »Ende der Geschichte« zelebrierte und die Idee der sozialen Revolution ein romantischer Anachronismus aus der Vergangenheit zu sein schien. Die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung wurde in 12 Tagen intensiven Kampfes mit der mexikanischen Bundesarmee aus den Städten gezwungen, aber es zeigte sich, dass die verborgene horizontale Organisation in den indigenen Communities nicht durch irgendwelche militärischen Interventionen oder Terror beseitigt werden konnte. Der maskierte Sprecher der revolutionären Armee, Subcomandante Marcos, stellte die Überzeugungen der historischen Elite als einer Revolution von unten widersprechend in Frage, die nicht darauf abzielt, die Machtstrukturen zu übernehmen, aber darauf, sie abzuschaffen, und dieses Konzept ist seither zentral in den meisten großen antikapitalistischen Bewegungen – von Seattle und Genua über die Besetzungen des Syntagmaplatzes und der Puerta del Sol bis zu der Occupy-Bewegung.

Wo sind die Ähnlichkeiten zur Revolution in Rojava?

Vom Marxismus-Leninismus zur Autonomie – ein geteilter historischer Weg

Die Wurzeln der Demokratischen Autonomie in Rojava können nur anhand der Geschichte der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) verstanden werden, jener Organisation, die seit ihrer Gründung 1978 zentral für die kurdische Befreiungsbewegung ist. Die PKK wurde als marxistisch-leninistische Guerilla in Nordkurdistan, das Teil des türkischen Staates ist, gegründet und kombinierte die Ideen der nationalen und der sozialen Befreiung. Sie wuchs unter der Führung von Abdullah Öcalan zu einer starken Guerillagruppe und schaffte es, die zweitgrößte Armee der NATO in einem Konflikt herauszufordern, der mehr als 40 000 Menschen das Leben kostete. Der türkische Staat vertrieb Hunderttausende und wendete Berichten zufolge Folter, Mord und Vergewaltigung gegen die Zivilbevölkerung an, aber er schaffte es nicht, die Willenskraft des kurdischen Widerstands zu brechen. Seit ihrer Gründung hat die PKK ihren Einfluss sowohl in der Türkei als auch in anderen Teilen Kurdistans ausgeweitet. Die führende politische Kraft in der Revolution Rojavas – die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) – ist mit ihr über die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) verbunden. Diese Dachorganisation umfasst verschiedene revolutionäre und politische Gruppen, die die Ideen der PKK teilen. Die Ideologie, die die verschiedenen zivilgesellschaftlichen und revolutionären Gruppen der KCK vereint, nennt sich Demokratischer Konföderalismus und basiert auf den Ideen des US-Anarchisten Murray Bookchin, der für eine hierarchielose Gesellschaft plädierte, basierend auf Ideen der sozialen Ökologie, des libertären Kommunalismus und direkter Demokratie.

Obwohl die Zapatisten bekannt sind für ihre autonome Regierung und für ihre Ablehnung der Auffassung der historischen Elite, stehen die Wurzeln der Organisation auch in Verbindung mit dem Marxismus-Leninismus und wie im Falle der PKK war die Idee der Selbstbestimmung und der Revolution von unten das Produkt einer langen historischen Entwicklung. Die EZLN wurde 1983 von einer urbanen Guerillagruppe gegründet, vorrangig Marxisten-Leninisten, die beschlossen, eine revolutionäre Zelle unter der indigenen Bevölkerung Chiapas´ aufzubauen, eine Guerilla-Einheit zu organisieren und über einen Guerillakrieg die Macht zu übernehmen. Schnell bemerkten sie, dass ihre ideologischen Dogmen nicht zu den indigenen Realitäten passten, und begannen von den kommunalen Traditionen des Regierens der indigenen Bevölkerung zu lernen. So wurde der Zapatismus geboren aus einer Fusion des Marxismus und der Erfahrung und des Wissens der indigenen Bevölkerung, die sowohl gegen den spanischen als auch später gegen den mexikanischen Staat Widerstand geleistet hatte.

Dieser geteilte ideologische Weg zeigt eine historische Wende im Verständnis des revolutionären Prozesses. Der zapatistische Aufstand und die Gründung der Autonomie in Chiapas zeigten einen Bruch mit den traditionellen Guerilla-Strategien, die vorrangig von der kubanischen Revolution inspiriert waren, dies wurde in dem Brief, den der Sprecher der EZLN, Subcommandante Marcos, an die baskische Befreiungsorganisation ETA schrieb, deutlich klargestellt: »Ich scheiße auf alle revolutionären Eliten auf diesem Planeten.«

Es sollten nun nicht die Eliten die Bevölkerung führen, sondern die Menschen selbst sollten die Revolution aufbauen und sie als solche erhalten. Dieser Logik hat sich die PKK im letzten Jahrzehnt unter dem Einfluss von Murray Bookchin zugewandt und dieser Wandel zeigt eine Entwicklung von einer Bewegung für die Bevölkerung zu einer Bewegung von der Bevölkerung.

Kantone und Caracoles – Freiheit hier und jetzt

Die wahrscheinlich wichtigste Ähnlichkeit zwischen der Revolution in Rojava und der in Chiapas ist die an beiden Orten stattfindende, soziale und politische Reorganisation, die auf der libertären Ideologie der beiden Organisationen basiert.

Die zapatistische Autonomie in ihrer gegenwärtigen Form hat ihre Ursprünge im Scheitern der Friedensverhandlungen mit der mexikanischen Regierung nach dem Aufstand 1994. Während der Friedensverhandlungen verlangten die Rebellen von der Regierung die Einhaltung des Abkommens von San Andres, in dem das Recht der indigenen Bevölkerung festgehalten ist, auf ihren Traditionen basierend Autonomie, Erziehung, Justiz und politische Organisation zu gestalten sowie das Recht auf die kommunale Kontrolle über das Land und die Ressourcen der Gebiete, die dazu gehören. Diese Vereinbarungen wurden nie durch die Regierung umgesetzt und 2001 unterstützte Präsident Fox eine überarbeitete Version, für die im Kongress abgestimmt wurde, aber die nicht den Bedürfnissen der Zapatisten und anderer Widerstandsgruppen entsprach. Dieser Vorgang wurde als »Verrat« verstanden und provozierte die EZLN dazu, zwei Jahre später die fünf Rebellenzonen aufzubauen, welche sich in fünf Caracoles (Schnecken) konzentrieren, die als regionale Verwaltungszentren dienen. Der Name Caracoles steht für das revolutionäre Konzept der Zapatisten – wir machen es selbst, wir lernen im Prozess und wir machen Fortschritte, langsam, aber wir machen Fortschritte. Die Caracoles beinhalten drei Ebenen der autonomen Regierung – die Gemeinde, die Kommune und die Junta der Guten Regierung. Die beiden erstgenannten basieren auf basisdemokratischen Versammlungen, aus der die Junta der Guten Regierung gewählt wird, verbunden mit einem Rotationsprinzip aufgrund der Absicht, über die Jahre so viele Menschen wie möglich an der Regierung zu beteiligen. Die Autonomie hat ihr eigenes Erziehungs-, Gesundheits- und Justizsystem, ebenso wie Kooperativen, die Kaffeeanbau, Viehzucht, Handarbeit, etc. betreiben.

Wir lernen, indem wir machen, wir wussten nichts über Autonomie und dass wir etwas wie dieses hier aufbauen würden. Aber wir lernen und entwickeln Dinge weiter und wir lernen vom Kampf – sagte mir der Zapatist Armando, als ich die autonomen Gebiete Ende 2013 besuchte. Freiheit könne nur hier und jetzt umgesetzt werden und die Revolution sei ein Prozess der ständigen Herausforderung des Status quo und des Aufbauens von Alternativen zu diesem.

Tatsächlich ähneln die Kantone Rojavas der Autonomie in Chiapas. Sie wurden 2013 durch die führende PYD ausgerufen und basieren auf den gegründeten Volksversammlungen und den demokratischen Räten. Frauen nehmen gleichberechtigt an der Entscheidungsfindung teil und sind in allen gewählten Positionen vertreten, die immer von einem Mann und einer Frau geteilt werden. Alle ethnischen Gruppen sind in der Regierung und ihren Institutionen vertreten. Gesundheitsversorgung und Erziehung sind ebenso durch das System des Demokratischen Konföderalismus garantiert und vor kurzem öffnete die erste Universität Rojavas, die Mesopotamische Akademie, ihre Türen mit dem Vorhaben, die hierarchischen Strukturen von Bildung in Frage zu stellen und einen anderen Zugang zum Lernen anzubieten.

Frauenrevolution

Das Geschlecht war immer ein zentraler Punkt in der zapatistischen Revolution. Die Situation der Frauen war, vor der Verbreitung der Organisation und der Einführung der Frauenbefreiung als zentralem Element des Kampfes, gezeichnet von Ausbeutung, Marginalisierung, Zwangsehen, physischer Gewalt und Diskriminierung. Aus diesem Grund betont Marcos, dass der erste Aufstand nicht 1994 stattfand, sondern 1993 mit der Einführung des revolutionären Frauengesetzes, das die Rahmenbedingungen für Geschlechtergleichheit und -gerechtigkeit setzte und den Frauen in den revolutionären Gebieten das Recht auf individuelle Autonomie, Emanzipation und Würde garantierte. Heute nehmen Frauen auf allen Ebenen der Regierung teil und haben ihre eigenen Kooperativen und ökonomischen Strukturen, um ihre ökonomische Unabhängigkeit zu garantieren. Frauen bildeten und bilden weiterhin einen großen Teil der Truppen der zapatistischen Guerilla und besetzen hohe Positionen in der Führung. Die Machtübernahme von San Cristobal de las Casas, der bedeutendsten Stadt, die von den Zapatisten während des Aufstandes 1994 eingenommen wurde, wurde auch von Frauen kommandiert, geführt von Comandanta Ramona, der ersten Zapatistin, die nach Mexiko-City geschickt wurde, um die Bewegung zu repräsentieren.

Es ist nicht schwer, die Massenbeteiligung der indigenen Frauen aus Chiapas in den zapatistischen Einheiten mit der Beteiligung der Frauen an der Verteidigung Kobanês und in den YPJ – den Frauenverteidigungseinheiten – zu vergleichen, die in den letzten Monaten in den westlichen Medien reißerisch dargestellt wurden. Wie dem auch sei, ihr Mut und ihre Entschlossenheit im Kampf gegen den IS sind ein Produkt einer langen Tradition der Beteiligung von Frauen am bewaffneten Kampf für soziale Befreiung in Kurdistan. Frauen haben eine zentrale Rolle in der PKK gespielt und dies ist unzweifelhaft verbunden mit der Bedeutung von Geschlecht im kurdischen Kampf. Die Revolution in Rojava hat einen starken Schwerpunkt auf der Befreiung der Frauen, nimmt diese als Notwendigkeit für die wirkliche Befreiung der Gesellschaft. Der theo-

retische Rahmen, der den Abbau des Patriarchats ins Zentrum des Kampfes stellt, heißt »Jineolojî«, ein von Abdullah Öcalan entwickeltes Konzept. Die Anwendung dieses Konzepts hat zu einem unbekannten empowerment von Frauen nicht nur im Mittleren Osten, sondern auch im Kontext des westlichen liberalen Feminismus geführt. Die Frauenversammlungen, die Strukturen der Kooperativen und die Frauenmilizen sind das Herz der Revolution, die als unvollständig angesehen wird, wenn sie nicht die patriarchalen Strukturen der Gesellschaft zerstört, die zu den Grundbausteinen des Kapitalismus zählen. Janet Biehl, eine unabhängige Autorin und Künstlerin, schrieb nach ihrem letzten Besuch von Rojava, dass Frauen in der kurdischen Revolution die ideologische Rolle des Proletariats der Revolutionen des 20. Jahrhunderts haben.

Die roten Sterne, die über Chiapas und Rojava scheinen, werfen ihr Licht auf den Weg der Befreiung und wenn wir in einem Wort zusammenfassen müssen, was diese beiden Kämpfe zusammenbringt, würde es definitiv folgendes sein: »Autonomie«.

Die Ökologie der Freiheit

»Die Ökologie der Freiheit« ist vermutlich das bedeutendste unter Bookchins Werken und sein Konzept der sozialen Ökologie wurde von den Revolutionären in Rojava übernommen. Seine Ansicht, dass die verbreitete Idee der Herrschaft der Menschheit über die Natur aus der tatsächlichen Herrschaft von Menschen über Menschen stamme, verbindet das Patriarchat, Umweltzerstörung und den Kapitalismus und zeigt ihre Abschaffung als einzigen Weg zu einer gerechten Gesellschaft. Ein solch holistischer Zugang wurde auch von Zapatisten vertreten und umgesetzt. Nachhaltigkeit war auch ein zentrales Thema, besonders nach der Schaffung der Caracoles 2003. Die autonome Regierung versuchte das Wissen ihrer Vorfahren bezüglich der nachhaltigen Landnutzung zu aktivieren und dieses mit anderen agro-ökologischen Praktiken zu verbinden. Diese Logik ist nicht nur eine Sache der Verbesserung von Lebensbedingungen in den Gemeinden und der Vermeidung des Gebrauchs von Agrochemikalien, es ist die Ablehnung der üblichen Auffassung, dass großangelegte industrielle Landwirtschaft der »primitiven« Landwirtschaft der indigenen Bevölkerung überlegen sei, und stellt als solche eine kraftvolle Herausforderung der neoliberalen Logik dar.

Der Weg zur Autonomie – das neue revolutionäre Paradigma

Die Ähnlichkeiten zwischen dem System des Demokratischen Konföderalismus, wie er in Westkurdistan entwickelt wurde, und der Autonomie in Chiapas gehen noch weit über die wenigen Punkte hinaus, die ich in diesem Artikel betont habe. Von Slogans wie »Ya Basta«, im Kurdischen übernommen als »êdî bes e«, zur direkten Demokratie, kommunalen ökonomischen Strukturen und der Beteiligung von Frauen, die ähnlichen Wege, die die kurdische Bewegung und die Zapatisten eingenommen haben, zeigen einen entschiedenen Bruch mit der Auffassung von Marxismus-Leninismus der Avantgarde und weisen einen Zugang zur Revolution, die von unten kommt und die Schaffung einer freien und nichthierarchischen Gesellschaft anstrebt.

Obwohl beide Bewegungen von Seiten sektiererischer Elemente der Linken scharf kritisiert wurden, ist die Tatsache, dass die einzigen größeren und erfolgreichen Experimente des radikalen sozialen Wandels von nichtwestlichen, marginalisierten und kolonisierten Gruppen gegründet wurden, wie ein Schlag ins Gesicht für die weißen und privilegierten dogmatischen »Revolutionäre« des globalen Nordens, die kaum erfolgreich waren in der Herausforderung der Unterdrückung ihrer eigenen Länder, die aber dazu tendieren zu glauben, sie könnten beurteilen, was eine wirkliche und was keine wirkliche Revolution sei.

Die Revolutionen in Rojava und Chiapas sind machtvolle Beispiele für die Welt, die die enorme Kapazität von Basisorganisationen und die Bedeutung von kommunalen Zusammenhängen im Gegensatz zur kapitalistischen sozialen Vereinzelung zeigen. Nicht zuletzt sollten Chiapas und Rojava viele in der Linken, auch Anarchisten, dazu bringen, ihr koloniales Gedankengut und ideologischen Dogmatismus zu verwerfen.

Eine Welt ohne Hierarchie, Herrschaft, Kapitalismus und Umweltzerstörung – oder wie die Zapatisten sagen: eine Welt, in der viele Welten Platz haben – wurde von den Mainstream-Medien, dem Bildungssystem und der Politik oft als utopisch und unrealistisch dargestellt. Jedoch ist diese Welt keine Zukunftsutopie aus Büchern – sie entsteht hier und jetzt und die Beispiele der Zapatisten und Kurden sind mächtige Waffen, um unser Vorstellungsvermögen hinsichtlich eines wirklichen radikalen Wandels der Gesellschaft wieder zu entzünden, und zugleich ein Modell, von dem wir für unseren Kampf lernen können. Die roten Sterne, die über Chiapas und Rojava scheinen, werfen ihr Licht auf den Weg der Befreiung und wenn wir in einem Wort zusammenfassen müssen, was diese beiden Kämpfe zusammenbringt, würde es definitiv folgendes sein: »Autonomie«. ♦

Reiseeindrücke aus Rojava

Ein Bericht von einer Revolution

Janet Biehl, 16.12.2014

Anfang Dezember besuchte eine internationale Delegation den Kanton Cizîrê in Rojava und lernte die dortige Revolution, die Kooperation und die Toleranz vor Ort kennen.

Ich hatte das Privileg, ihn vom 1. bis zum 9.12. als Teil einer AkadamikerInnendelegation aus Österreich, Deutschland, Norwegen, der Türkei, dem Vereinigten Königreich und den USA zu besuchen. Wir trafen uns im irakisch-kurdischen Hewlêr (Arbil) am 29.11. und verbrachten den ersten Tag damit, den Erdölstaat, der als Kurdistan Regional Government (KRG) bekannt ist, mit seiner Öl- und Patronatspolitik, den sich befehdenden Parteien (Demokratische Partei Kurdistans PDK, Patriotische Union Kurdistans YNK) und seinen offensichtlichen Bemühungen, Dubai nachzueifern, kennenzulernen. Es reichte uns bald und wir waren erleichtert, als wir am Montagmorgen zum Tigris fuhren, die syrische Grenze überquerten und Rojava, die mehrheitlich kurdische, autonome Region in Nordsyrien, betraten.

Die Überquerung des Tigris war kein langer Weg, doch die Gesellschaft, der wir auf der anderen Seite des Tigris begegneten, hätte nicht unterschiedlicher gegenüber der KRG sein können: Der Geist sozialer und politischer Revolution lag in der Luft. Als wir von dem kleinen Fährboot stiegen, wurden wir von Asayîş, den zivilen Sicherheitskräften der Revolution, begrüßt. Sie weisen die Bezeichnung Polizei zurück, denn die Polizei diene dem Staate, während sie selbst der Gesellschaft dienten.

In den nächsten neun Tagen sollten wir das System von Rojavas revolutionärer Selbstverwaltung in einem altmodischen Zustand des völligen Eintauchens kennenlernen (wir hatten keinen Internet-Zugang, der uns hätte ablenken können). Die beiden OrganisatorInnen der Delegeation – Dilar Dirik (eine talentierte Promotionsstudentin an der Universität Cambridge) und Devriş Çimen (von Civaka Azad, dem Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland) – nahmen uns mit auf eine intensive Reise durch die verschiedenen revolutionären Institutionen.

Rojava besteht aus drei geographisch nicht zusammenhängenden Kantonen, wir sollten wegen des andauernden Krieges mit dem Islamischen Staat (IS), besonders in Kobanê (Ain al-Arab), nur den östlichsten, Cizîrê, sehen. Trotzdem wurden wir überall warmherzig empfangen.

Rojavas Dritter Weg

Zu Beginn führte uns die Koaußenministerin Emine Ossi in die Geschichte der Revolution ein. Das syrische Baath-Regime, ein Einparteiensystem, hatte lange darauf bestanden, dass die gesamte Bevölkerung Syriens arabisch sei, und die etwa vier Millionen KurdInnen des Landes zu »arabisieren« versucht, indem ihre Identität unterdrückt und denen, die sich dagegen wehrten, die StaatsbürgerInnenschaft entzogen wurde.

Nachdem oppositionelle Gruppen in Tunesien und Ägypten während des Arabischen Frühlings 2011 mit Aufständen begonnen hatten, erhoben sich widerständige SyrerInnen ebenfalls und ein Bürgerkrieg begann. Im Sommer 2012 kollabierte die Autorität des Regimes in Rojava und die KurdInnen hatten keine großen Schwierigkeiten, die Offiziellen des Regimes davon zu überzeugen, sich gewaltfrei zurückzuziehen.

Die Menschen aus Rojava (ich benutze diesen Begriff, weil die Bevölkerung Rojavas, obwohl mehrheitlich KurdInnen, auch aus AssyrerInnen, AraberInnen, TschetschenInnen u. a. besteht) standen vor der Entscheidung, sich entweder an die Seite des Regimes zu stellen, das sie verfolgt hatte, oder mit den mehrheitlich militant islamistischen Oppositionsgruppen zusammen zu kämpfen.

Die kurdische Bevölkerung Rojavas, generell relativ säkular eingestellt, verweigerte sich beiden Seiten und entschied sich stattdessen, einen sogenannten Dritten Weg einzuschla-

gen. Diesem liegen die Ideen Abdullah Öcalans zugrunde, des inhaftierten kurdischen Führers, der die kurdische Frage, die Natur von Revolution und eine zu Nationalstaat und Kapitalismus alternative Moderne überdachte.

Anfangs hatten die KurdInnen unter seiner Führung für einen *[eigenen]* Staat gekämpft, aber vor zwei Jahrzehnten, ebenfalls unter seiner Führung, änderte sich ihre Zielsetzung: Sie weisen nun den Staat als Quelle von Unterdrückung zurück und kämpfen stattdessen für Selbstverwaltung und für Basisdemokratie. Indem Abdullah Öcalan eklektizistisch auf historische, philosophische, politische und anthropologische Quellen zurückgriff, schlug er den Begriff des »Demokratischen Konföderalismus« als Namen für das übergreifende Programm von Basisdemokratie, Geschlechtergleichheit, Ökologie und kooperativer Ökonomie vor. Die Anwendung dieser Prinzipien nicht nur auf Institutionen der demokratischen Selbstverwaltung, sondern ebenfalls auf Ökonomie, Erziehung, Gesundheit und Gender wird als Demokratische Autonomie bezeichnet.

Eine Revolution der Frauen

Im Rahmen ihres Dritten Weges erklärten die Kantone von Rojava die Demokratische Autonomie und etablierten sie in einem Gesellschaftsvertrag (der nichtstaatliche Begriff anstelle des Begriffs der Verfassung). Sie schufen ein System von Selbstverwaltung, das auf den Nachbarschaftskommunenversammlungen beruht (diese Kommunen bestehen jeweils aus mehreren Hundert Haushalten). JedeR kann an diesen Versammlungen teilnehmen und die Macht kommt von unten und dehnt sich durch gewählte VertreterInnen auf die Stadt- und Kantonalebene aus.

Als unsere Delegation eine Nachbarschaft in Qamişlo (Al-Qamishli) besuchte (Qamişlo ist die größte Stadt des Kantons Cizîrê), nahmen wir an einem Treffen eines lokalen Volksrates teil. Dort wird sowohl über die Stromversorgung als auch über die Situation und die Anliegen der Frauen, Konfliktlösung und die Familien der Gefallenen diskutiert. Männer und Frauen saßen gemeinsam und partizipierten zusammen. An einem anderen Ort in Qamişlo beobachteten wir eine Versammlung von Frauen, die sich mit genderspezifischen Problemen auseinandersetzten.

Gender hat eine besondere Bedeutung in diesem Projekt der menschlichen Emanzipation. Wir stellten schnell fest, dass die Revolution von Rojava vor allem eine Revolution der Frauen ist. Dieser Teil der Welt ist traditionellerweise ein Ort extremer patriarchaler Unterdrückung: Als Frau geboren zu werden bedeutet, von Missbrauch, Kinderehe, Ehrenmord, Polygynie und mehr bedroht zu sein.

Aber heute haben die Frauen von Rojava diese Tradition abgeschüttelt und nehmen vollständig am öffentlichen Leben teil: auf allen Ebenen der Politik und der Gesellschaft. Die Führung von Institutionen besteht nicht aus einer Position, sondern aus zweien, einem Mann und einer Frau – damit soll einerseits die Geschlechtergleichheit unterstützt und andererseits die Machtkonzentration in den Händen einer Einzelperson verhindert werden.

Die Repräsentantinnen von Yekîtiya Star, der Dachorganisation der Frauengruppen, erklärten, dass die Befreiung der Frau unabdingbar sei für eine Demokratie – sie definierten selbst den Feind der Freiheit der Frauen, bezeichnenderweise, nicht vordergründig als Patriarchat, sondern als den Nationalstaat und die kapitalistische Moderne. Die Revolution der Frauen zielt darauf ab, alle zu befreien. Die Frauen sind für diese Revolution das, was das Proletariat für die marxistisch-leninistischen Revolutionen des vergangenen Jahrhunderts war. Sie hat nicht nur grundsätzlich den Status der Frau verändert, sondern jeden gesellschaftlichen Aspekt.

Selbst traditionell männerdominierte Bereiche der Gesellschaft wie das Militär wurden tiefgehend verändert. Die Volksverteidigungseinheiten (YPG) wurden durch die YPJ – oder Frauenverteidigungseinheiten – erweitert. Ihre Bilder sind heute weltberühmt geworden. Zusammen verteidigen YPG und YPJ die Gesellschaft gegen die dschihadistischen Kräfte von IS/ISIS und Al-Nusra mit Kalaschnikows und vielleicht genauso hervorragend mit einer entschlossenen intellektuellen und emotionalen Hingabe, nicht nur für das Überleben ihrer Gemeinschaften, sondern auch für ihre politischen Ideen und Ziele.

Als wir ein Treffen der YPJ besuchten, wurde uns erklärt, dass die Ausbildung der Kämpferinnen nicht nur praktische Dinge wie Waffen beinhalte, sondern ebenfalls die Demokratische Autonomie. »Wir kämpfen für unsere Ideen«, betonten sie immer wieder. Zwei Frauen, die wir trafen, waren im Kampf verwundet worden. Eine saß vor uns mit einem Infusionsbeutel, die andere mit einer Metallkrücke – beide zuckten immer wieder vor Schmerzen zusammen, aber sie hatten die Stärke und Selbstdisziplin, an unserem Treffen teilzunehmen.

Kooperation und Bildung

Die Menschen in Rojava kämpfen um das Überleben ihrer Gemeinschaft, aber vor allem, so berichteten es uns die YPJ, für ihre Ideen. Sie stellten sogar die erfolgreiche Einführung von Demokratie über Ethnizität. Ihr Gesellschaftsvertrag beinhaltet die Einbeziehung aller ethnischen Minderheiten (AraberInnen, TschetschenInnen, AssyrerInnen) und religiösen

Ausrichtungen (MuslimInnen, ChristInnen, ÊzîdInnen) und die Demokratische Autonomie unternimmt alle möglichen Anstrengungen, Minderheiten zu inkludieren, ohne sie ihnen gegen ihren Willen aufzuzwingen, lässt die Tür für alle offen.

Als unsere Delegation eine Gruppe AssyrerInnen nach ihren Schwierigkeiten mit der Demokratischen Autonomie fragte, erklärten sie, dass sie keine hätten. In neun Tagen konnten wir mit Sicherheit Rojava nicht nach allen Problemen durchleuchten und unsere GesprächspartnerInnen erklärten uns offen, dass Rojava kaum jenseits von Kritik sei, aber soweit wir wahrnehmen konnten, zielt Rojava allermindestens auf ein Modell der Toleranz und des Pluralismus ab in einem Teil der Welt, der schon viel zu viel Fanatismus und Repression erlebt hat – und in welchem Ausmaß es auch immer erfolgreich sein wird, es verdient Lob.

Rojavas ökonomisches Modell »ist dasselbe wie sein politisches Modell«, so sein ökonomischer Berater in Dêrik (Al-Malikiya): Um eine »kommunale Ökonomie« aufzubauen, werden in allen Bereichen Kooperativen gebildet, und die Menschen werden in den damit zusammenhängenden Ideen ausgebildet. Er erklärte uns, dass die Ökonomie, obwohl 70 % der Ressourcen von Rojava gerade in den Krieg flössen, immer noch in der Lage sei, die Grundbedürfnisse aller zu befriedigen.

Sie kämpfen für Selbstversorgung, weil sie es müssen: Die entscheidende Tatsache ist das Embargo über Rojava. Rojava kann in den Nachbarstaat Türkei weder exportieren noch aus ihm importieren. Die Türkei hätte am liebsten, dass das ganze kurdische Projekt verschwindet.

Sogar die KRG, unter kurdischer Kontrolle, aber ökonomisch abhängig von der Türkei, gehorcht diesem Embargo, obwohl im Kontext der aktuellen politischen Entwicklungen mittlerweile mehr grenzüberschreitender Verkehr zwischen KRG und Rojava stattfindet. Aber dem Land fehlt es immer noch an Ressourcen. Das dämpft jedoch nicht ihre Überzeugung: »Wenn es nur noch Brot geben sollte, dann bekämen alle etwas davon«, sagte uns der Berater.

Wir besuchten ebenfalls die Akademie für Ökonomie und die ökonomischen Kooperativen: eine Nähkooperative in Dêrik, die Uniformen für die Verteidigungskräfte herstellt, ein kooperatives Gewächshaus, in dem Gurken und Tomaten gezüchtet werden, eine Molkereikooperative in Rimelan, für die gerade ein neuer Stall gebaut wird.

Die kurdischen Gebiete sind die fruchtbarsten Gebiete Syriens, hier liegt die Quelle der üppigen Weizenversorgung, aber das Baath-Regime hat bewusst davon abgesehen, die Region zu industrialisieren, die ausschließlich als Rohstoffquelle diente. So wurde Weizen gepflanzt, konnte aber nicht vor Ort zu Mehl gemahlen werden. Wir besuchten eine nach der Revolution neu gebaute Mühle, improvisiert aus lokalen Materialen errichtet. Sie versorgt nun Cizîrê mit dem Mehl für das in der Region konsumierte Brot, jedeR EinwohnerIn erhält drei Laibe pro Tag.



Janet Biehl (rechts) mit Frauen der YPJ.
Bilder, die sie auf der Delegation gemalt hat, sind auf ihrer Internetseite zu finden: http://www.biehlonbookchin.com/ Foto: Delegation

Genauso war Cizîrê eine wichtige Quelle für Erdöl gewesen, mit mehreren Tausend Ölquellen, vor allem in der Gegend um Rimelan. Aber das Baath-Regime hatte dafür gesorgt, dass in Rojava keine Raffinerien gebaut wurden und das Öl an andere Orte in Syrien gebracht wurde. Doch nach der Revolution haben die Menschen in Rojava zwei neue Raffinerien improvisiert, die vor allem den Diesel für die Generatoren produzieren, die den Kanton mit Energie versorgen. Die lokale Ölindustrie, wenn sie so genannt werden kann, produziert nur genug für die lokalen Bedürfnisse, nicht mehr.

Eine »Do it yourself«-Revolution

Es war beindruckend, wie weit die Improvisation im ganzen Kanton geht. Je mehr wir durch Rojava reisten, desto mehr wunderten wir uns über die »Do it yourself«-Natur der Revolution, ihr Vertrauen in den eigenen Erfindungsgeist und über die wenigen zur Verfügung stehenden Materialien. Aber bis wir die unterschiedlichen Akademien – die Frauenakademie in Rimelan und die Mesopotamische Akademie in Qamişlo – besucht hatten, hatte ich nicht realisiert gehabt, dass dahinter ein vollständiges System steckt.

Das Bildungssystem in Rojava ist nicht traditionell ausgerichtet, sondern weist Konzepte von Hierarchie, Macht und Hegemonie zurück. Statt einer Lehrende-Lernende-Hierarchie unterrichten sich die Studierenden gegenseitig und lernen von der jeweiligen Erfahrung. Studierende lernen, was praktisch nützlich ist, sie »suchen nach Bedeutung«, wie uns gesagt wurde, in intellektuellen Angelegenheiten. Sie lernen nicht auswendig, sondern sie lernen, für sich selbst zu denken und zu entscheiden, Subjekte ihres eigenen Lebens zu werden. Sie lernen, um Selbstvertrauen zu gewinnen und um an der Demokratischen Autonomie teilzuhaben.

Bilder von Abdullah Öcalan sind überall, das mag für westliche Augen etwas Orwellsches haben: Indoktrinierung und unhinterfragter Glaube. Aber auf diese Weise interpretiert, würde die Situation vollkommen falsch verstanden. »Niemand wird Dir Deine Rechte geben«, zitiert jemand Öcalan, »Du wirst kämpfen müssen, um sie zu erhalten.«

Und um diesen Kampf zu führen, wissen die Menschen in Rojava, dass sie sowohl sich selbst als auch die Gesellschaft bilden müssen. Öcalan lehrte sie den Demokratischen Konföderalismus als ein Repertoire von Prinzipien. Ihre Rolle war es herauszufinden, wie diese in der Demokratischen Autonomie praktisch umgesetzt werden sollten, und sich dabei selbst zu emanzipieren.

Die KurdInnen haben historisch gesehen wenige FreundInnen. Sie waren vom Vertrag von Lausanne, der den Mittleren Osten nach dem Ersten Weltkrieg aufgeteilt hatte, ignoriert worden. Die meiste Zeit des letzten Jahrhunderts litten sie als Minderheiten in der Türkei, Syrien, Iran und Irak. Ihre Sprache und Kultur wurden unterdrückt, ihre Identität verleugnet und ihre Menschenrechte nicht anerkannt.

Sie befinden sich ebenfalls auf der falschen Seite der NATO, wo die Türkei ermächtigt ist, ihre Politik gegen die KurdInnen umzusetzen. Sie waren lange AußenseiterInnen. Diese Erfahrung war brutal und schloss Folter, Exil und Krieg mit ein. Aber sie gab ihnen auch Stärke und Unabhängigkeit im Denken. Öcalan lehrte sie, wie sie die Bedingungen ihrer Existenz auf eine Weise, die ihnen Würde und Selbstrespekt verlieh, neu fassen konnten.

Diese »Do it yourself«-Revolution durch eine gebildete Bevölkerung unterliegt dem Embargo der Nachbarstaaten und kommt gerade so über die Runden. Dennoch ist es eine Unternehmung, welche die Perspektive des Menschen weiterentwickelt. Am Ende des 20. Jahrhunderts hatten viele die schlimmsten Schlüsse über die Natur des Menschen gezogen, aber im 21. Jahrhundert setzen die Menschen in Rojava neue Standards für das, wozu Menschen fähig sind. In einer Welt, die schnell die Hoffnung verliert, sind sie ein Leuchtfeuer.

JedeR mit ein bisschen Glauben an die Menschheit sollte den Menschen in Rojava alles Gute für ihre Revolution wünschen und alles tun, was möglich ist, um ihr zum Erfolg zu verhelfen, sollte von der eigenen Regierung fordern, die internationale Zurückweisungspolitik gegenüber den KurdInnen und der Demokratischen Autonomie zu beenden, sollte ein Ende des Embargos gegen Rojava fordern.

Die Mitglieder der Delegation, an der ich teilnahm (auch wenn ich keine Akademikerin bin), machten ihre Arbeit gut. Mit Sympathie für die Revolution stellten sie dennoch nachdrückliche Fragen zu der ökonomischen Perspektive Rojavas, dem Umgang mit Ethnizität und Nationalismus und mehr. Die Menschen, die wir trafen, waren es gewohnt, mit schweren Fragen zu ringen, und antworteten überlegt und begrüßten Kritik sogar. Wer mehr über die Revolution von Rojava wissen will, sei auch auf die kommenden Berichte der anderen DelegationsteilnehmerInnen verwiesen: Welat (Oktay) Ay, Rebecca Coles, Antonia Davidovic, Eirik Eiglad, David Graeber, Thomas Jeffrey Miley, Johanna Riha, Nazan Üstündağ und Christian Zimmer.

Und auch ich selbst habe viel mehr zu sagen, als dieser kurze Artikel erlaubt, und plane weitere Arbeiten, inklusive der Zeichnungen, die ich während der Reise anfertigte. ♦



Zur Arbeit der »Stiftung der Freien Frauen in Rojava«

Der Wille der Frauen zerschlägt an allen Fronten die scheinbare Ohnmacht der Gesellschaft

Roza Nûdem, Qamişlo

Die Berichterstattung in Deutschland über das nordsyrische Westkurdistan (Rojava) ist in erster Linie eine Kriegsberichterstattung über den herausragenden Kampf der Volks-/Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) und die Angriffe des Islamischen Staates (IS). Was jedoch verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass die herausragendste Waffe der YPG/YPJ nicht die Schusswaffe ist und dass dieser Kampf viel gesellschaftlicher und umfangreicher ist. Die Frauen in Rojava sprengen auch im zivilen Bereich täglich die Fesseln des patriarchal-feudalen Systems.

Derzeit ist die extremste Ausformung des Patriarchats allseits präsent: Die Situation von Frauen in Rojava ist bestimmt von Krieg, Embargo und Gewalt. Viele Menschen sind aus oder auch nach Rojava geflüchtet. In die Häuser, aus denen kurdische, syrianische oder auch armenische Menschen nach Europa, Südkurdistan oder in die Türkei ausgewandert sind, ziehen staats- oder IS-nahe AraberInnen ein. Mit dieser strategischen Umsiedlungspolitik wird versucht, Verunsicherung und Angst in der Gesellschaft von Rojava zu erzeugen. Seitens des IS werden Menschen auf brutalste Weise hingerichtet, ihre Leichname verstümmelt, Frauen und Kinder vergewaltigt, entführt, verkauft und zuletzt ermordet. Eine Zeit weiterer Flüchtlingsströme, Krise und Armut liegt vor uns in dieser Region. Erfahrungsgemäß verstärken diese schwierigen Lebensumstände auch das innerfamiliäre Gewaltvorkommen gegen Frauen und auch Kinder. Bereits vor dem Krieg war die Lebenssituation von Frauen durch den Nichtzugang zu Bildung, ökonomische Abhängigkeit und ein feudal-patriarchales Verständnis von Geschlechterrollen geprägt von struktureller Gewalt. Die bisherige Frauenrolle in der Gesellschaft von Rojava war beschränkt auf Haushalt, Kindererziehung und Pflege von

Familienangehörigen. Trotz Schul- und manchmal auch Studienabschlüssen waren das Leben und auch der Lebensraum von Frauen zumeist auf Haus und Hof begrenzt. Die Vielfalt der Gesellschaft und auch der politischen Ausrichtungen wurde auf liberale Art und Weise miteinander gelebt. Mit den traumatischen Erfahrungen durch die maßlos brutalen Angriffe des IS, dem durch diesen eröffneten Frauenhandel, den Massenvergewaltigungen, den verschollenen Familienangehörigen, den täglich neu zu beklagenden MärtyrerInnen (Şehîd) sowie den unsicheren gesellschaftlichen Perspektiven verschärft sich täglich die Lebenssituation von Frauen und Kindern.

Gleichzeitig ist mit der syrischen Revolution und der aussagekräftigen Antwort der YPG/YPJ eine Situation geschaffen worden, die eine Chance auf eine umfassende gesellschaftliche Neuordnung bezüglich des patriarchalen und hegemonialen Machtsystems im Mittleren Osten bietet. Dieser historisch einmalige Frauenwiderstand gegen das brutalste Ausmaß männlicher Gewalt in Form der IS-Angriffe hat Rojava, Syrien sowie den gesamten Mittleren Osten und die Welt mit einer völlig neuen Frauenrolle beeindruckt. Es gibt ein Zusammenrücken der armenischen, assyrischen, syrianischen, arabischen und kurdischen Völker und der christlichen, jüdischen, êzîdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften für die Verteidigung demokratischer, friedlicher und ethischer Interessen. Frauen haben begonnen, in allen Bereichen den gesellschaftlichen Neuaufbau zu organisieren. Angeführt von Frauen wurden Volks- und Frauenräte gegründet, die demokratische unabhängige Regierung wurde gewählt und steht wieder kurz vor der Wahl, es wurden Ministerien für alle Bereiche eingerichtet mit jeweils unabhängiger Frauenstruktur und unter Einbeziehung aller ethnischen und religiösen Gruppen. Auf diese Weise ist auch für den zivilgesellschaftlichen Bereich eine neue Frauenrolle entstanden, die es zu stärken und zu fördern gilt. Täglich legen Frauen ihre bisherige Lebensweise ab und beginnen einen neuen Lebensabschnitt mit einer Entwicklung zur freien, selbstbestimmten Frau.

Durch die psychologische Kriegsführung entstand in der Bevölkerung ein Gefühl von Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht, noch verstärkt durch die Abwanderung der Bevölkerung und die Rolle Europas dabei. Die Aufgabe der Stiftung ist es deswegen auch, dem eine Dynamik des Erblühens von Rojava entgegenzusetzen.

Die »Stiftung der Freien Frauen in Rojava« konzentriert sich in ihren Arbeiten genau auf die Unterstützung von Frauen und auch Kindern für diesen Wandlungsprozess. Sie initiiert und betreut im syrischen Teil von Kurdistan nachhaltige Frauenprojekte sowie Frauenbildung in von Krieg, Armut und Embargo betroffenen Regionen. Durch die psychologische Kriegsführung entstand in der Bevölkerung ein Gefühl von Hoffnungslosigkeit und Ohnmacht, noch verstärkt durch die Abwanderung der Bevölkerung und die Rolle Europas dabei. Die Aufgabe der Stiftung ist es deswegen auch, dem eine Dynamik des Erblühens von Rojava entgegenzusetzen. Dafür führt die Stiftung Frauenprojekte im sozialen, kulturellen, politischen, ökologischen und Gesundheitsbereich durch. Als Grundlage für die Arbeiten der Stiftung werden Umfragen unter Frauen durchgeführt. Aus diesen Informationen werden Projekte entsprechend den Bedürfnissen der Frauen und ihrer Familien entwickelt. In der Umfrage in der Stadt Qamişlo (Al-Qamishli) gaben 92 % der befragten Frauen an, sich weiterbilden zu wollen, und 71,5 %, gern arbeiten zu wollen. 85 % der Frauen sind Mütter und tragen die Verantwortung für die Kinder und den Haushalt.

Ein weiteres Ergebnis ist, dass sich die ökonomische Lage von Familien verschärft. Die Lebensumstände von Frauen haben sich gewandelt. Viele Ehemänner sind gefallen. Mit dem zunehmenden Bewusstsein für Gewalt leben Frauen häufiger getrennt oder wollen auch nicht heiraten. Aus diesem Grund besteht die Notwendigkeit, auch eine unabhängige Ökonomie von Frauen aufzubauen. Bisher war die Wirtschaft ausschließlich in Männerhand, auch dies ist im Prozess der Änderung begriffen.

Die »Stiftung der Freien Frauen in Rojava« initiiert Vorschulen, agrarwirtschaftliche Frauenkooperativen und Schneidereien sowie Frauengesundheitszentren. Alle Projekte der Stiftung werden von Frauen geleitet, diese erlernen zum einen, Arbeitsabläufe zu gestalten, zum anderen professionalisieren sie sich auf verschiedenen Themenfeldern wie Pädagogik, Gesundheit und Landwirtschaft. Die Vorschulen ermöglichen Kindern, der zukünftigen Generation, das Erlernen ihrer Muttersprache (Kurdisch, Arabisch, Armenisch und Syrianisch), ein soziales, demokratisches Miteinander verschiedener Ethnien und die Gestaltung einer den Begabungen und Fähigkeiten von Kindern entsprechenden Entwicklung. Dabei werden auch Eltern in ihrer Beziehung zu ihren Kindern unterstützt.

Der beschriebene gesellschaftliche Umwandlungsprozess durchzieht ganz Rojava und ermöglicht durch die Perspektiven von Abdullah Öcalan das freie Zusammenleben von Volksgruppen in einer neuen demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft. ♦

Êzîd*innen und das 73. Massaker

Ein Volk, der Sonne zugewandt

Botan Gulan

Als ISIS Irak und Syrien terrorisierte und Mûsil (Mosul) von der irakischen Armee okkupierte, war das von Êzîd*innen dicht besiedelte Zentrum von Şengal (Sindschar) mit fast 77 kleineren und größeren êzîdischen Dörfern um das Şengalgebirge herum eines der damals meistgefährdeten Gebiete. Nach der Besetzung Mûsils und Tal Afars kamen auch die turkmenischen und arabischen Schiit*innen ins Stadtzentrum. Sie und all diejenigen, die Zuflucht im Heiligen Land der Êzîd*innen suchten, die in ihrer Geschichte kein anderes Volk tyrannisiert haben, waren mit der durch den ISIS-Terror verursachten Gefahr konfrontiert. Bis zum 3. August 2014 besetzte ISIS vor den Augen der Welt die Gebiete Mûsil und Tal Afar, also einen Großteil der irakischen Provinz Ninive (Ninawa), und bereitete sich auf den Angriff auf Şengal vor.

Das 73. Massaker, wie Êzîd*innen es nennen, begann am 3. August nachts gegen zwei Uhr mit dem ISIS-Angriff auf die êzîdischen Dörfer Sîba Şêx Xidir und Til Izer im Kreis Tal Afar. Hier leisteten anfangs manche Peschmergakräfte gemeinsam mit Êzîd*innen fast drei Stunden lang Widerstand, aber dann zogen sich Peschmerga, Soldaten und Polizisten der irakischen Armee zurück und überließen die Êzîd*innen ihrem Schicksal. Aus diesem Grund entwickelte sich das 73. Massaker zu einem menschlichen Drama mit tragischen und schwerwiegenden Folgen. Im 21. Jahrhundert, in dem alle Werte der Menschheit und der Demokratie an Bedeutung gewinnen, wird eine Volksgruppe wegen ihres Glaubens ihrem Schicksal überlassen und wird zum Ziel der Auslöschung durch die Daaisch-(ISIS/IS-)Banden.

Nach dem Verrat, wie Êzîd*innen ihn nennen, also, nachdem sie »betrogen« worden waren, als sich Peschmergakräfte, die sie beschützen sollten, zurückgezogen hatten, verloren die Êzîd*innen ihre Kampf- und Widerstandskraft und waren gezwungen, in die Berge zu fliehen. Hunderttausende Êzîd*innen und Schiit*innen flohen um ihr Leben und in Panik aus der Stadt am Westhang der Şengalberge und aus Dutzenden Dörfern dieses Gebietes in Richtung Gebirge, das sie seit Hunderten von Jahren beschützt. Um sicheres Terrain zu erreichen, waren sie tagelang unterwegs. Das Ausmaß dieser Tragödie erfuhren wir erst dann, als wir das Şengalgebirge erreichten. Hunderttausende Êzîd*innen kämpften auf ihrem schweren Weg in die Berge tagelang mit Hunger und Durst, mindestens dreihundert Kinder und alte Frauen und Männer verloren deshalb ihr Leben. Mindestens dreitausend mit dem Rückzug der Peschmergakräfte wehrlos Zurückgelassene wurden von den Daaisch-Banden ermordet, mindestens fünftausend Frauen, junge Mädchen und Kinder entführt, in von ihnen kontrollierte Gebiete wie Mûsil und Tal Afar gebracht und auf dem Markt als Sklav*innen verkauft. Die genannten Zahlen sind zwar ungesichert, zeigen aber das Ausmaß dieser Tragödie.

Für Êzîd*innen, das einzige Volk, das sich am 3. August 2014 der Sonne zuwandte, die Hände öffnete und die Sonne anbetete, ging aber keine Sonne auf. Hunderttausende gingen fort. Êzîd*innen, die eigentlich nur in Freiheit ihren Glauben leben wollten, stand nach dieser Katastrophe eine schwere Belagerung auf den Bergen Şengals bevor. Die Daaisch-Banden wandten sich auch dem Şengalgebirge zu, um die in Şengal, der êzîdischen Pilgerstadt, Lebenden auszulöschen oder einen Genozid an ihnen zu begehen. Die Peschmergakräfte, mehrere Tausend, konnten den Daaisch-Banden nichts entgegensetzen und sieben Guerillas der Volksverteidigungskräfte (HPG) mussten einen außerordentlichen Kampf führen.

Diese Guerillas verhinderten das Eindringen der Daaisch-Banden in das Şengalgebirge und retteten somit einerseits Hunderttausende Êzîd*innen und Schiit*innen vor dem Genozid, andererseits gewannen sie dadurch das Vertrauen des êzîdischen Volkes und eroberten ihre Herzen. Wenn Êzîd*innen aus Şengal immer noch über dieses Blutbad und das 73. Massaker sprechen, dann äußern sie sich dankbar über die Guerilla, die den Daaisch-Banden den Weg versperrte und Hunderttausende rettete. Sie sagen, dass nicht alle Êzîd*innen in die Hände von Daaisch gefallen sind, hätten sie der PKK zu verdanken.

Da sowohl der Westen als auch der Norden der Şengalberge in der Hand der Daaisch-Banden waren, leisteten kurdische Êzîd*innen und arabische und turkmenische Schiit*innen, etwa 300 000, hartnäckigen Widerstand, als sie tagelang unter schwersten Bedingungen um ihr Leben kämpften. Vor allem für Kinder und Frauen war es ein großes Problem, dass es keinen Brunnen auf den Bergen gab und akuter Mangel an Wasser und Grundnahrungsmitteln wie Weizen und Brot herrschte. In manchen Dörfern vorhandener Weizen wurde mit bloßer Hand verteilt. Die Frauen kochten ihn auf und fütterten damit ihre Kinder, damit sie nicht verhungerten. Die Schafe auf den Bergen wurden großzügig verteilt, geschlachtet, auf kleinem Feuer gebraten, halbroh verspeist, ohne Salz und ohne Brot, manche Menschen bekamen tagelang keinen Bissen zu essen. Diese Maßnahmen wurden getroffen, nur um sich auf den Beinen halten zu können und vor allem, damit die Kinder nicht vor Hunger starben. Außerdem müssen die pralle Wüstenhitze ohne jeglichen Schatten am Tage und die sehr kalten Nächte ohne die Möglichkeit, sich zudecken zu können, berücksichtigt werden. Die Êzîd*innen, froh darüber, ihr Leben gerettet zu haben, betrauerten stattdessen, dass sie manche Verwandte nicht mit auf die Berge nehmen konnten und Tausende, die sie nicht retten konnten, zurücklassen mussten. Es gibt Hunderte solcher undokumentierter Vorfälle und Erlebnisse. Êzîd*innen erlebten im tiefsten Innern, wie in größter Angst und Panik über sämtliche Berge hinweg sicheres Gebiet erreicht werden konnte.

Diese am 3. August begonnene Katastrophe dauerte an bis zur Eröffnung des von den Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) aus Rojava errichteten Fluchtkorridors. Dann konnte den Menschen zumindest etwas die Angst genommen und neue Hoffnung geweckt werden, da die Guerillakräfte nach Erreichen des Şengalgebirges über den Fluchtkorridor manche Grundversorgung heranschaffen konnten.

Vom 7. bis zum 8. August wurden über den Korridor Hunderttausende Êzîd*innen vom Şengalgebirge nach Rojava auf sicheres Gebiet gebracht. Am ersten Tag nach der Eröffnung des Korridors flüchteten fast sechstausend Menschen zum Dorf Dugire am Westhang der Berge. Sie waren dann gezwungen, die Strecke von Dugire bis zu den sicheren Gebieten in Rojava und Cezaa zu Fuß zurückzulegen. Die Zurückgebliebenen mussten in Höhlen und Gebüschen um den Berg herum übernachten und ohne Essen und Trinken die etwa elfstündige Strecke bis zu den sicheren Gebieten in Rojava zu Fuß bewältigen. Dieses Bild von den Êzîd*innen und den Staubwolken, die sie auf diesem schwierigen Weg hinterließen, erinnerten mich an die Massaker vor hundert Jahren, vor allem an das Massaker von Dêrsim. Nur Ort und Zeit unterschieden sich. Nachdem die Fahrzeuge der Regierung und der Bevölkerung aus Rojava auf diese Weise die Berge erreicht hatten, begannen der Transport und die Evakuierung der Menschen, die bis zum 15./16. August andauerten. Täglich wurden Zehntausende nach Rojava und von dort aus in andere sichere Gebiete gebracht.

Nachdem Hunderttausende Êzîd*innen in sichere Gebiete gelangt waren, blieben etwa zehntausend auf den Bergen von Şengal zurück und kämpften weiterhin um ihr Leben. Sie sagten: »Wir verlassen unsere heiligen Orte nicht. Êzîd*innen und Şengal können nicht voneinander getrennt werden, sie sind unzertrennlich.«

Über Rojava gelangten einige Lebensmittel zu den auf den Şengalbergen Verbliebenen, doch die Daaisch-Banden, die den Fluchtkorridor angegriffen hatten, verursachten bereits nach kurzer Zeit dessen Sperrung. Somit unterlagen die Menschen aus Şengal auf dem Berg einer Blockade. Sie kämpften unter widrigen Bedingungen und mit wenigen Lebensmitteln trotz der winterlichen Verhältnisse vier Monate lang weiter. Êzîd*innen, über die große Heldensagen erzählt werden, schrieben ein neues Kapitel in ihrer Geschichte und verließen trotz allem nicht das Şengalgebirge mit seinen Grabdenkmälern Cilmera, Şêbil Qasim, Pirexa und Şerefedin.

Nach dieser Erhebung läuft die am 19. Dezember gestartete Operation gegen die ISIS-Kräfte nun seit einem Monat. Das Gebiet »Altes Şengal«, die Altstadt Şengals, ist vollständig unter der Kontrolle von HPG/YJA Star/YBŞ/YPG und Peschmergakräften. Während der Krieg andauert, setzen die Êzîd*innen infolge der Auswirkungen des 73. Massakers und der daraus gezogenen Lehren Meilensteine auf dem Weg der Geschichte.

Aus diesem Grund ist das 73. Massaker für sie ein Wendepunkt. Denn einerseits hatte es gravierende und tragische Folgen und andererseits begannen sie aufgrund der gezogenen Lehren und Auswirkungen, Widerstand zu leisten und sich zu organisieren. Sie dachten primär, Widerstand würde ihr Leben verändern, und leisteten daher Widerstand in den Bergen. Und tun es weiterhin.

Sekundär waren sie von der Notwendigkeit überzeugt, sich zu verteidigen. Die Êzîd*innen aus Şengal sahen den Ausweg, den Massakern zu entkommen, darin, sich in die Berge zurückzuziehen, dort zu leben, und zogen es vor, sich zu verteidigen, bis im Jahre 1975 das Baath-Regime alle Êzîd*innen in den Wohngebieten im Tal des Şengal einquartierte. In diesem Zeitraum wurden Hunderte, gar Tausende aufsässige und hartnäckige Êzîd*innen getötet oder inhaftiert und in den Dörfern des Tales untergebracht. So wurde ihr Widerstand gegen die Massaker gebrochen und gezähmt.

Eigentlich haben sie das bereits in den ersten Momenten des 73. Massakers festgestellt. Während die mehrere Tausende zählenden Peschmerga sich zurückzogen, war es für die Êzîd*innen das Schwerste, nichts für ihre Bevölkerung tun und sie nicht schützen zu können. Der Aufstand in Şengal und der Schutz Şengals und der Menschen, die in den Bergen Zuflucht suchten, begannen damit, dass die sieben Guerillas die Berge beschützten, für die Hunderttausenden und diejenigen, die ständig dort lebten, und damit, dass Hunderte junger Êzîd*innen sich unter dem Dach der Widerstandseinheiten von Şengal (YBŞ) organisierten und ihnen unter Eid beitraten, um das heilige, alte Land des Şengals zu schützen. Das Bewusstsein für die Verteidigung war eine der fundamentalen Auswirkungen des Massakers. Heute betrachten Hunderte, gar Tausende junger Êzîd*innen die YBŞ als die Basis der Verteidigung Êzdixans und des Heiligen Landes Şengal und schließen sich ihnen an.

Als Drittes kommt die Tifaq genannte Organisation und Vereinigung der Êzîd*innen hinzu. Seit der Zeit des für sie bedeutungsvollen Şex Hadi wird der Begriff tifaqa Êzîdiyan in allen Gebeten, Qewl und Bait *[religiösen Ritualen]* für die Solidarität und Einheit der Êzîd*innen verwendet. Die in ihrer Geschichte mit 72 Massakern konfrontierten Êzîd*innen sehen einen festen Zusammenhalt und das Leben in nah beieinanderliegenden Wohngebieten als einen Ausweg, dem Massaker zu entkommen.

In diesem Zusammenhang war eine der fundamentalen Lehren, welche die êzîdische Gemeinschaft aus dem 73. Massaker zog, sich zu organisieren. Auch wenn die Solidarität und das Teilen in den Grundsätzen des êzîdischen Glaubens einen hohen Stellenwert haben, verhinderte die Politik der Baath-Regierung und der lokalen Regierung in Şengal diese Organisierung. Die êzîdische Gemeinschaft wurde ständig von anderen gelenkt und verwaltet. Während in zahlreichen Staaten der Erde lokale und ortsansässige Regierungen gebildet werden, wurde den Êzîd*innen mit ihren religiösen wie gesellschaftlichen Eigenheiten diese Chance nicht gegeben und sie fielen manchem politischen Interesse zum Opfer.

Daher wurde, um die Gemeinschaft zu verbünden und zu organisieren, wieder ein wichtiger Schritt unternommen. An



Hunderttausende Êzîd*innen kämpften auf ihrem schweren Weg in die Berge tagelang mit Hunger und Durst, mindestens dreihundert Kinder und alte Frauen und Männer verloren deshalb ihr Leben. Foto: DIHA

einem für die Êzîd*innen heiligen Mittwoch trafen sich ihre über das gesamte Gebiet Kurdistans verteilten Vertreter*innen am Fuße der Şengalberge und erörterten die Gemeinschaft, die Probleme bei der Organisierung und eine selbstständige Verwaltung der êzîdischen Gesellschaft. Sie bereiteten den Weg dafür, den neuen Status von Şengal von allen diskutieren zu lassen.

Natürlich geht es nicht, ohne dabei die Rolle der êzîdischen Frauen zu erwähnen. Die am stärksten vom 73. Massaker Betroffenen sind die Frauen. Aus genau diesem Grund sind sie auch diejenigen, die besonders auf Organisierung und Verteidigung angewiesen sind. Widerstandleistende Frauen wie Xanê spielen in der Geschichte der Êzîd*innen eine bedeutende Rolle, doch in der jüngeren Geschichte erhielten die êzîdischen Frauen nicht den ihnen gebührenden Platz in der Politik. Auch sie haben heute ihre Positionen in dieser Organisierung eingenommen. Nach dem 73. Massaker nahmen sie die Waffe in die Hand und begannen, sich an den Fronten der YBŞ zu verteidigen, und sie wählten die Organisierung für frauenspezifische Verteidigung unter dem Namen YPJ Şengal (Frauenverteidigungseinheiten von Şengal). Daneben besetzen sie eine wichtige Position im zwischenzeitlich gegründeten Parlament und bilden ihre eigene originäre Organisation.

Êzîd*innen, die sich, statt sich zu verstecken, das Teilen als Grundsatz angeeignet haben, wenden jeden Mittwoch ihr Gesicht zur Sonne, öffnen ihre Hände und beten Xwede an. An diesem heiligen Mittwoch gehört Şengal ihnen, die ihr Gesicht zur Sonne wenden und zur Sonne beten. Êzîd*innen ohne Şengal gibt es nicht. Sie wären ohne Şengal keine Êzîd*innen. »Es kann keine*n Besitzer*in dieser alten Religion geben« – so wurde ein Parlament gegründet, das alle Êzîd*innen aus Şengal zusammenbringt, organisiert und vereint. Mit diesem Gründungsparlament unternahmen sie einen kleinen, aber historischen Schritt auf dem Wege, die Êzîd*innen zusammenzubringen, und dafür, im neuen Şengal eine organisierte und selbstverwaltete Gemeinschaft zu bilden, die sich auch verteidigt. Sie sind der Meinung, das 73. Massaker, dem sie ausgesetzt waren, könne nur durch Organisierung überstanden werden. Êzîd*innen, die sagen: »Daaisch dachte sich, uns durch dieses Massaker auszulöschen, wir werden aber noch stärker und noch organisierter nach Şengal zurückkehren«, kehren zu ihren Wurzeln zurück. ♦

Botan Gulan ist weiterhin als Journalist im Şengalgebirge und im Zentrum von Şengal tätig.



Auf der Flucht vor den Terrorbanden des ISIS. Foto: DIHA

Guatemala – Ferguson – Rojava

Rojava, der Nullpunkt der Erde

Metin Yeğin, Journalist

In Guatemala wurden nacheinander mehrere Busfahrer umgebracht. Zwei Mafiagruppen waren wegen der Buslinien aneinandergeraten. Es muss um das große Geld gegangen sein! Eine Busfahrkarte hatte fast den Wert eines Vierteldollars. Hinten im Bus und den Busfahrern im Nacken saßen zwei private Sicherheitsleute mit Pumpguns. JedeR in den Bus Steigende wurde eindringlich gemustert. Trotzdem waren so viele Busfahrer getötet worden, dass auf einigen Strecken keine Busse mehr fuhren. Es gab keine Fahrer mehr. In Guatemala herrschte seit vierzehn Jahren Frieden!

Wir lebten in Guatemala-Stadt in einem Slum, einem Stadtteil an einem Bergkamm. Ich erzählte von den Slums Brasiliens; jeder Mensch kann wegen vierzig Dollar umgebracht werden. Das sorgte für große Verwunderung. Sie sagten, dass dies gutes Geld sei. In Guatemala lag der Kurs bei lediglich drei Dollar. Auch wenn die erste Kugel nicht getroffen hat, Schaden wurde auf jeden Fall angerichtet.

Alle reichen Stadtteile, Wohnanlagen und Industriegebiete waren von Mauern, Kameras und privaten Sicherheitsleuten umringt und sogar kleine Geschäfte hatten bewaffnete Wachleute. Einige Slums scheinen es sich von den Wohnanlagen abgeschaut zu haben und hatten an den Zufahrten Barrieren errichtet. Es handelte sich um einfache Kontrollpunkte. Denen, die dort Wache standen, wurde als Lohn Brot oder Mais dagelassen.

Morgens um acht wurde von einem Bier-LKW aus das Bier verteilt. Der hatte zwei bewaffnete Bewacher. Wie ein Geldtransporter. Guatemala hat das Bier wirklich genossen!

Diese Situation, in der die Indigenen und MestizInnen tagtäglich zu leben gezwungen sind, ist nicht nur auf dieses Land beschränkt. In zahlreichen Staaten der postrassistischen Welt[1] erleben die »anderen« Minderheiten oder sogar Mehrheiten Ähnliches. Der Mord der Polizei des Weltdemokratieexporteurs USA und die darauf folgenden Reaktionen der Bevölkerung im letzten Monat sind ein bestechendes Beispiel dafür. Dieser Ort Ferguson, wo die Polizei einen unschuldigen, jungen Afroamerikaner getötet hat, ist auch in historischer Hinsicht ein symbolischer Ort für Schwarze und die Demokratie der USA. Die Vorfälle, die zur Annahme des Civil Rights Act führten, eines der wichtigsten Elemente der US-amerikanischen Demokratie, hatten sich hier abgespielt.[2] Fünfzig Jahre nach 1964, als drei Aktivisten, darunter zwei Weiße, wegen ihres Kampfes für das Wahlrecht der Schwarzen in Ferguson getötet worden waren, strömten die Menschen erneut auf die Straßen, weil die Jury es nicht für nötig hielt, die Polizei wegen eines Mordes anzuklagen. Dass dies während der Amtszeit des ersten afroamerikanischen Präsidenten, sogar während seiner zweiten Amtsperiode, passierte, ist um so paradoxer.

Es erinnert mich an einen Vergleich, den ChinesInnen für Landsleute verwenden, die sich wie Weiße aufführen: »Banane – außen gelb, innen weiß.«

In Guatemala, den USA und überall auf der Welt ist diese Hegemonie verbreitet. Die »räumliche Dimension der gegenseitigen Überlappung von Rasse, Klasse und Staat«[3] hat zusammen mit dem Neoliberalismus die gesamte Welt besetzt. Insbesondere der »Realsozialismus«, die eigentliche Bedeutung ist unerheblich, hat seine symbolische Wirkung »einer anderen Welt« mit dem, ebenfalls symbolischen, Fall der Berliner Mauer verloren.

Der Abgeordnete der ehemaligen Guerillabewegung URNG im guatemaltekischen Parlament, Felix, definierte das als »Fakt«: »Ob Ihr die Fakten anerkennt oder nicht, es wird sich auf Euch auswirken. Ob Ihr nun den Realsozialismus verinnerlicht oder kritisiert, der Zusammenbruch der Mauer ist ein Fakt und Ihr werdet Euch seinen Auswirkungen nicht entziehen können.« Aus diesem Grund hat der Zusammenbruch des »Sozialismus« das »Sozialstaats«-Prinzip des Kapitalismus mit sich genommen, fortgeschafft. Mit anderen Worten, diejenigen, die einen Stein der Berliner Mauer als Souvenir erwarben, haben den »Mauer«-Virus in die Welt getragen! Der allein auf den Straßen der Welt gebliebene Neoliberalismus hat zuerst die nach der ehemaligen Logik des Sozialstaatsprinzips zu »behandelnden/reformierenden« Stadtteile als »kriminelle Gebiete« bezeichnet. Mit der Proklamation dieser Areale als Stätten der »Überwachung/Erziehung« wurde damit begonnen, überall Mauern zu errichten. Die hinter diesen Mauern als »schuldig und zu strafend« Erklärten waren die Schwarzen, ZigeunerInnen, IndianerInnen, AfrikanerInnen, KurdInnen, Hispanics, Moslems und andere. Zusätzlich waren es überall – ob innerhalb oder außerhalb der Mauern – die Frauen, die zu ihrem »eigenen Schutz« eingesperrt wurden.

Der Virus der Berliner Mauer hat sich gegenüber MigrantInnen in vielen Ländern an den Grenzen, in den Städten, Stadtteilen, Straßen und in den Häusern rapide ausgebreitet. Die »räumliche Dimension der gegenseitigen Überlappung von Rasse, Klasse und Staat« hat die gesamte Welt in Form von eng miteinander verflochtenen Fäden »libanonisiert«.

Das Seltsame dabei ist, dass innerhalb dieses Zirkels alle miteinander verbunden waren. Die ErbauerInnen der Mauer, die BewacherInnen, SpäherInnen, die KontrolleurInnen und DiebInnen, EinbrecherInnen, ihre PizzalieferantInnen, DealerInnen, VerfolgerInnen und sogar die Freier, die die Sexarbeiterinnen als »hinter den Mauern lebende, zu bestrafende Kriminelle« betrachten. Weit interessanter ist die Tatsache, dass beispielsweise die Putzfrauen, die zur Reinigung dieser zu schützenden, neoliberalen Schlösser über alle Schlüssel verfügen, ebenfalls in diesen Ghettos leben.

Dieser Zustand hat insbesondere dazu beigetragen, dass der Neoliberalismus konkurrenzlos wurde und die »räumliche Dimension der gegenseitigen Überlappung von Rasse, Klasse und Staat« zu einer Weltordnung wurde. Mit den Extremen Gentrifizierung/Ghettoisierung, Kriminalisierung/Gewalt, Überwachung/Aufstand und ihrer dialektischen Einheit hat sie eine Raum-Welt hervorgebracht. Eben daher ist Rojava der Nullpunkt der Erde. In einer Welt der »räumlichen Dimension der gegenseitigen Überlappung von Rasse, Klasse und Staat« ist es gleichbedeutend mit einer Weltrevolution, in dieser Region unter härtesten Bedingungen zu versuchen, diese räumliche Dimension aufzubrechen.

Beispielsweise ist in der anerkannten Verfassung, dem Gesellschaftsvertrag, festgehalten: »Gegen die Ungleichbehandlung der Religionen, Sprachen, des Glaubens und der Geschlechter; für den Aufbau der Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie in einer gerechten und ökologischen Gesellschaft; für das Erlangen eines pluralistischen, eigenständigen und gemeinsamen Lebens mit allen Teilen einer demokratischen Gesellschaft und ihrem politisch-moralischen Selbstverständnis; für den Respekt vor den Frauenrechten und die Verwurzelung von Kinderrechten; für die Selbstverteidigung. Für die Freiheit und den Respekt vor dem Glauben geben wir als KurdInnen, AraberInnen, Suryoyos (AssyrerInnen, ChaldäerInnen und AramäerInnen), TurkmenInnen und TschetschenInnen diesen Vertrag bekannt.« Dabei handelt es sich um das Bestreben, dort, wo zwischen Volksgruppen eine Kluft besteht, eine andere Welt entstehen zu lassen. Im Gesellschaftsvertrag heißt es auch: »Die Amtssprachen im Kanton Cizîrê sind Kurdisch, Arabisch und Aramäisch. Zudem verfügen alle anderen Gruppen auch über das Recht, ihre eigene Muttersprache zu verwenden und in ihren Sprachen Schulbildung zu genießen.« Oder auch: »Der Kanton Cizîrê ist ein gemeinsamer Kanton der in ihm lebenden KurdInnen, AraberInnen, Suryoyos, ArmenierInnen und TschetschenInnen sowie des muslimischen, christlichen und yezidischen Glaubens. Dies basiert auf den Grundlagen der Geschwisterlichkeit und des gemeinsamen Lebens.« Mit diesen Artikeln soll das Fundament für ein gemeinsames Leben der Gesellschaften gelegt werden.

Ist die Rede vom Mittleren Osten, denkt mensch an die menschenversklavenden Praktiken des IS und gleichzeitig an die Frauen dort, und dazu steht in demselben Gesellschaftsvertrag: »Frauen verfügen über alle politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen Rechte und das Recht auf Leben. Diese Rechte sind zu schützen. (…) Frauen haben das Recht zur Selbstverteidigung und das Recht, jegliche Geschlechterdiskriminierung aufzuheben und sich ihr zu widersetzen.«[4]

Gleichzeitig wurde der Passus angenommen: »Die Regionen der demokratisch-autonomen Verwaltung akzeptieren weder das nationalstaatliche, militaristische und religiöse Staatsverständnis, noch akzeptieren sie die Zentralverwaltung oder Zentralmacht.« Die KurdInnen, Suryoyo, TurkmenInnen, TscherkessInnen, AssyrerInnen, AraberInnen, ArmenierInnen, TschetschenInnen und vor allem die Frauen bauen – wie die ZapatistInnen auf der anderen Seite der Welt, die sagen: »Wir wollen keine Herrschaft, sondern einen Ort zum Tanzen« – etwas auf, wo alle Schulter an Schulter zum Kreistanz zusammenstehen und niemandem erlaubt wird umzustürzen.

In Rojava ereignet sich eine Revolution. Wisst Ihr das? ♦

Fußnoten:

1 Tariq Ali: »›We live in a post-racial society,‹ Obama enthused, referring to his own victory, soon after entering the White House. It sounded hollow at the time, though many wanted to believe it. Nobody does today. Not even Toni Morrison. But the response of tens of thousands of young US citizens to the recent outrages in Ferguson, Cleveland and New York is much more important and interesting than the vapours being emitted in DC.« (http://www.lrb.co.uk/blog/2014/12/11/tariq-ali/we-cant-breathe/)

2 Nach der Ermordung dreier Menschen stimmte der US-Senat dem Civil Rights Act zu.

3 Loic Wacquant: »Marginalité, pénalité et division ethnique dans la ville à l'ère néolibérale«, in: Journée d'étude autour de Loïc Wacquant, suivie d'une conférence.

4 Ich möchte noch einige Artikel aus dem Gesellschaftsvertrag hervorheben:
»Artikel 26: Der Gesellschaftsvertrag garantiert das Recht auf politisches Leben und verbietet die Todesstrafe.«
»Artikel 39: Alle Bodenschätze und natürlichen Ressourcen gehören der gesamten Gesellschaft. Ihre Nutzung, Verarbeitung und Gebrauch wird durch Gesetze geregelt.«
»Artikel 40: In den demokratisch-autonomen Verwaltungen gehört jeglicher Grundbesitz und Boden der Bevölkerung. Nutzung und Aufteilung werden durch Gesetze geregelt.«
»Artikel 47: Die Mitglieder der demokratisch-autonomen Verwaltungen werden prozentual zur Bevölkerungszahl der Städte und Gebiete aufgeteilt. Die Geschlechterquote beträgt 40 %. Zugleich bestehen gemäß Wahlgesetz feste Mindestquoten für die Vertreterinnen und Vertreter der Suryoyos und für Jugendliche.«
(deutsche Übersetzung des Gesellschaftsvertrags: http://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2014/03/info7.pdf)

Presseinformation vom 16.02.2015

Ilisu-Staudamm-Baustelle militarisiert

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung Hasankeyfs

Mit der Wiederaufnahme der Arbeiten am Ilisu-Staudamm und dem Wasserkraftwerk am Tigris-Flusslauf im Dezember 2014 wurde die Baustelle intensiv militarisiert. Diese alarmierende Entwicklung führt zu weiteren gravierenden politischen Spannungen und Menschenrechtsverletzungen, zusätzlich zu den sowieso schon zu erwartenden dramatischen sozialen, kulturellen und ökologischen Folgen des Bauprojekts für die betroffenen Regionen.

Von August bis Dezember 2014 waren die Bauarbeiten unterbrochen, nachdem alle Arbeiter geschlossen gekündigt hatten. Dies war eine Reaktion auf die Festnahme zweier führender Subunternehmer durch die Guerilla-Kräfte der Volksverteidigungskräfte (HPG). Zu diesem Zeitpunkt war der Bauvorgang zu etwa 80 % abgeschlossen, wobei insbesondere das Wasserkraftwerk noch gebaut werden musste.

Anfang Dezember 2014 engagierten neue Subunternehmer hunderte Arbeiter aus nichtkurdischen Regionen der Türkei, um die Arbeiten wieder aufzunehmen. Die lokale Bevölkerung weigert sich inzwischen, sich an den Bauarbeiten zu beteiligen, da sie den Staudamm zunehmend als Gefahr für ihre eigene Lebensgrundlage erkennt.

Die Baustelle wird nun von 600 Soldaten zusätzlich zu den bereits eingesetzten 1 000 Soldaten »abgesichert«. Diese waren bereits in der Militärstation und auf sechs militärischen Posten auf dem Staudammgelände stationiert. Zudem werden lokale Milizen in diese verschärften Maßnahmen einbezogen. In den letzten Monaten wurden an die 100 Zivilisten aus den vier Dörfern um das Staudammgelände herum vom Staat als Milizionäre rekrutiert. Dies zieht mehr und mehr Menschen in den ungelösten politischen Konflikt in der Region hinein.

Mehrere dutzend Arbeiter, die in 13 Kilometer Entfernung in der Stadt Dargeçit (kurd.: Kerboran) wohnen, werden auf dem Weg zur Arbeit jeden Tag von Panzern eskortiert. Am 3. Februar griffen die HPG einen Konvoi bestehend aus Baumaschinen an, die auf dem Weg zur Baustelle waren. Eine Maschine wurde zerstört und drei Menschen leicht verletzt.

In Dargeçit wurden mehrere dutzend Autos abgebrannt und viele weitere beschädigt. Es ist bisher nicht bekannt, ob hier ein Zusammenhang mit dem Ilisu-Staudamm-Projekt besteht. Dieser Angriff schürte Spannungen zwischen den Menschen.

Diese Entwicklungen bestätigen unsere Vorhersage, dass der Bau des Ilisu-Staudamms das Staudammgelände und die umliegende Region militarisieren und zu Menschenrechtsverletzungen führen werde. Diese sind nicht hinnehmbar. Die Verantwortung liegt bei den staatlichen Institutionen, die darauf bestehen, dieses zerstörerischste aller türkischen Bauprojekte umzusetzen. Gar nicht beachtet werden die ökonomischen und politischen Auswirkungen auf den Irak, der komplett vom Wasser des Tigris abhängig ist. Der andauernde Krieg im Irak zeigt zudem, wie große Wasserinfrastrukturprojekte, wie der Mossul-Staudamm, an der Intensivierung existierender Konflikte beteiligt sind.

In der Zwischenzeit hat sich herausgestellt, dass die historischen Monumente Hasankeyfs nicht in den vorgeschlagenen »archäologischen Park« im zwei Kilometer nördlich des antiken Hasankeyfs gelegenen »neuen Hasankeyf« versetzt werden können. Keine einzige Firma bewarb sich auf die Ausschreibung des türkischen Amts für Wasserwirtschaft (DSI), das Zenel-Bey-Mausoleum bis Ende 2014 zu verlegen. Der Grund ist einfach: Es ist technisch unmöglich, die Monumente zu verlegen, ohne sie zu beschädigen oder zu zerstören. Zudem bleiben wir bei unserer Position, dass die Monumente nicht aus ihrer spezifischen historischen Umgebung herausgerissen werden sollten.

Ausdauernd rufen wir Politiker und die Zivilgesellschaften der Türkei, des Iraks, des Mittleren Ostens und der gesamten Welt dazu auf, gegen die Entscheidung des DSI, dieses zerstörerische Projekt fortzusetzen, zu protestieren. Während wir in den letzten Jahren vor allem auf die sozialen, kulturellen und ökologischen Folgen verwiesen, zeigen die aktuellen Entwicklungen, wie der Ilisu-Staudamm bestehende politische und soziale Konflikte in Nordkurdistan entscheidend verschärfen kann. Wir brauchen den politischen Druck auf die Türkei jetzt mehr als je zuvor. ♦

hasankeyfgirisimi@gmail.com | www.hasankeyfgirisimi.net

III. Internationale Fachtagung:

»Der so genannte Anti-Terror-Kampf am Beispiel der Kurdinnen und Kurden im Lichte des internationalen Rechts«

Konferenzbericht von Elmar Millich

Vom 6. bis 8. Februar fand in Bonn die dritte Internationale Fachtagung »Der so genannte Anti-Terror-Kampf am Beispiel der Kurdinnen und Kurden im Lichte des internationalen Rechts« statt. Die vom Rechtshilfefonds Azadî und der Juristenvereinigung MAF-DAD ausgerichte Konferenz hatte als einen Schwerpunkt das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Hinblick auf die jüngsten Entwicklungen im Mittleren Osten. Unterschiedliche Vorstellungen von Autonomie bzw. Eigenstaatlichkeit in den verschiedenen Regionen Kurdistans wurden auf ihre aktuellen Realisierungschancen im Einklang mit dem internationalen Völkerrecht untersucht. Ein weiterer Schwerpunkt war die aktuelle Antiterrorgesetzgebung auf europäischer und nationaler Ebene. Unterstützt wurde die juristische Fachtagung von den Organisationen »European Association of Lawyers for Democracy and World Human Rights«, der »Internationalen Liga für Menschenrechte« und der »Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen«.

Nach dem Einführungsreferat von Dr. Remzi Kartal, Kovorsitzender des KONGRA GEL, über die Philosophie des Demokratischen Konföderalismus und ihre Umsetzung in den verschiedenen Teilen Kurdistans ging der Völkerrechtler Prof. Norman Paech im ersten Teil der Konferenz auf die aktuelle Situation in Syrien ein. Er bezeichnete die Luftangriffe der von den USA geführten Koalition als völkerrechtswidrig, auch wenn sie für die VerteidigerInnen von Kobanê im Kampf gegen den IS notwendig gewesen seien. In weiteren Vorträgen wurde auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker eingegangen und die Problematik bei der konkreten Umsetzung gemäß dem Völkerrecht beschrieben. Mehrheitlich existiert aktuell die Rechtsauffassung, dass die Umsetzung dieses Selbstbestimmungsrechts durch Gründung unabhängiger Staaten auf die Phase der Entkolonialisierung beschränkt bleiben sollte, aber in der jetzigen Zeit Modelle von Autonomie und föderalen Strukturen gegenüber neuen Grenzziehungen vorteilhafter seien. Dr. Joost Jongerden referierte über die Wandlung der PKK von einer klassischen antinationalen Befreiungsbewegung mit dem Ziel eines Nationalstaates hin zu einer modernen Bewegung, die ein föderales Konzept für den gesamten Mittleren Osten entwickelt hat.

Der zweite Teil der Konferenz hatte die Anwendung und Auswirkungen des Terrorismusbegriffs und der Antiterrorgesetze zum Inhalt. Rechtsanwalt Mahmut Şakar berichtete über die Unterdrückung des kurdischen Volkes seit der Staatsgründung der Türkei von 1923, die bis heute anhalte. Prof. Fiona de Londras stellte klar, dass es bis heute keine international verbindliche Definition des Terrorismusbegriffs gebe, sondern dass dieser immer politisch geprägt sei, vor allem, wenn er sich nicht auf konkrete Verbrechen, sondern auf Organisationen und ganze Bevölkerungsteile beziehe. Dr. Rolf Gössner, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte, ging auf die positive Rolle ein, welche die PKK aktuell im Mittleren Osten spiele und warf der deutschen Regierung vor, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben und an alten Stigmatisierungen festzuhalten. Zum Abschluss des Samstagsprogramms stellte Rechtsanwalt Marc Wijngaarden den aktuellen Stand des Verfahrens dar, welches von seiner Kanzlei vor dem Euro-

päischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Listung der PKK als terroristische Organisation auf europäischer Ebene geführt wird.

Der dritte Konferenzteil am Sonntagvormittag befasste sich mit juristischen und politischen Strategien, im Umgang mit der PKK weg von der Repressionsebene hin zu einem politischen Dialog zu kommen. Andrej Hunko, Bundestagsabgeordneter der Linkspartei, berichtete über politische Aktivitäten seiner Partei und wies besonders auf die für den 26. Februar angesetzte Bundestagsdebatte über eine Aufhebung des PKK-Verbots hin. Rechtsanwalt Jan Fermon bestritt, dass es überhaupt spezieller Antiterrorgesetze bedürfe, sondern dass das allgemeine Strafrecht und das Völkerrecht ausreichten, um terroristische Verbrechen zu ahnden. Er kritisierte auch die Praxis des Zustandekommens der EU-Terrorliste. Die Forderungen der einzelnen Staaten würden einfach aneinandergeheftet, ohne dass eine wirkliche Diskussion stattfände. Die Rechtsanwälte Sönke Hilbrans und Stephan Kuhn berichteten über die Strafverfahren gegen KurdInnen in Deutschland unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung nach § 129b StGB. Hauptargument der Verteidigung in diesen Prozessen war, dass die PKK keine terroristische Organisation sei, sondern Partei eines bewaffneten Konflikts, auf die die Zusatzprotokolle der Genfer Konvention anzuwenden seien. Diese Auffassung wurde aber mittlerweile auch in letzter gerichtlicher Instanz zurückgewiesen. Die Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung berücksichtigten die Gerichte lediglich im Strafmaß, sahen aber keine völkerrechtsgemäße Rechtfertigung für die Aufnahme eines bewaffneten Kampfs. Rechtsanwalt Dündar Gürses ging noch einmal auf das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die EU-Terrorliste ein und verwies auf ähnliche Klagen der palästinensischen Hamas und der tamilischen LTTE, die Druck auf das Gericht machten, sich intensiv mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auseinanderzusetzen. Er nannte es zudem einen Skandal, dass zwei Jahre nach den Morden an Sakine, Leyla und Fidan in Paris noch nichts zur Aufklärung des Verbrechens geschehen sei. Thomas Schmidt, Generalsekretär der Europäischen Vereinigung von Juristinnen und Juristen für Demokratie und Menschenrechte weltweit e.V., verlas zum Schluss der Konferenz die im Folgenden wiedergegebene Abschlussresolution, die von den TeilnehmerInnen im Anschluss verabschiedet wurde. Insgesamt wurde die Konferenz von den TeilnehmerInnen positiv aufgenommen und der Wunsch geäußert, sie in vergleichbarer Form fortzusetzen. ♦



Demonstration 2014: »Halim Dener: gefoltert. geflüchtet. verboten. erschossen.« im Gedenken an den kurdischen Jugendlichen am 21.06.14 in Hannover Foto: A_B





Hansaring 82, 50670 Köln, Tel.:+49(0)221/16793945
Fax: +49(0)221/16793948, Email: azadi@t-online.de

Hansaring 82, 50670 Köln, Tel.:+49(0)221/16793950,
Fax: 49(0)221/16793948, Email: info@mafdad.org

»Bonner Abschluss-Resolution«

III. Internationale Fachtagung:
Der so genannte Anti-Terror-Kampf am Beispiel der Kurdinnen und Kurden im Lichte internationalen Rechts

Nach intensiver Befassung der Teilnehmer*innen der Fachtagung mit

- dem Selbstbestimmungsrecht der Kurd*innen
- dem Konzept des Terrorismus und
- dem rechtlichen und politischen Lösungsweg

kommen diese zu folgendem Ergebnis:

Das kurdische Volk in den Staaten des Nahen-Ostens (Türkei, Syrien, Irak, Iran) hat das Recht auf Selbstbestimmung. Nach der Autonomen Region Kurdistan (Nordirak) hat nun mit der Einführung eines Demokratischen Autonomie-Modells in den drei Kantonen Rojavas (Nordsyrien) die dort lebende Bevölkerung diese erfolgreich zum Ausdruck gebracht. Besondere Anerkennung verdient das unter diesen Rahmenbedingungen verwirklichte friedliche Zusammenleben aller ethnisch, kulturell, religiös oder säkular geprägten Identitäten.

Die Teilnehmer*innen verurteilen die Gewaltakte des »Islamischen Staates (IS)« und anderer Gruppen gegen Kurdinnen und Kurden, Jesiden, Turkmenen, Assyrer, Schiiten und weitere Minderheiten in der Region aufs Schärfste, besonders die anhaltende massenhafte Versklavung, Vergewaltigung und Ermordung von Frauen. Das Schicksal unzähliger jesidischer Frauen ist bislang noch immer ungeklärt. Der Kampf der bewaffneten Kräfte von YPG/YGJ und PKK gegen Angriffe des »Islamischen Staates (IS)« und anderer Gruppen stützt sich auf das Recht auf Selbstverteidigung.

Alle am gegenwärtigen Bürgerkrieg direkt und indirekt beteiligte Seiten werden aufgerufen, das internationale humanitäre Völkerrecht zu respektieren und seine Anwendung zu gewährleisten. Die für den Feminizid und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit Verantwortlichen sind unter Anwendung des Internationalen Humanitären Völkerrechts zu verfolgen und zu verurteilen.

Es müssen die nötigen Maßnahmen getroffen werden, um die in der Region lebenden Menschen dauerhaft zu schützen. Jegliche Unterstützung des »IS« – wobei explizit die türkische Regierung, Saudi-Arabien und der Golfstaat Katar zu nennen sind – durch finanzielle und logistische Unterstützung und Militärhilfe ist zu unterlassen.

Der Wiederaufbau der vom »Islamischen Staat (IS)« zerstörten Regionen wie Kobanê, Şengal und andere bedarf dringend der Unterstützung durch die Europäische Union und die Vereinten Nationen. Zu dessen Unterstützung muss der ungehinderte Grenzverkehr durch die direkten Nachbarstaaten gewährleistet werden.

Zum weiteren Aufbau der Demokratie regen die Teilnehmer*innen einen Erfahrungsaustausch zur Unterstützung der Judikative in Rojava an. Hierzu wird eine internationale Delegation von Jurist*innen zusammengestellt.

Die Teilnehmer*innen kommen ferner zu dem Schluss, dass insbesondere aufgrund des bestehenden Waffenstillstands und der Friedensverhandlungen zwischen der PKK und der türkischen Regierung die Grundlagen für ein Verbot der PKK mehr denn je obsolet sind.

Folgende Schritte werden daher für besonders notwendig gehalten:

- Die konstruktive Fortsetzung der Friedensgespräche zwischen der türkischen Regierung und der PKK mit

dem Ziel der dauerhaften Friedenssicherung und der Legalisierung der PKK und der ihr nahe stehenden Organisationen.

- Die aktive Unterstützung des Friedensprozesses insbesondere durch die Regierungen der Länder, in denen die PKK oder ihre Betätigung verboten ist. Gleiches gilt auch für die Europäische Union.
- Die Gewährleistung von Sicherheit und Immunität für die Verhandlungspartner*innen beider Seiten der Friedensgespräche.
- Um seine Rolle als Verhandlungsführer der PKK ungehindert wahrnehmen zu können, sollte Herr Abdullah Öcalan aus der Haft entlassen werden.
- Die Ablehnung des dem türkischen Parlament vorliegenden Pakets neuer Sicherheitsgesetze zur Beschränkung des Demonstrationsrechts, der Einführung drakonischer Strafen und Ausweitung der Rechte der Exekutive im Namen der »Terrorismusbekämpfung«.
- Die Aufhebung der in verschiedenen Ländern und in der Europäischen Union noch geltenden Verbote der PKK, der ihr nahe stehenden Organisationen und Medien sowie die Verbote für deren Betätigung.
- Die Streichung der PKK und der ihr nahe stehenden Organisationen und Personen von den existierenden Terrorlisten einzelner Länder und der EU.
- Die allgemeine Abschaffung der Terrorlisten in verschiedenen Ländern und in der Europäischen Union.

»PKK von der Terrorliste der EU streichen – Betätigungsverbot aufheben – den Friedensprozess stärken – Rechtliche Neubewertung dringend notwendig«

Direkt auf der Seite der EJDM/ELDH:

http://www.eldh.eu/de/kampagnen/pkk-von-der-terrorliste-der-eu-streichen/

oder per Email an:

info@mafdad.org oder azadi@t-online.de

Bonn, 8. Februar 2015







Friedens- und sicherheitspolitische Abrüstungsforderungen an EU und Bundesrepublik angesichts der aktuellen Entwicklungen im Mittleren Osten

Auf dem Weg zu einer gerechten Lösung der »kurdischen Frage«

Rolf Gössner, Bonn 2/2015

Wie verhält sich die Bundesrepublik angesichts der gefährlichen Entwicklung im Mittleren Osten, insbesondere in Syrien und im Irak? Ziemlich fragwürdig: Da gibt es in erster Linie völker- und verfassungsrechtlich hoch problematische kriegerische Antworten, wie Waffenlieferungen und militärische Ausbildungshilfen. Dabei geht die militärische Unterstützung explizit an die Peschmerga der kurdischen Autonomieregierung im Nordirak, während der verzweifelte Widerstand der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten in Kobanê unberücksichtigt bleibt und keine Unterstützung erfährt. Warum? Weil diese Verteidigungskräfte der Kurdischen Arbeiterpartei PKK nahestehen. Hier wird also – anders als die USA es machen – fein säuberlich unterschieden zwischen guten Kurden als Partner im Antiterrorkampf und bösen Kurden. Letztere dürfen selbst im Kampf gegen den grausamen »Islamischen Staat« (IS), dessen Verbrechen nun auch Europa erreicht haben, keinesfalls unterstützt, nein: sie müssen weiter bekämpft werden.

I. Politisches Umdenken und Umsteuern in Sicht?

Diese antiquierte Grundeinstellung der Bundesregierung – aber auch der EU – ist mehr als erstaunlich angesichts der dramatischen Entwicklung im Mittleren Osten, der unfassbar brutalen Verbrechen des IS (der erst durch militärische Interventionen des Westens entstehen konnte), angesichts des dadurch ausgelösten Flüchtlingselends und angesichts des allseits geachteten Widerstands der Kurdinnen und Kurden in Nordsyrien. Da ist keinerlei Selbstkritik im Spiel, keine Einsicht in eigene Fehlentscheidungen und Mitverantwortung – und demnach auch keine Einsicht in die daraus folgende Notwendigkeit, die eigene Politik endlich zu korrigieren.

Um welche Entwicklungen und Veränderungen geht es im Einzelnen, die ein Umdenken und Umsteuern erfordern? Ich möchte sie in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Es geht um die Rolle der Kurden als eines stabilisierenden, demokratischen Machtfaktors im Mittleren Osten und im Abwehrkampf gegen den IS-Terror; es ist ein Kampf um Freiheit, Menschenrechte und Demokratie, aber auch um antipatriarchale Emanzipation.

2. geht es um die Tatsache, dass Kurden in den syrischen Kantonen Rojavas in den letzten Jahren ein demokratisches Autonomie-Modell geschaffen haben, in dem verschiedene Ethnien und Religionen friedlich und gleichberechtigt zusammenleben – ein Selbstverwaltungsprojekt mit Vorbildcharakter für die ganze Region und weit darüber hinaus –, das jedoch sowohl der Türkei als auch IS-Dschihadisten absolut zuwider ist.

3. geht es um die Tatsache, dass die PKK als frühere Konfliktpartei in einem bewaffneten Kampf mit dem türkischen Staat eine friedliche, föderativ-demokratische Lösung innerhalb der Türkei anstrebt, also keine separatistischen Ziele mehr verfolgt;

4. dass die türkische AKP-Regierung seit 2009 Gespräche mit der verbotenen PKK, seit 2012 auch mit ihrem Vorsitzenden Abdullah Öcalan, über eine Lösung der kurdischen Frage führt.

5. geht es darum, dass die PKK in der Türkei, in Europa, in Deutschland ihre autoritär-zentralistischen Strukturen und ihre gewaltorientierte Politik hinter sich gelassen hat und mit friedlichen Mitteln um eine demokratische und gerechte Lösung der kurdischen Frage kämpft.

Angesichts dieser Entwicklungen und Fortschritte ist ein grundsätzliches politisches Umdenken und vor allem ein Umsteuern hinsichtlich der rechtlichen Bewertung und politischen Behandlung der Kurdischen Arbeiterpartei PKK unumgänglich. Zwar ist in der Öffentlichkeit in letzter Zeit ein gewisses Umdenken zu registrieren, doch weder bei der Bundesregie-

rung noch in der EU scheint dies angekommen zu sein. Damit wird die Chance vertan, von Europa aus zum einen die akut gefährdeten türkisch-kurdischen Verhandlungen unvoreingenommen und aktiv zu unterstützen; und zum anderen, der gefährlichen Politik der türkischen AKP-Regierung entgegenzutreten, mit der sie spezielle geostrategische Interessen im Mittleren Osten verfolgt – eine Politik, die viel zu lange den IS gewähren ließ, ihn geradezu beförderte und viel zu lange jede Hilfe für die in Kobanê eingeschlossenen und bedrohten Kurden verweigerte. Es hatte den Anschein, als wollten Präsident Erdoğan und die türkische Regierung das PKK-nahe »Selbstverwaltungsmodell Rojava« als Vorbild für kurdische Autonomie stellvertretend durch den IS zerstören lassen. Die Neigung in der Türkei, die kurdische Frage nicht als menschenrechtspolitisches, sondern als Terrorismusproblem zu sehen, nimmt wieder überhand. Erdoğan sprach gar davon, dass im nordsyrischen Kobanê »Terroristen gegen Terroristen« kämpften: also PKK-nahe Kurden gegen die Gotteskrieger des IS.

Mit dieser Terror-Gleichsetzung wird das Verhandlungsklima systematisch vergiftet. Dabei führt kein Weg daran vorbei, dass gerade auch kurdische Organisationen und Parteien dauerhaft in den Lösungsprozess eingebunden werden müssen, soll eine ernsthafte demokratische Lösung gefunden werden. Und dazu gehört auch, die noch verbotene PKK ganz offiziell in ein Friedenskonzept einzubeziehen. Denn ohne sie, die in der kurdischen Bevölkerung nach wie vor stark verankert ist, wird es keinen Frieden geben. Und ohne friedliche Lösung der kurdischen Frage keinen EU-Beitritt der Türkei.

Der Bundesrepublik kommt in diesem so brüchigen Prozess eine besondere Verantwortung zu. Zum einen als Wiedergutmachung nach der Militär- und Waffenhilfe an den NATO-Staat Türkei, die schließlich auch gegen den kurdischen Widerstand eingesetzt wurde. Zum anderen ist Deutschland gerade wegen des hohen Anteils sowohl türkischer als auch kurdischer Migranten gefordert, zur Aussöhnung und Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts politische Initiativen zu ergreifen und den offen-kritischen Dialog mit der kurdischen Seite auch hierzulande zu fördern, statt wie bisher zu kriminalisieren und zu blockieren. In diesem Zusammenhang spielen PKK-Betätigungsverbot, »Terroristenprozesse« und EU-Terrorliste eine ganz zentrale und unheilvolle Rolle.

II. Bundesrepublik

(1) Forderung: Aufhebung des PKK-Verbots

Das 1993 erlassene vereinsrechtliche Betätigungsverbot für die PKK und für andere kurdische (Nachfolge- und Umfeld-) Organisationen hat in den 22 Jahren seines Bestehens viel Unheil gestiftet. Es besteht bis heute fort, ohne zeitliche Limitierung, trotz des Wandels, den die PKK und ihre Folgeorganisationen vollzogen haben. Dieses Verbot hat zur Diskriminierung und Kriminalisierung Zigtausender politisch aktiver Kurdinnen und Kurden geführt, die vielfach zu Gewalttätern und gefährlichen »Terroristen« gestempelt und damit zu innenpolitischen Feinden erklärt wurden.

Die Kriminalisierung eines großen Teils der hier lebenden kurdischen Bevölkerung hatte zeitweise eine dramatische Dimension erreicht: Für Kurden, die aus der Türkei vor Verfolgung und Folter geflohen waren, war es besonders in den 1990er Jahren fast unmöglich, von ihren elementaren Menschenrechten ohne Angst Gebrauch zu machen. Durch das Betätigungsverbot werden die Grundrechte der Organisations- und Versammlungsfreiheit, der Meinungs- und Pressefreiheit massiv eingeschränkt. Demonstrationsverbote und Razzien, Durchsuchungen von Privatwohnungen, Vereinen, Druckereien und Redaktionen, Beschlagnahmen und Inhaftierungen waren und sind immer wieder an der Tagesordnung genauso wie geheimdienstliche Ausforschungs- und Infiltrationsaktivitäten von Staats- und Verfassungsschutz.

Auf Grundlage des PKK-Verbots werden auch Einbürgerungen abgelehnt, Staatsbürgerschaften wieder aberkannt, Aufenthaltserlaubnisse nicht verlängert, Asylanerkennungen widerrufen oder Ausweisungen verfügt – etwa mit der merkwürdigen Begründung, die Betroffenen trügen mit der Teilnahme an kurdischen Demonstrationen und Veranstaltungen »zu einer Stärkung des latenten Gefahrenpotentials der PKK bei«.

(2) Einstellung der Terrorismusverfahren nach §§ 129a, 129b StGB

Unzählige Ermittlungsverfahren gegen Tausende politisch aktive Kurdinnen und Kurden im mutmaßlichen Umfeld der PKK wurden eingeleitet und werden immer noch geführt; früher nach dem Terrorismusparagraphen 129a StGB, seit 1998 nach § 129 StGB (kriminelle Vereinigung) und seit einem Urteil des Bundesgerichtshofs vom Oktober 2010 auch nach dem 2002 eingeführten § 129b StGB (terroristische Vereinigung im Ausland).

Zahlreiche Kurdinnen und Kurden sind nicht etwa wegen gewalttätiger Aktionen verurteilt worden, sondern wegen bloßer Mitgliedschaft, Unterstützung oder Werbung für eine »terroristische Vereinigung« und damit auch wegen friedlicher Proteste, rein verbaler Äußerungen, also gewaltfreier politischer Betätigung.

Mit dem § 129b StGB wurde die Strafbarkeit der Mitgliedschaft in oder der Unterstützung einer »Terroristischen Verei-

nigung« (§ 129a) auf Gruppen im Ausland ausgedehnt – und zwar weltweit. Seitdem können kurdische Aktivisten als mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer für die politische und militärische Betätigung der PKK in der Türkei mitverantwortlich gemacht und strafrechtlich verfolgt werden – selbst wenn sie sich hierzulande vollkommen gewaltfrei und legal verhalten. Falls es sich um Gruppen außerhalb der EU handelt – wie im Fall der PKK in der Türkei –, dann ist eine Strafverfolgung von der Ermächtigung des Bundesjustizministeriums abhängig – ein Novum in der deutschen Rechtsgeschichte, mit dem das politische Strafrecht auf die Spitze getrieben und das Ministerium zum Richter über politische Bewegungen gemacht wird.

Deutschen Botschaften, Geheimdiensten und der Staatsanwaltschaft des Bundes fiel damit die schwierige Aufgabe zu, die zahlreichen verdächtigen Vereinigungen in aller Welt einzuschätzen: Handelt es sich um eine terroristische Vereinigung oder um legitime Formen des Widerstands gegen Diktaturen oder um eine Befreiungsbewegung? Ein schwieriges Unterfangen, schließlich ist der Terrorist des einen der Freiheitskämpfer des anderen und umgekehrt – was sich erfahrungsgemäß rasch ändern kann. Jedenfalls hängt so die Strafverfolgung ganz erheblich von außenpolitischen, militärischen und ökonomischen Opportunitätsaspekten und geopolitischen Interessen ab.

Wie kritisch man immer zur PKK, ihren Folgeorganisationen und vor allem ihren früheren Gewalttaten steht: Mit solchen Verboten und politisch motivierten Strafverfahren werden jedenfalls keine Probleme gelöst, sondern weitere produziert. Längst ist das europaweit einmalige Betätigungsverbot zum kontraproduktiven Anachronismus geworden und muss schon deshalb schleunigst aufgehoben werden – ebenso die politische Ermächtigung zur Strafverfolgung nach § 129b StGB.

III. Europäische Union: Streichung (von) der Terrorliste

Noch ein Hindernis, das den Weg zu einer Lösung der kurdischen Frage versperrt: die EU-Terrorliste. Auf dieser sind Einzelpersonen und Organisationen aufgeführt, die als »terroristisch« gelten. Seit 2002 finden sich darauf u. a. die PKK und ihre Nachfolgeorganisationen KADEK und Kongra-Gel – obwohl diese Organisationen seit Jahren keine Gewalttaten in Europa verüben.

Die EU gab ursprünglich mit der Aufnahme der PKK in die Terrorliste dem Drängen des EU-Beitrittskandidaten und NATO-Partners Türkei nach, der sich selbst nach wie vor gravierender Menschenrechtsverletzungen schuldig macht. Durch diese Listung fühlte sich der türkische Staat lange Zeit legitimiert, im eigenen Land mit Unterdrückung und militärischen Operationen gegen Kurden und ihre Organisationen vorzugehen und die zivile Lösung der Kurdenfrage zu torpedieren. So gesehen ließ sich die EU für diese militärische Art türkischer Kurdenpolitik instrumentalisieren, mit der Folge, dass Abertausende von Kurden in Europa zu »Terrorhelfern« wurden.

Die EU gab ursprünglich mit der Aufnahme der PKK in die Terrorliste dem Drängen des EU-Beitrittskandidaten und NATO-Partners Türkei nach, der sich selbst nach wie vor gravierender Menschenrechtsverletzungen schuldig macht. Durch diese Listung fühlte sich der türkische Staat lange Zeit legitimiert, im eigenen Land mit Unterdrückung und militärischen Operationen gegen Kurden und ihre Organisationen vorzugehen und die zivile Lösung der Kurdenfrage zu torpedieren.

Die Aufnahme in die Terrorliste hat für die betroffenen Gruppen und Personen existentielle Folgen: Sie sind quasi vogelfrei, werden politisch geächtet, wirtschaftlich ruiniert und sozial isoliert – oder wie der EU-Sonderermittler Dick Marty sagte: »Wer einmal draufsteht, hat kaum mehr eine Chance auf ein normales Leben« – das sei »zivile Todesstrafe«, oder anders ausgedrückt: Existenzvernichtung per Willkürakt.

Die Vermögen der Betroffenen können eingefroren, alle Konten und Kreditkarten gesperrt, Barmittel beschlagnahmt, Arbeits- und Geschäftsverträge faktisch aufgehoben werden. Hinzu kommt die Möglichkeit des Passentzugs, der Ausreisesperre sowie von Überwachungs- und Fahndungsmaßnahmen. Alle EU-Staaten, Banken, Geschäftspartner und Arbeitgeber, letztlich alle EU-Bürger sind nach dem Außenwirtschaftsgesetz rechtlich verpflichtet, die drastischen Sanktionen gegen die Betroffenen durchzusetzen, ansonsten machen sie sich womöglich strafbar. Mit Verweis auf die Terrorliste werden Wohnungsdurchsuchungen, Beschlagnahmung oder Festnahmen begründet. Zu den Fernwirkungen zählen Kündigungen und Entlassungen, die Verweigerung von Einbürgerungen und Asylanerkennungen sowie der Widerruf des Asylstatus.

Die Terrorliste wird von einem geheim tagenden Gremium des EU-Ministerrats erstellt. Die Entscheidungen erfolgen im

Konsens, wobei die für eine Listung vorgebrachten Verdachtsmomente zumeist auf schwer überprüfbaren Geheimdienstinformationen einzelner Mitgliedstaaten beruhen, zum Teil auf erfolterten Hinweisen. Eine unabhängige Beurteilung der Fälle aufgrund gesicherter Beweise findet nicht statt. Diese Prozedur ist weder demokratisch legitimiert noch unterliegt sie demokratischer Kontrolle. Die EU greift mit ihrer Terrorliste im »Kampf gegen den Terror« gewissermaßen selbst zu einem Terrorinstrument aus dem Arsenal des so genannten Feindstrafrechts – eines menschenrechtswidrigen Sonderrechts gegen angebliche »Staatsfeinde«, die praktisch rechtlos gestellt und gesellschaftlich geächtet werden. Ihre drakonische Bestrafung erfolgt vorsorglich und wird im rechtsfreien Raum exekutiert – ohne Gesetz, ohne fairen Prozess, ohne Beweise und ohne Urteil.

Trotz der systematischen Entrechtung der Gelisteten sind Klagen von Betroffenen beim Gericht der EU eingegangen, das inzwischen für Rechtsschutz sorgte. So gibt es Urteile, die die Aufnahme von Personen und Organisationen auf die Terrorliste und das Einfrieren ihrer Gelder für rechtswidrig und nichtig erklären. Ihr Anspruch auf Begründung der Maßnahme, auf rechtliches Gehör und effektive Verteidigung, so die Richter, sei grob missachtet worden. Daraufhin musste das Listungsverfahren geändert werden.

Mittlerweile ist die Aufnahme der exil-iranischen Volksmodjahedin, der kurdischen PKK/KADEK (2008) und der niederländischen Stiftung Al-Aqsa in die EU-Terrorliste ebenso für rechtswidrig und nichtig erklärt worden wie die des philippinischen Professors Jose Maria Sison und der Hamas. Zwar sind die Betroffenen inzwischen pro forma benachrichtigt und angehört worden, doch konkrete Abhilfe geschaffen wurde – mit wenigen Ausnahmen – nicht: Weder wurden sie aus der Liste gestrichen noch die eingefrorenen Mittel wieder frei gegeben, die Sanktionen aufgehoben oder Entschädigung gezahlt. Offizielle Begründung: Inzwischen seien die gerügten Verfahrensfehler behoben und Begründungen nachgeliefert worden. Das heißt: Die Geheimgremien des EU-Ministerrats sind in ihrem nach wie vor undemokratischen und willkürlichen Listungsverfahren stur bei ihren ursprünglichen Beurteilungen geblieben. Die meisten Verfemten blieben also verfemt – mit allen freiheitsberaubenden Konsequenzen, unter Verstoß gegen die Unschuldsvermutung und die Europäische Menschenrechtskonvention.

IV. Fazit

Im kurdisch-türkischen Konflikt beschreiten die EU mit ihrer Terrorliste und die Bundesrepublik mit ihrem PKK-Verbot und der daraus resultierenden Kriminalisierung nach wie vor den Weg der Repression und Ausgrenzung, obwohl sich die PKK sowie die politische Situation in Europa, der Türkei und im Mittleren Osten grundlegend geändert haben. Die immer noch vorherrschende Kriminalisierungspolitik gegenüber Kurdinnen und Kurden und ihren Organisationen ist damit vollends zum gefährlichen Anachronismus geworden, der den Weg zu einer friedlichen Lösung der türkisch-kurdischen Frage torpediert.

Deshalb fordern unter anderem die Internationale Liga für Menschenrechte zusammen mit zahlreichen bundesdeutschen und internationalen Nichtregierungsorganisationen und der Linksfraktion im Bundestag von Bundesregierung und EU mit Nachdruck, diese Terror-Stigmatisierung, Feindbildproduktion, Kriminalisierung und Ausgrenzung von Kurdinnen und Kurden, ihren Organisationen und Medien in Europa und Deutschland endlich zu beenden und die wegen gewaltfreier politischer Betätigung verfolgten und verurteilten Personen zu amnestieren.

Denn: Die kurdische Frage, überhaupt die Minderheitenfrage, ist kein Terrorproblem, sondern ein Türkeiproblem. Sie bleibt die Schlüsselfrage, deren Lösung Voraussetzung ist für eine Verbesserung der Menschenrechtslage und für eine Demokratisierung in der Türkei und damit auch für einen immer noch denkbaren EU-Beitritt des Landes. ♦

Dieser Beitrag ist die leicht gekürzte/überarbeitete Version eines Vortrags, den der Referent im Februar 2015 während der Fachtagung »Der so genannte Anti-Terror-Kampf am Beispiel der Kurdinnen und Kurden im Lichte des internationalen Rechts« in Bonn gehalten hat.

Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt/Publizist, Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte. Mitherausgeber des »Grundrechte-Report. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland«. Autor zahlreicher Bücher und Texte zu den Themenbereichen staatliche Sicherheits- und Antiterrorpolitik, Demokratie und Bürgerrechte. Internet: www.rolf-goessner.de

Was haben nun Theorie und Praxis der kurdischen Bewegung mit Anarchismus zu tun?

Der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft ...

Fragen des anarchistischen Podcast Frequenz A an Lea Basl

Was entsteht denn nun in Rojava und wo sind die anarchistischen Elemente?

Zunächst einmal stellt sich die Frage, was eigentlich anarchistisch ist. Ich denke nicht, dass es darüber eine klare Vorstellung gibt. Meine Verbindung entsteht darüber, dass ich die stärkste Systemanalyse in anarchistischen Ansätzen finde. Ebenso ist es beim Verständnis, was eigentlich Revolution sein kann.

Was haben nun die Theorie und Praxis der kurdischen Bewegung mit Anarchismus zu tun? Das geht einher mit der Überwindung des Staatsparadigmas. Das bedeutet, von der Idee abzuweichen, dass in der Schaffung eines eigenen, sozialistischen Staates die Befreiung aus kolonialer, rassistischer und sonstiger Unterdrückung liegt. Das ist eine Erkenntnis, die nicht einfach so vom Himmel fiel, sondern durch viele Opfer, Erfahrungen und Reflexionen entwickelt wurde. Darin stecken die ganze schmerzhafte Geschichte und Desillusionierung, die antikoloniale und sozialistische Bewegungen, nationale Befreiungsbewegungen und andere in den achtziger und neunziger Jahren durchlebt haben. Auch die kurdische Bewegung durchlebte diesen Bruch. Das Ende des Realsozialismus begründete die Suche nach neuer revolutionärer Praxis. Die neunziger Jahre waren geprägt von strategischen Veränderungen: Statt der militärischen Lösung durch langandauernden Volkskrieg stand nun die Suche nach einer politischen Lösung im Mittelpunkt. Die kolonialen Staaten antworteten mit einem grausamen Vernichtungskrieg.

Mit der Verschleppung Abdullah Öcalans 1999 bekam dieser Bruch eine neue Dynamik. Öcalan forderte in seiner Verteidigung kein unabhängiges Kurdistan, wie viele es vermutet hätten. Das war ein Schlag vor den Kopf für den kurdischen Nationalismus. Er bestand auf eine politische Lösung und forderte zum Rückzug der Guerillakräfte auf. Die Partei wurde im weiteren Verlauf aufgelöst und die Kräfte durchliefen eine intensive Bildungsphase. Die verschiedenen Geistesströmungen innerhalb der Bewegung kristallisierten sich heraus und es fand eine intensive Auseinandersetzung mit der eigenen Praxis statt. In dieser Phase war der Wille der Frauenbewegung von besonderer Bedeutung, der sich in den neunziger Jahren kontinuierlich gestärkt hatte.

Die Gefängnisschriften Abdullah Öcalans skizzierten ein neues Konzept gesellschaftlicher Befreiung und inspirierten die Neuorganisierung der Bewegung. Die Bewegung ist dabei nicht von ihrem Ziel abgewichen, dem Aufbau einer freien Gesellschaft. Die bisherigen Methoden stellten sich jedoch als nicht zielgerecht heraus. Diese Analyse ist auf nationale Befreiungsbewegungen anwendbar, ebenso wie auf Staatssozialismus und Sozialdemokratie. Diese sozialistischen Praktiken binden Befreiung an den Staat. Für die Selbstorganisierung der Gesellschaft jenseits von Staatlichkeit verwendet Abdullah Öcalan den Begriff Demokratie. Je mehr Staat, desto weniger Demokratie. Je mehr Demokratie, desto weniger Staat. Revolution ist der Prozess, in dem sich die Gesellschaft von der Staatlichkeit löst und wieder selbst organisiert.

Mit der Neugründung der PKK 2003 und Ausrufung des Demokratischen Konföderalismus 2005 hat sich die Bewegung entsprechend dieser Herangehensweise neu formiert. Im Mittelpunkt der revolutionären Praxis steht nun die demokratisch-konföderale Selbstorganisierung der Gesellschaft. In Kurdistan ist das organisatorisch gesehen die KCK, Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans.

Ein wichtiger Aspekt dabei ist die Selbstverteidigung. Die Bewegung spricht hier von der »Theorie der Rose«. Um ihre Schönheit zu entfalten und auch zu erhalten, hat sie ihre Dornen. So versteht auch die Demokratische Autonomie ihre Selbstverteidigung. Diese kann sowohl militärischer Art sein wie auch ideologischer, kultureller, ökologischer etc.

Wo liegen jetzt die anarchistischen Grundlagen? Die weitreichende Staatsanalyse und das Verständnis von freier Gesellschaft decken sich zu großen Teilen mit anarchistischen Ideen. Nicht zuletzt hat die Lektüre anarchistischer AutorInnen des Kommunalismus, insbesondere des US-amerikanischen Öko-

Anarchisten Murray Bookchin, zu diesen Analysen und Selbstreflexionen beigetragen.

Die Praxis in Rojava entspringt aus dieser Ideologie. Die PKK ist seit den Achtzigern in Syrien präsent und hat die Gesellschaft dort geprägt und organisiert. Die KurdInnen in Syrien haben viel zur Stärke der Bewegung beigetragen und sich an den Kämpfen beteiligt. Auch sie erlebten den Wandel und seit 2005 wird dort intensive Organisierungsarbeit geleistet. Mit Beginn des Aufstands in Syrien konnte die Gesellschaft Westkurdistans mit einer eigenen Strategie mit dem entstehenden Machtvakuum umgehen. Jenseits der Regime- und der Oppositionskräfte entschieden sie sich für einen Dritten Weg: Aufbau einer demokratischen Gesellschaft sowie deren legitimer Selbstverteidigung, die sogenannte Demokratische Autonomie.

Der Anarchismus, der so radikal in seinen Analysen ist und in seinem Verständnis von Revolution, hat die dementsprechende Praxis bisher nicht entwickelt.

Die kurdische Bewegung in der BRD nehmen wir nicht unbedingt als anarchistisch wahr, doch derzeit häufen sich Berichte aus Rojava, die in der dort mitten im Krieg entstehenden Gesellschaft anarchistische Grundlagen beobachten. Wie geht das zusammen?

Wenn wir uns nun die kurdische Bewegung in Deutschland oder Europa allgemein anschauen, stehen wir an einem ganz anderen Punkt. Das spiegelt einerseits die gesellschaftliche Realität vor Ort wieder, andererseits ist es auch Ausdruck einer enormen Repression gegen jegliche Organisierungsarbeit. Das Leben im Exil ist mit einem gewaltigen Assimilierungsdruck verbunden. Kapitalismus und Liberalismus sind wie Opium für einen radikalen Charakter. Es hat dem Kontext hier entsprechend bisher nur ungenügende Theoriebildung gegeben, die die Grundlage einer revolutionären Organisierung bilden kann. Eine Bewegung muss Methoden entwickeln, die unter den vorliegenden Gegebenheiten und Umständen wirkungsvoll sind. Das ist hier nicht mit der Praxis in Kurdistan zu vergleichen. Insbesondere bei der Frauenorganisierung in Europa bewegen wir uns in einem Kontext, wo ein wirkungsstarker Mythos von Freiheit der Frau besteht. Entlang dieser patriarchalen Umdrehung hat sich bisher noch keine revolutionäre feministische Bewegung wieder formiert. Das beziehe ich auf jegliche feministische Bewegung in Europa, nicht nur die kurdische Frauenbewegung.

Ebenda greift auch die solidarische Kritik der kurdischen Bewegung an den anarchistischen Kräften, die als strategische Partnerinnen im Aufbau einer demokratischen Moderne gesehen werden. Der Anarchismus, der so radikal in seinen Analysen ist und in seinem Verständnis von Revolution, hat die dementsprechende Praxis bisher nicht entwickelt. Was bedeutet das, anarchistische Praxis? Entschlossen und konsequent auf eine befreite Gesellschaft hinzuarbeiten. Die Methoden zu entwickeln, die Flexibilität zu beweisen und vor allem den Mut und die Opferbereitschaft, tatsächlich Revolution zu machen. Rojava ist ein Ort, an dem das angepackt und entwickelt wird. Es ist ein Ort, an dem tatsächlich anarchistische Ideen in der Praxis bewiesen werden. In Europa beispielsweise treiben Individualismus, Liberalismus und Staatsverbundenheit die Kräfte auseinander, die solche Prozesse potentiell anführen. Einen solchen Prozess hier zu ermöglichen, müssen die ideologischen und organisatorischen Werkzeuge entsprechend den Umständen hier entwickelt werden.

Dabei ist der Kontext zu beachten, dass Öffentlichkeit, Literatur und Organisierungsarbeit der Bewegung speziell in Deutschland seit den Neunzigern enorm kriminalisiert werden. Antiterrorliste und PKK-Verbot bieten dem Staat alle Werkzeuge der Repression. Insbesondere Bildungsarbeit der Bewegung wurde systematisch bekämpft. Familien leiden unter willkürlicher Kriminalisierung aufgrund ihrer kurdischen Identität, zusätzlich zum enormen Assimilationsdruck des Kapitalismus. Der Staat hat es also geschafft, die kurdische Gesellschaft von Selbstorganisierung abzuschrecken. Überall, wo Organisierungsarbeit an Dynamik zunimmt, schlägt die Repression zu. Vorladungen, Hausdurchsuchungen, Diskriminierung bei den Aufenthaltsbehörden und flächendeckende Überwachung stehen auf der Tagesordnung. Die Bewegung in Europa ist insbesondere in diesem Kontext zu verstehen.

Besonders der Bezug auf Öcalan wird in der deutschen Linken in der Regel mit Kopfschütteln wahrgenommen. Nun gibt es Texte, die das zu erklären versuchen, den Führerkult relativieren und darstellen, warum dieses Verständnisproblem auch an der Sozialisation liegen kann. Wir haben es trotzdem nicht kapiert – kannst du uns zum Abschluss noch einmal erläutern, wieso die kurdische Bewegung diese Leitfigur braucht? Oder ist dies vor allem in den Exilgemeinden präsent und in Kurdistan schon längst Geschichte?

Um dieses Phänomen zu verstehen, ist es notwendig, die Figur Abdullah Öcalan mit Inhalt zu füllen. Was ist seine Bedeutung für die kurdische Gesellschaft? Es ist notwendig zu ver-

stehen, dass er revolutionäre Ideen entwickelt und mit vollem Einsatz an der Umsetzung dieser Ideen gearbeitet hat und arbeitet. Im Kontext des revolutionären Aufbruchs der sechziger, siebziger Jahre war das die Analyse, dass in Kurdistan koloniale Unterdrückung herrscht und ein kurdischer Befreiungskampf notwendiger Bestandteil sozialistischer Bestrebungen in der Türkei sein muss. Damit polarisierten er und die Kurdistan-RevolutionärInnen enorm, denn die sozialistischen Kräfte dieser Zeit taten den Kampf um kurdische Identität und Selbstbestimmung als Nebenwiderspruch ab. Trotz aller Repression hat die Gruppe der »Kurdistan-RevolutionärInnen« an ihrer Überzeugung festgehalten und einen enormen antikolonialen Befreiungskampf geschaffen. Die Bewegung ist der Grund dafür, dass die Vielfalt der Sprachen, Kulturen, Identitäten und Lebensformen Kurdistans heute lebendiger ist denn je. Jahrzehntelang haben eine Verleugnungs- und Assimilationspolitik sowie Vernichtungskriege zur aggressiven Homogenisierung der Gesellschaft nach der türkisch-nationalistischen Idee von »einer Nation, einer Flagge, einer Religion, einer Sprache« geführt.

Die zentralistische Organisierungsform des Marxismus-Leninismus zu überwinden, hin zu einer Graswurzelorganisierung, einer demokratisch-konföderalen Selbstorganisierung der Gesellschaft – das ist ein langfristiger Prozess, eine ständige ideologische Auseinandersetzung. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Neustrukturierung der Bewegung.

Abdullah Öcalan und die ständig wachsende Gruppe von »Kurdistan-RevolutionärInnen« haben Zehntausende persönlich überzeugt und überall den Glauben an Befreiung von kolonialer Unterdrückung gepflanzt. Mit dem Erfolg der Bewegung stehen sein Bild und sein Name für den Glauben an Befreiung und Revolution.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Abdullah Öcalan ein politischer Gefangener ist. Seine Symbolkraft ist auch in diesem Kontext zu verstehen. Für die Gesellschaft stehen er und all die AktivistInnen, die beim Aufbau der Bewegung ihr Leben gelassen haben, für die Entschlossenheit, eine freie Gesellschaft zu verwirklichen. Dass er 1999 in einem internationalen Komplott verschleppt und an die Türkei ausgeliefert wurde, dass er medienwirksam gedemütigt und vorgeführt wurde, dass er hingerichtet werden sollte, dass er seit sechzehn Jahren auf einer Gefängnisinsel festgehalten und gefoltert wird, all das sind äußerst gewichtige Faktoren, die das Bestehen auf dieser Symbolik erklären.

Natürlich ist auch der Kontext der Betrachterin oder des Betrachters entscheidend. In jedem Kontext gibt es unterschiedliche Assoziationen mit »Führung«. Im Kontext antikolonialer Befreiung ist das anders als zum Beispiel im Kontext eines faschistischen Nationalismus. In ersterem Falle gab es immer Personen, deren Lebensweg für die Überwindung rassistischer Denkstrukturen und ein neues Selbstbewusstsein »der Verdammten dieser Erde« stand. Wer beispielsweise durch Kurdistan reist, wird überall Bildern Abdullah Öcalans begegnen, ebenso wie von Symbolfiguren der vielen kurdischen Aufstände. Außerdem Bildern vieler, die im Gefängniswiderstand der Achtziger ums Leben kamen, oder Heval Agits, der die erste bewaffnete Aktion leitete, anderer Guerilla-KämpferInnen und vieler Frauen, die bedeutend für den Aufbau der Frauenbewegung waren.

Die zentralistische Organisierungsform des Marxismus-Leninismus zu überwinden, hin zu einer Graswurzelorganisierung, einer demokratisch-konföderalen Selbstorganisierung der Gesellschaft – das ist ein langfristiger Prozess, eine ständige ideologische Auseinandersetzung. In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Neustrukturierung der Bewegung. Abdullah Öcalan kritisiert sowohl die Mystifizierung seiner Person als auch das Abwälzen und somit Zentralisieren von Entscheidungen und Verantwortung auf ihn. Für Individuum und Gesellschaft, die vom vorherrschenden Staatsparadigma geprägt sind, bedeutet der revolutionäre Prozess zunächst einmal zu lernen, sich wieder selbst zu organisieren und ebendiese Verantwortung und Initiative keinen Dritten zu überlassen.

Dabei ist nicht zu vergessen, dass in der Geschichte stets auch Persönlichkeiten revolutionäre Ideen entwickelt und formuliert haben. Ihre Schriften sind und waren von enormem Einfluss und verändern das Bewusstsein ganzer Gesellschaften. Teilweise sind sie zu ihrer Lebenszeit zu Symbolfiguren der gesellschaftlichen Emanzipation geworden, teilweise erst nach ihrem Tod. Die Schriften Abdullah Öcalans sind von solcher Tragkraft für revolutionäre Theorie und Praxis, sie beinhalten wertvolle Kritiken und Beiträge für die sozialistische Praxis. Sie bilden eine einzigartige Synthese sozialistischer, anarchistischer und feministischer Ideen und Erfahrungen, auch eine tiefgehende Kritik von deren Eurozentrismus. Diese bilden einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Demokratiebewegung. Im Mittleren Osten ist der Aufbruch spürbar, getragen durch diesen neuen, »demokratischen Sozialismus«. ♦

Frequenz A, Anarchistischer Podcast: http://frequenza.noblogs.org/

Die kapitalistische Moderne herausfordern II

Programm für die Konferenz
3.-5. April 2015, Hamburg

Kapitalistische Moderne sezieren – Demokratischen Konföderalismus aufbauen

3. April 2015, Freitag, Beginn 12:00 Uhr

Eröffnungsrede und Grußadressen

Session I – Kapitalistische Moderne sezieren

1. Die Rekolonisierung des Geistes – Wissenschaftshörigkeit
2. Kapitalismus ist nicht Ökonomie, sondern Macht
3. Gott auf Erden: der Nationalstaat (Nationalismus, Sexismus und Gewaltmonopol)
4. Radikale Kritik des Industrialismus
5. Religion, Religionismus und Säkularismus – Vergangenheit und Gegenwart
6. Kulturelle Hegemonie. Gramsci und Öcalan

Session II – Kapitalistische Moderne gegen Demokratische Moderne

1. Demokratische Moderne: Demokratischer Konföderalismus, Demokratische Autonomie und politisch-moralische Gesellschaft
2. Demokratische Moderne: Nationalstaat oder demokratische Nation?
3. Demokratische Moderne: Freiheit, Politik, Moral, Gesetz und Governance
4. Macht und Wahrheit. Das Verständnis von Macht bei Öcalan und Foucault
5. Sozialökologie, libertäre Stadtverwaltung und darüber hinaus: Öcalan und Bookchin

4. April 2015, Samstag

Session III – Industrialismus oder ökologische Industrie und kommunale Wirtschaft?

1. Kommunale Wirtschaft: Argumente für Gemeingüter
2. Kooperativen im Baskenland
3. Markt gegen Kapitalismus
4. Menschliche Ökonomien
5. Nach Marx: Braudel, Wallerstein und Öcalan zu Wirtschaft und Kapitalismus

Session IV – Die Stolpersteine revolutionärer Theorie überwinden

1. Konsum und Gewohnheiten
2. Das Konzept der Selbstverteidigung
3. Die zentrale Rolle der Befreiung der Frau in einem alternativen Modell
4. Ästhetik, Kultur, Kunst und Schönheit
5. Jenseits von Staat und Familie
6. Feminismus und die Kurden

Abends: Konzert

5. April 2015, Sonntag

Session V – Lektionen aus alternativen Praktiken

1. Internationalismus – Begriff im Wandel
2. Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan – Work in progress
Rojava – Widerstand und Aufbau des Demokratischem Konföderalismus in Aktion
Bakur – Sultanat oder Demokratische Autonomie?
Başûr – Mikronationalismus und seine Alternativen
Rojhilat – Kurdischer Widerstand und das Mullah-Regime
3. Bolivien – Staat und Vielfalt

Session VI – Lektionen aus alternativen Praktiken II

4. Zapatisten – Demokratie, Kooperation, gute Regierung
5. Montreal – Basisdemokratische Versammlungen und ihre Beziehung zum Staat
6. Vermont – Libertärer Kommunalismus und Mechanismen zwischen Staat und Stadtverwaltung
7. Südafrika – Fortschrittliche Politik vor großen Herausforderungen

Weitere Informationen: www.networkaq.net
Bitte meldet Euch an unter: registration@networkaq.net



Überlegungen zu PEGIDA

Falsche Antworten

Joachim Karazan

Über die PEGIDA-Demonstrationen als aktuelles Phänomen ist bereits viel geschrieben worden, sowohl in linken Publikationen als auch in den regulären Massenmedien. Die Islamfeindlichkeit PEGIDAs als Brücke zur allgemeinen AusländerInnenfeindlichkeit steht dabei häufig im Fokus. Es soll an dieser Stelle nicht eine weitere Herleitung erfolgen, wieso die Argumente der PEGIDA-AnhängerInnen jeglicher sachlichen Grundlage entbehren, oder einmal mehr bewiesen werden, dass hier eine rechtsoffene, populistische Mobilisierung stattfindet. Vielmehr sollen nur kurz einzelne Fragestellungen angerissen werden, die in der bisherigen Betrachtung keine ausreichende Berücksichtigung finden. Bei alldem muss gesagt werden, dass es sich um Einschätzungen und Beobachtungen handelt, die als Anstoß zu einer weitergehenden Debatte und nicht als abschließende Erklärung dienen sollen.

Es ist offensichtlich, dass die OrganisatorInnen von PEGIDA rassistische Vorurteile und Einstellungen bedienen, die tief und breit in der Gesellschaft der Bundesrepublik verankert sind. Hier trifft sich der Stammtisch, um sich in dem Gefühl, Masse zu sein, zu baden. Diese Einstellungsmuster in Deutschland sind nicht neu oder überraschend. Die Frage ist, warum PEGIDA ausgerechnet jetzt zu einer derartig großen Mobilisierung fähig ist. Überraschend ist auch, dass neben den zu erwartenden Symbolen (das Hakenkreuz als notgedrungene Abgrenzung nach rechts, das Antifa-Logo als linkes Feindbild und die IS-Flagge als Symbol des terroristischen Islam) ausgerechnet ein augenscheinliches PKK-Symbol von PEGIDA in den stilisierten Mülleimer auf ihrem Fronttransparent geworfen wird.

Überraschend ist auch, dass neben den zu erwartenden Symbolen (das Hakenkreuz als notgedrungene Abgrenzung nach rechts, das Antifa-Logo als linkes Feindbild und die IS-Flagge als Symbol des terroristischen Islam) ausgerechnet ein augenscheinliches PKK-Symbol von PEGIDA in den stilisierten Mülleimer auf ihrem Fronttransparent geworfen wird.

Um das zu begreifen, muss einerseits kurz die Entstehung von PEGIDA betrachtet werden, andererseits gefragt werden, wer dort eigentlich wieso demonstriert und warum so viele dabei sind. Schließlich gehört das Demonstrieren nicht zur allgemeinen deutschen Politkultur, vor allem nicht bei den Menschen, die jetzt in Dresden auf der Straße waren. Abseits der entschuldigenden Haltung von PolitikerInnen, die sich aus taktischen Gründen nicht eindeutig distanzieren wollen, ist uns auch nicht damit geholfen, alle PEGIDA-AnhängerInnen als Nazis abzustempeln, um ein einfaches Erklärungsmuster mit altbekannten Methoden der Gegenwehr zu haben. Vielmehr müssen wir uns, gerade jetzt, da die Größe der montäglichen Demonstrationen im Abflauen begriffen scheint, einen mittel- und langfristigen Zugang verschaffen, um uns nicht immer wieder ohne weitergehende Perspektive an einer rechtspopulistischen Bewegung abzuarbeiten.

Die Anziehungskraft von PEGIDA kann wohl kaum erklärt werden ohne einen Blick zurück auf die vorangegangenen Jahre, die die Etablierung eines neuen deutschen Patriotismus begründeten: Die Kampagne »Du bist Deutschland«, die Normalisierung des Fahnenschwenkens während der Fußball-WM 2006 bis zur völligen Selbstverständlichkeit in den folgenden EMs und WMs, die medialen Bilder einer nationalistischen Überheblichkeit begründet durch angeblich kollektive Opfer (»wir« dank Hartz IV gegen die reformunwilligen Pleiteeuropäer), das Wieder-

erstarken der asylfeindlichen »Das Boot ist voll«-Rhetorik und zahlreiche hier nicht aufgeführte Beispiele bildeten die Grundlage dafür, dass altbekannte Stammtisch-Ressentiments zu einer öffentlich auftretenden Bewegung werden konnten. Dass Menschen nicht nur verstohlen im Wahlkämmerchen ihr Kreuz rechts von der Mitte setzen, sondern voll Stolz und eigener Stärke hinter Parolen laufen, die wenige Jahre zuvor noch eindeutig zum Nazi-Stempel geführt hätten. Die Linke bis Linksradikale hat auf diese Re-Etablierung von Patriotismus keine passenden Antworten gefunden, sondern fast ausschließlich mit Verurteilung und Ablehnung der Masse reagiert, ohne dass die eigenen, emanzipatorischen Inhalte vermittelt werden konnten.

Für die rechtsoffene Mobilisierung brauchte es trotzdem einer gewissen Zäsur der Organisation, denn der Nazi-Stempel ist nicht ganz funktionslos geworden. Kaum vorstellbar, dass ein Aufruf der NPD mit absolut gleichem Wortlaut so erfolgreich gewesen wäre wie derjenige der PEGIDA-OrganisatorInnen.

Die Anfangszeit der PEGIDA-Organisation liegt in den Wochen Anfang Oktober 2014, als die Kämpfe in Kobanê auch in Deutschland zu einer riesigen öffentlichen Solidaritätswelle führten. Einen Tag, nachdem Lutz Bachmann in Dresden eine Demonstration mit der Forderung nach Waffenlieferungen für den kurdischen Widerstand gesehen hatte, gründete er die Facebook-Gruppe »Friedliche Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes«. Hierin zeigt sich bereits die krude Vermischung rassistischer und antilinker Inhalte, gepaart mit Misstrauen gegenüber den Massenmedien, die im Oktober gefühlt so positiv über die PKK schrieben wie noch nie. Gleichzeitig wirkten die Angriffe von IS-Sympathisanten auf KurdInnen in Hamburg und Celle als Kristallisationspunkte. Die hufeisenförmige Konstruktion der Extremismustheorie, die neben der Verurteilung der linksradikalen auch der Beschwörung der eigenen »gemäßigten, mittigen« Identität dient, fand hier ihr außerdeutsches Pendant: auf der einen Seite die neuen BarbarInnen vom IS, auf der anderen die bekannten TerroristInnen der PKK und in der Mitte das arme deutsche Volk. Für die dabei entstehende identitäre Konstruktion ist es auch hier unerheblich, wie sehr das Ganze jeglicher sachlichen Grundlage entbehrt. Dazu gehört dann auch, dass in der Praxis trotzdem vor allem der Islam als Feindbild verfestigt wird, und dass das klassische »AusländerInnen raus« ein wenig differenzierter daherkommt. Es geht um das Gefühl, mehr Ordnung zu brauchen, und diese findet sich, ganz Biedermeier, in einer konservativen Wunschvorstellung und nicht im echten Leben. Der positive Bezug der radikalen Linken in Deutschland auf den Widerstand in Rojava trägt vielleicht den Rest dazu bei, wieso ausgerechnet die PKK als Feindbild von PEGIDA herhalten muss, denn was die Linken gut finden, ist verdächtig bis abzulehnen (dazu gehören dann auch »political correctness« und »gender mainstreaming«).

Die Anziehungskraft von PEGIDA kann wohl kaum erklärt werden ohne einen Blick zurück auf die vorangegangenen Jahre, die die Etablierung eines neuen deutschen Patriotismus begründeten: Die Kampagne »Du bist Deutschland«, die Normalisierung des Fahnenschwenkens während der Fussball-WM 2006 bis zur völligen Selbstverständlichkeit in den folgenden EMs und WMs, die medialen Bilder einer nationalistischen Überheblichkeit …

In der Quintessenz müssen wir uns wohl eingestehen, dass hier nicht einfach Nazis am Werk sind, sondern dass ein großer Teil der PEGIDA-AnhängerInnen die durchaus verständliche Angst und Überforderung in der kapitalistischen Moderne, das Gefühl des Abgehängtseins und die mangelnde gesellschaftliche Kollektivität, also eigentlich genau die richtigen Fragen mit genau den falschen Antworten bedient. Statt einer solidarischen Gemeinschaft wird eine völkische Identität beschworen. Das Gefühl, keinen Einfluss auf die Politik des eigenen Lebens zu haben, wird nicht mit basisdemokratischen Initiativen, sondern Rufen nach AnführerInnen und eingeschnappten Schlachtgesängen wie »Lügenpresse« beantwortet. Dahinter steht bei vielen kein geschlossenes Weltbild, aber gerade schafft es nur die gesellschaftliche Rechte, Anknüpfungspunkte und Erklärungsmuster zu bieten (und in gewissen Kreisen der Kescher des IS). Dabei zeigen die bundesweiten Zahlen der GegendemonstrantInnen, dass hier noch nicht die Masse der Gesellschaft, das vielbeschworene »Volk«, verloren gegangen ist. Als gesellschaftliche Linke müssen wir uns aber ernsthaft fragen, wieso wir diese Menschen nur mit einer Anti-Haltung, mit einer Gegenmobilisierung bewegen können. Die Bevölkerung ist emotional am richtigen Punkt, das Chaos der kapitalistischen Moderne verliert den Rückhalt, wir dürfen es nicht den Rechten überlassen, Alternativen so anzubieten, dass sie begeistern statt verschrecken. ♦

Autobiographie von Hevala Sara (Sakine Cansız)

mein ganzes Leben war ein Kampf

Şervîn Nûdem

»Zu Anfang hatten wir nichts, wir hatten nur unseren Glauben, den Glauben daran, dass etwas falsch ist, und dass wir etwas Richtiges wollen. Unsere Einstellung war: ›Egal, auch wenn wir in diesem Kampf fallen, die Freiheit wird irgendwann gewinnen.‹ Es war so, dass alles Vorhandene uns gegenüber feindlich eingestellt war. Selbst unsere Familie wollte uns davon abhalten, an diesem Kampf teilzunehmen. Von dem her war es notwendig, alles infrage zu stellen, alles von Neuem anzufangen«, hatte die Begründerin der kurdischen Frauenbewegung Hevala Sara (Sakine Cansız) einmal in einem Interview gesagt, als sie danach gefragt wurde, wie sie persönlich die Entwicklungsgeschichte der kurdischen Freiheitsbewegung erlebt habe.

Wie geht es, aus dem »Nichts« etwas zu erschaffen? Wie konnte die ArbeiterInnenpartei Kurdistans PKK zu einer großen Massenbewegung werden, die die Utopie einer freien, sozialistischen Gesellschaft über den Zusammenbruch des Realsozialismus hinaus weiterentwickelte und mit Leben füllte? Was waren die Anfänge und die Grundlagen einer Revolution, die heute mit dem Widerstand in Kobanê und dem Aufbau eines alternativen Gesellschaftsmodells in Rojava für Menschen aus allen Teilen der Welt die Hoffnung auf ein Leben jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung wieder zum Leben erweckt hat?

Wer die Anfänge und Dynamiken dieser Geschichte verstehen möchte, sollte die Autobiographie von Hevala Sara lesen, die nun zum 2. Jahrestag der brutalen Ermordung der kurdischen Freiheitskämpferinnen Hevala Sara, Fidan Doğan und Leyla Şaylemez auch in der deutschsprachigen Übersetzung erschienen ist. Das Buch, dem die Autorin den Titel »mein ganzes Leben war ein Kampf« gegeben hat, bietet den LeserInnen die Möglichkeit, das Leben, die Auseinandersetzungen und die Entschlüsse einer außergewöhnlichen Frau kennenzulernen. Sie war eine wahrhaftige Revolutionärin.

Viele Menschen leben bzw. leiden unter den gleichen Bedingungen, jedoch treffen nicht alle die gleichen Entscheidungen. Was RevolutionärInnen auszeichnet, ist die Entschlossenheit, sich ungerechten Bedingungen nicht zu ergeben, sondern sie von Grund auf zu verändern. In diesem ersten ihrer auf drei Bände angelegten Autobiographie berichtet Hevala Sara von den Widersprüchen und Nachforschungen, die ihre Kindheit in Dersim in ihr auslösten. Der Genozid von Dersim, den ihre Eltern in ihrer Kindheit 1937–38 überlebt hatten, hatte tiefe Spuren nicht nur in ihrer Familiengeschichte hinterlassen. Die Geschichte der Massaker und des Unrechts durfte nicht schweigend begraben werden. Für Hevala Sara waren die Erinnerungen ihrer Eltern- und Großelterngeneration vielmehr Quellen, die ihr Bewusstsein über den Versuch des Staates schärften, die kurdische Identität, Kultur und Sprache zu verleugnen und auszulöschen. Hevala Sara gab sich nie mit dem Vorhandenen zufrieden, sondern wollte verstehen, sich eine eigene Meinung bilden und ihren eigenen Weg gehen. Von Anfang an kämpfte sie an vielen Fronten zugleich: In der Familie begann sie mit einem Aufstand gegen den Versuch der Eltern, ihr Leben vorzubestimmen. In der Schule folgte sie dem Rat der Mutter: »Schäme dich nicht dafür, Kurdin zu sein!«, und hinterfragte den Zwang, Türkisch lernen zu müssen, den sie als »eine einzige Folter« bezeichnete. Auf der Straße kämpfte sie gegen FaschistInnen und militaristische Staatsgewalt. In politischen Debatten mit der türkischen Linken kämpfte sie für die Anerkennung der kurdischen Identität. Demgegenüber beharrte sie in Diskussionen mit kurdischen Intellektuellen darauf, dass die kurdische Identität nur in Verbindung mit revolutionärem Bewusstsein einen Sinn ergebe. Folglich kämpfte sie in den Fabriken von Bornova für die Rechte der ArbeiterInnen und widersetzte sich staatlichen Einschüchterungsversuchen und der Repression.

Diese Kämpfe sind nie geradlinig. In ihrem Buch beschreibt Hevala Sara sowohl die politischen Ereignisse als auch ihre ganz persönlichen Gefühle und Gedanken, die der revolutionäre Aufbruch in der Türkei und in Kurdistan in ihr auslöste. Dieser Aufbruch war für sie zugleich ein Prozess der Selbstfindung und Subjektwerdung. Sie erkämpfte sich ihre eigene Persönlichkeit und Identität, indem sie fragend voranging.

Letztlich fasste sie mit großer innerer Freude den unumstößlichen Entschluss: »Ich will Revolutionärin werden und niemand kann mich aufhalten!«

Mit ihrer persönlichen Entwicklung beschreibt Hevala Sara zugleich auch den schwierigen Prozess der Subjektwerdung eines unterdrückten und verleugneten Volkes. Sie erzählt, wie sie die ersten Kontakte knüpften, in der Illegalität Frauenkomitees und Lesezirkel in kurdischen Städten und Dörfern aufbauten. Sie lässt den/die LeserIn an der Freude und Aufregung teilhaben, die sie in den Begegnungen und der Zusammenarbeit mit den »ersten RevolutionärInnen Kurdistans«, wie Abdullah Öcalan, Mazlum Doğan oder Cemil Bayık, empfand. Insbesondere die genossenschaftlichen Beziehungen unter diesen RevolutionärInnen hatten für sie eine geheimnisvolle Ausstrahlungskraft. Denn die Frage, wie sie ihre Beziehungen von gesellschaftlichen Zwängen und emotionalen Abhängigkeiten befreien kann, spielte für Hevala Sara eine ganz zentrale Rolle. Sie berichtet von ihrer schwierigen Suche nach Alternativen zu den herkömmlichen einengenden Familienbeziehungen und der klassischen Rolle, die für Frauen vorgesehen ist.

Beim Lesen des Buches wird dem/der LeserIn deutlich, über welch aufmerksame Menschenkenntnis und Beobachtungsgabe Hevala Sara verfügte. Die Genauigkeit, mit der sie Details beschreibt, zeugt von ihrem aufrichtigen Interesse an Menschen und ihrer Lebensfreude. Den Gesamtzusammenhang im Detail und im Detail das Gesamte zu verstehen, das ist die Einheit von Leben und Kampf für eine freie Gesellschaft, der Revolutionärinnen auszeichnet. Wie auch in Hevala Saras Autobiographie deutlich wird, ist dies eine Eigenschaft, über die sie ganz besonders verfügte. Wenn wir das Geheimnis des Erfolges der kurdischen Frauenbewegung – einschließlich der Frauenverteidigungskräfte YPJ in Kobanê – verstehen wollen, dann können wir in »mein ganzes Leben war ein Kampf« viele der Details lesen, die das Fundament dieses Erfolges bilden. Deshalb ist die Autobiographie von Hevala Sara für mich ein Manifest der kurdischen Frauenbewegung. ♦



sakine cansız
mein ganzes leben war ein kampf
1. band | jugendjahre
448 Seiten, Preis: 12 Euro
ISBN: 978-3-941012-98-1

Mezopotamien
Verlags- und Vertriebs GmbH
Gladbacher Str. 407B, 41460 Neuss
Tel.: +49 (0) 2131 4069093
Email: mezop@hotmail.de

Weitere Bestelladressen:
Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Postfach 10 18 05
40009 Düsseldorf
Tel: +49 (0) 211 5989251
Email: ceni_frauen@gmx.de

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130–136
20097 Hamburg
Tel: + 49 (0) 40 42102845
Email: isku@nadir.org

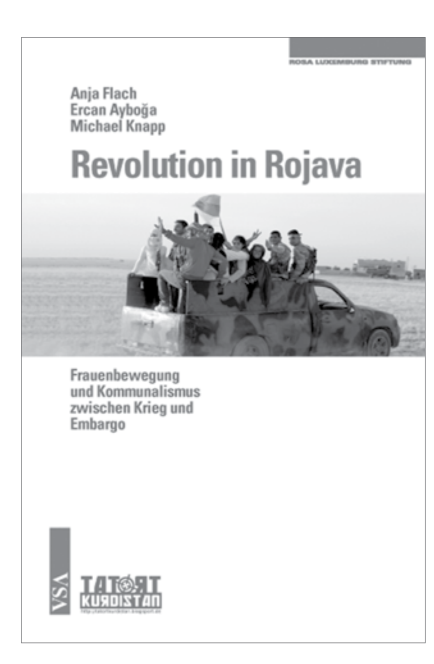
Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo

Revolution in Rojava

Buchvorstellung von Elmar Millich

Das in Kürze im VSA: Verlag erscheinende Buch »Revolution in Rojava« beschreibt aus erster Hand die Entwicklungen der kurdischen Gebiete in Syrien, die mit dem Angriff des »Islamischen Staates« auf die Grenzstadt Kobanê (Ain al-Arab) in den letzten Monaten im Zentrum der Weltöffentlichkeit standen. Im Mai 2014 bereisten Anja Flach, Ercan Ayboğa und Michael Knapp die kurdischen Gebiete in Nordirak und Cizîrê, einen der drei selbstverwalteten Kantone von Rojava im Norden Syriens. Dort hielten sie sich etwa vier Wochen in mehreren Städten auf und besuchten Einrichtungen der Verteidigungseinheiten und der Sicherheitskräfte, Gefängnisse, Akademien sowie verschiedene Parteien und NGOs. Autorin und Autoren sind seit vielen Jahren in der kurdischen Solidaritätsarbeit tätig und unternahmen die Reise als Delegation der Kampagne TATORT Kurdistan, die sich in Deutschland für eine politische Lösung der kurdischen Frage einsetzt. So betonen sie auch, dass ihr Ansatz kein wissenschaftlich neutraler, sondern ein solidarischer war. Dieses wiederum öffnete ihnen viele Türen für Gespräche, in denen dann auch überraschend viel Platz für selbstkritische Töne war, wo es bisher an Umsetzung mangelt vor allem auf den Feldern der Ökonomie und der Ökologie.

Nach einer historischen Einführung über die Region wird spannend dargestellt, welche Ereignisse dazu geführt hatten, dass sich die Baath-Partei unter Präsident Assad aus den syrisch-kurdischen Gebieten zurückziehen musste und die Bevölkerung begann, die Ideen des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan vom Demokratischen Konföderalismus umzusetzen. Auch wenn die Schilderung der aktuellen Situation in Berichten und Interviews den Schwerpunkt des Buches bildet, wird der politischen Theorie im Hintergrund viel Platz eingeräumt. Das für Außenstehende nur schwer zu verstehende Zusammenspiel von Räte- und quasistaatlichen Strukturen wird in dem Buch verständlich erläutert und die Rolle der Zivilbevölkerung untersucht. Die Autorin und die Autoren zeigen, dass es nicht Kritiklosigkeit bedeutet, sich auf die in Rojava ausgebildeten Strukturen von innen heraus einzulassen, sondern eine Notwendigkeit, um ungerechtfertigte eurozentristische Einschätzungen zu vermeiden, wie sie etwa an einigen Stellen eines Berichts von »Human Rights Watch« über die Menschenrechtssituation in Rojava durchscheinen. Obwohl die massiven Angriffe des »Islamischen Staates« auf Kobanê erst nach der Abreise der Delegation erfolgten, spielt im Buch die außen- und geopolitische Einbettung von Rojava eine große Rolle. Auf die Unterstützung des »Islamischen Staates« durch die Türkei wird ebenso eingegangen wie auf innerkurdische Auseinandersetzungen etwa mit der kurdischen Autonomieregierung im Nordirak. »Revolution in Rojava« liefert fundierte Informationen zu einem revolutionären Projekt, das den ganzen Mittleren Osten zum Positiven verändern könnte. ♦



Anja Flach / Ercan Ayboğa / Michael Knapp
Revolution in Rojava
Frauenbewegung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung
In Kooperation mit der Kampagne TATORT Kurdistan
VSA: Verlag Hamburg
ISBN 978-3-89965-658-9

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut, D. Çimen,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005
0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX
Hamburger Sparkasse
Kto.-Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro
plus Portokosten

Titelbild:
Kobanê ist befreit!
Kämpferinnen der
YPJ in Kobanê.
Foto: DIHA

Rückseite:
Konferenz: Die kapitalistische Moderne herausfordern II

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Periodika



civakaazad.com



ceni-kurdistan.com



isku.org



nadir.org/azadi/



yxkonline.com



für Kurdinnen und Kurden in Deutschland

SPENDEN ERBETEN
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE80 4306 0967 8035 7826 00

- Solidarität
- Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung
- Mitglied werden

Informationen:
AZADI e.V.
Hansaring 82
50670 Köln
Tel: 0221/16 79 39 45
Fax: 0221/16 79 39 48
mail: azadi@t-online.de
web: www.nadir.org/azadi

Sofortige medizinische Behandlung und Freilassung für *Zeynep Celaliyan!*

Wir rufen alle Frauen zum Internationalen Frauenkampftag dazu auf, sich für die Freilassung der kämpferischen jungen Kurdin Zeynep Celaliyan, die seit 7 Jahren der unmenschlichen und barbarischen Politik des iranischen Regimes ausgesetzt wird, zu solidarisieren.



Ich heiße Zeynep Celaliyan und bin 31 Jahre alt. Wegen meines Einsatzes für die Frauenbewegung und für das kurdische Volk wurde ich vom iranischen Regime im Jahr 2008 inhaftiert. Zunächst wurde ich zum Tode verurteilt. Der starke solidarische Einsatz der Weltöffentlichkeit und der kurdischen Frauenbewegung ermöglichte mir, dass die Strafe später zur lebenslänglichen Haft umgewandelt wurde. Aufgrund von schwerer Folter leide ich derzeit an schweren gesundheitlichen Beschwerden und Krankheiten. Sowohl mein Gesundheitszustand, wie auch meine Lebensbedingungen sind äußerst schlecht. Ein Auge von mir sieht bereits nicht mehr. Auch das andere hat an Sehvermögen verloren. Infektionen im Nierenbereich führen zu weiteren großen Schmerzen. Doch zeige ich in keiner Weise Reue. Ich werde mich weiterhin für den Erhalt der demokratischen und gleichberechtigten Werte der Menschheit einsetzen.

Der Gesundheitszustand von Zeynep Celaliyan gibt uns Anlass zu ernster Sorge. Deshalb möchten wir auch Sie auf diesem Wege bitten, aktiv zu werden und durch konkrete Aktionen, wie z. B. Öffentlichkeitsarbeit, Protestbriefe an iranische Einrichtungen, Solidaritätserklärungen, Petitionen u. Ä. zu unterstützen.

Lasst uns gemeinsam in gelebter Solidarität zum Internationalen Frauenkampftag dazu beitragen, das Leben von Zeynep Celaliyan und allen politischen Gefangenen zu retten.



Den Aufruf und weitere Informationen gibt es bei:
Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Kontakt: ceni_frauen@gmx.de Nähere Infos: www.ceni-kurdistan.com FB: Ceni Frauen



Konferenz 2015:

Die Kapitalistische Moderne herausfordern II:

Demokratischen Konföderalismus aufbauen
Lektionen aus alternativen Praktiken

Kapitalistische Moderne gegen Demokratische Moderne
Die Zentralität der Frauenbefreiung in alternativen Modellen

Die kapitalistische Moderne sezieren
Stolperfallen der revolutionären Theorie überwinden



Industrialismus gegen ökologische Industrie und kommunale Ökonomie
Kobanê/Rojava

Kapitalistische Moderne sezieren - Demokratischen Konföderalismus aufbauen

3.-5. April 2015
Universität Hamburg
Audimax

Mehr Informationen: http://www.networkaq.net/
Bitte anmelden unter: registration@networkaq.net

Mit:
Asya Abdullah
Selma Irmak
David Graeber
David Harvey
John Holloway
...

ISSN 0935-5375

Die Titel der fünf Themenblöcke lauten:

Die kapitalistische Moderne sezieren	Kapitalistische Moderne gegen Demokratische Moderne	Industrialismus/ ökologische Industrie und kommunale Ökonomie	Die Stolperfallen der revolutionären Theorie überwinden	Lektionen aus alternativen Praktiken

Network for an Alternative Quest: Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan", KURD-AKAD Netzwerk kurdischer AkademikerInnen, YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan, ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V., Kurdistan Report, Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit